



Philosophie

Grundlagen ökologischen Verhaltens 38

Bundestagswahl

Mehr Demokratie wagen 40

CO₂-Fußabdruck

Was können wir alle noch tun? 61

Ökologie Politik

WIRTSCHAFT OHNE WACHSTUM?

Teil 3



INHALT

UMSCHAU

Ökolumne: Das Grundrecht auf Klimaschutz	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	7

TITELTHEMA: WIRTSCHAFT OHNE WACHSTUM? Teil 3

Zweites Coburger Symposium Finanz- und Geldpolitik trifft Arbeit und Soziales von Günther Brendle-Behnisch	8
Finanz- und Geldpolitik „Die MMT ist kein ‚Tischlein deck dich‘-Programm“ Interview mit Dr. Michael Paetz	12
Transformationshemmnis I: unsere Leitmedien „Nachhaltigkeit muss ständiger Maßstab sein“ Interview mit Dr. Uwe Krüger	18
Transformationshemmnis II: unsere Vorgeschichte „Unser Konsumstreben diente der Arterhaltung“ Interview mit Peter Strauß	22
Transformationshemmnis III: unser Bildungssystem „Es ist ein klarer Wertewandel notwendig“ Interview mit Prof. Dr. Kersten Reich	24
Transformationshemmnis IV: unsere Psyche „Angst engt das Denkvermögen ein“ Interview mit Gisela Bergmann-Mausfeld	28
Transformationshemmnis V: unsere Illusionen „Wer Teil des Problems ist, ist auch Teil der Lösung“ Interview mit Manfred Folkers	34
Philosophie „Ehrfurcht ist die Grundlage ökologisch-ethischen Verhaltens“ Interview mit Dr. Eva-Maria Heinze	38

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder – von Christian Rechholz	40
Aus dem Europaparlament – von Manuela Ripa	43
Landesverbände	45
Bundesverband	57
Mobilfunk: „5G muss entweder überarbeitet werden oder verschwinden!“ Interview mit Dr. med. Monika Krout und Prof. Dr. Klaus Buchner	58
Mitgliedergeschichten	61
Bundesarbeitskreise	64
Presseticker	68
Leserbriefe	70
Impressum/Vorschau/Termine	71

Liebe Leserinnen und Leser,

die Klimaerwärmung ist seit den 1990er-Jahren das wohl wichtigste Umweltthema. Auf politischer Ebene passiert ist seither viel zu wenig. Anderes war und ist den Entscheidern wichtiger: Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze, Exportrekorde. Denn sie wissen nicht, was sie tun? Das kann allenfalls in der aktuellen Corona-Pandemie als Erklärung für unbeholfenes Krisenmanagement herhalten. Bei der Klimaerwärmung ist es genau umgekehrt: Sie taten nie, was sie wussten. Und sie tun auch heute nicht, was sie wissen.

Und so ist auch das neue Wahlprogramm von CDU/CSU vor allem eine große intellektuelle Zumutung: Die Unternehmenssteuer soll sinken, der Soli auch für hohe Einkommen entfallen und die Schuldenbremse so bald wie möglich wieder gelten. Weniger Einnahmen, keine Schulden – wie soll da eine ökologisch-soziale Transformation unserer Wirtschaft für ein klimaneutrales Deutschland bis zum Jahr 2045 finanziert werden? Antwort: durch Wirtschaftswachstum!

CDU/CSU versuchen nicht einmal mehr, ein seriöses Konzept zu entwickeln, agieren stattdessen mit Taschenspielertricks, Phrasendrescherei und Wohlfühlprosa. „Maß und Mitte“ sollen eingehalten werden. Das Maß sollte eigentlich der Klimaschutz bestimmen, doch so ist das hier sicherlich nicht gemeint. Alle klimapolitischen Vorschläge bleiben seltsam diffuse Allgemeinplätze. Und das ganz Programm dürfte ohnehin unter großem Vorbehalt stehen, denn es enthält zahlreiche Hinweise, dass die „schwarze Null“ höchste Priorität genießen soll – was den finanziellen Handlungsspielraum des Staates natürlich extrem einengt.

Deshalb finden Sie in dieser Ausgabe der ÖkologiePolitik wieder ein langes Interview zur Modern Monetary Theory (MMT). Denn die betont die Handlungsfähigkeit und die Handlungspflicht des Staates. Und weil in den vorangegangenen zwei Ausgaben klar aufgezeigt wurde, dass die breite Bevölkerung von der seit Jahrzehnten praktizierten Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik schon lange nicht mehr profitiert, geht diese Ausgabe der Frage nach, warum diese Politik dann immer noch so viel Unterstützung erfährt und was eine längst überfällige ökologisch-soziale Transformation ausbremst.

Eins hat die Corona-Pandemie jedoch gezeigt: Große Veränderungen und tiefe Einschnitte sind durchaus möglich. Es ist in den letzten eineinhalb Jahren Erstaunliches passiert. Und das ist ein Grund zur Hoffnung. Denn es zeigt: Der politische Wille ist entscheidend. Gehen Sie deshalb bitte am 26. September zur Bundestagswahl! Und senden Sie mit Ihrer Stimme ein klares Signal, dass sich die Politik in Deutschland ändern soll! Geben Sie Ihre Stimme der ÖDP!

Ihre

Günther Hartmann

Jan Altnickel



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Jan Altnickel
Stellvertretender
verantwortlicher
Redakteur

Ökolumne von Ulrich Brehme



Das Grundrecht auf Klimaschutz

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 24. März 2021 festgestellt, dass das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung nicht den Vorgaben des Pariser Klimaabkommens entspricht. Deutschland hat das Klimaabkommen ratifiziert. Und Art. 20a GG verpflichtet den Staat zum Klimaschutz. Deshalb gibt es ein Grundrecht auf Klimaschutz. Der Staat darf sich den Lasten durch die Klimaerwärmung nicht einfach entziehen und diese späteren Generationen aufbürden. Deshalb ist das Klimaschutzgesetz verfassungswidrig.

Nach dem Jahr 2030 verbliebe von dem vom Sachverständigenrat ermittelten CO₂-Restbudget von 6,7 Gt weniger als 1 Gt. Dabei sind noch nicht die CO₂-Emissionen aus Landnutzung, Landnutzungsänderung, Forstwirtschaft und die Deutschland zuzurechnenden Emissionen des internationalen Luft- und Seeverkehrs enthalten, die das verbleibende Budget zusätzlich schmälern. Die Emissionsmenge, die heute zugelassen wird, verkleinert das verfassungsrechtlich vorgezeichnete Restbudget irreversibel.

Der deutsche Gesetzgeber hat Schutzvorkehrungen getroffen, die offensichtlich ungeeignet sind. Das Bundesverfassungsgericht verlangt, die Klimaschutzziele auch für die Jahrzehnte nach 2030 eindeutig zu definieren. Die Gefahren der Be-

einträchtigung der Freiheitsrechte künftiger Generationen verletzen das Gebot der Verhältnismäßigkeit bei der zeitlichen Verteilung der CO₂-Reduktion bis hin zur Klimaneutralität. Je später die Kurskorrekturen in Hinblick auf das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens vorgenommen werden, desto drastischer und teurer werden sie. Und kommen sie zu spät, ist das Ziel nicht mehr erreichbar.

Der Staat darf die Lasten der Klimaerwärmung nicht einfach späteren Generationen aufbürden.

Deshalb ist das Klimaschutzgesetz verfassungswidrig.

Bei einer konstanten jährlichen Emission der EU-Staaten von 3 Gt CO₂ würde das EU-Budget noch für etwas mehr als 7 Jahre reichen. Bei linearer jährlicher Emissionsminderung um 7 % etwas mehr als 14 Jahre. Die EU verfehlt das 1,5-Grad-Ziel sehr deutlich. Und dabei ist die Reduktion der CO₂-Emissionen in der ersten Hälfte einfacher als in der zweiten Hälfte. Wird das Ziel verfehlt, droht, dass zunehmend sich selbst verstärkende Prozesse im Klimasystem der Erde in Gang kommen. Durch Rückkopplungsprozesse könnten weitere Kipp-Punkte im Erdsystem überschritten werden und eine „Kipp-Kaskade“ das Erdsystem in eine neue Heizzeit katapultieren.

Zu einer glaubwürdigen Veränderung gehört die Überprüfung sämtlicher Gesetze des Energierechts und des Agrarrechts. Aufgrund des starken Einflusses von Lobbyisten und Klimaschutzbremsern haben wir über 30 Jahre Zeit verloren und auf dem Rücken der nächsten Generationen gewaltige Klima-Schulden aufgehäuft. Für den Ausstieg aus der Kohleverbrennung werden in Deutschland über 4 Mrd. Euro ausgegeben. Tatsächlich stehen den Kohlekonzernen nur 8 % der Summe zu. Doch der Zubau der Windenergie an Land wird immer noch von der CDU/CSU mit Abstandsregeln ausgebremst, die auf falschen Berechnungen beruhen. Für den Infraschall wurden 4.000-fach höhere Werte angegeben.

Einige Dutzend internationale Konzerne und Staatsmonopole verantworten zwei Drittel der globalen CO₂-Emissionen. Gerade diese Ak-

teure müssten für die Umweltschäden zur Rechenschaft gezogen werden. Doch da die Energieversorger neue Kohlekraftwerke gebaut haben, bekommen sie für diese Fehlinvestitionen jetzt auch noch eine Stillleistungsprämie.

Das Verfassungsgericht stellte fest, dass Deutschland seine Verpflichtungen gegenüber der Weltbevölkerung und den kommenden Generationen nicht eingehalten hat. Das kürzlich beschlossene neue Klimaschutzgesetz erfüllt die Vorgaben ebenfalls nicht. Die CO₂-Emissionen müssen sofort drastisch reduziert und innerhalb von 10 Jahren auf unter 10 % des heutigen Niveaus gebracht werden.

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Neues Klimagesetz der Bundesregierung reicht noch nicht aus

Das nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von der Bundesregierung schnell nachgebesserte Klimagesetz überschreitet nach einer Analyse von Greenpeace die mit dem Pariser Klimavertrag kompatible CO₂-Emissionsmenge um 64 %. Die vom Gericht geforderte Generationengerechtigkeit wird weiterhin verletzt, denn mit dem neuen Reduktionspfad sind 2030 bereits 91 % des verbleibenden Gesamtbudgets aufgebraucht. Laut einer Analyse der Wissenschaftsinitiative „Climate Action Tracker“ müssen die CO₂-Emissionen bis 2030 um mindestens 69 % sinken. Um dies zu erreichen, müssen unter anderem die Energiestandards im Gebäudebereich verschärft und der Kohleausstieg vorgezogen werden.

» www.t1p.de/8q00

Grober Fehler bei Studie über Infraschall von Windkraftanlagen

Die Studie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe über den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall bremste die Energiewende stark aus. Nun musste sie einräumen, dass sie einen „systematischen Fehler“ gemacht habe: Die veröffentlichten Schallwerte waren um „36 dB zu hoch“ – also fast um das 4.000-Fache. Das entspricht ungefähr dem Unterschied zwischen einem etwas lauter eingestellten Fernseher und einem Presslufthammer. Erst Jahre nach Veröffentlichung der Studie ent-



deckten Wissenschaftler, dass die Berechnungen nicht stimmen können. Denn alleine im Infraschall hätte mehr Energie gesteckt als im gesamten vorhandenen Schallsignal – physikalisch unmöglich. Mit den falschen Infraschallwerten wurde die „10H-Abstandsregel“ begründet. Bundesminister Peter Altmaier entschuldigte sich öffent-

lich für den Berechnungsfehler bei Infraschall – die „10H-Abstandsregel“ bleibt aber weiterhin Gesetz.

» www.t1p.de/wbbp

Gebäudebereich ist für CO₂-Wende von entscheidender Bedeutung

Im Bereich der Raumwärme und der Warmwasserbereitung schlummert noch ein großes Potenzial zur Reduktion von CO₂-Emissionen, denn der Gebäudebereich ist für etwa 30 % des Endenergieverbrauchs verantwortlich und nutzt heute immer noch überwiegend fossile Energieträger. Das Fraunhofer Institut ermittelte, dass sich der Energiebedarf der Gebäude durch eine gute Wärmedämmung und moderne Heizungsanlagen um bis zu 60 % reduzieren lässt. Die restlichen 40 % müssen dann durch erneuerbare Energien bereitgestellt werden. Wird weniger gedämmt, steigt die Menge erneuerbarer Energien entsprechend.

» www.t1p.de/3ibs

Milliardenentschädigung für Braunkohlekonzerne ungerechtfertigt

343 Mio. statt 4,35 Mrd. Euro Entschädigung für den Kohleausstieg stehen den Energiekonzernen RWE und LEAG maximal zu, sagen Wirtschaftsanalysten des Klima-Thinktanks EMBER, die zusammen mit Greenpeace die bislang unter Verschluss gehaltene Berechnungsformel des Bundeswirtschaftsministeriums entschlüsselten. Auch die EU-Wettbewerbskommission äußert Zweifel und hat be-



reits ein förmliches Verfahren zur Überprüfung der vom Bundeswirtschaftsministerium ermittelten Milliardenzahlungen an LEAG und RWE eingeleitet. Die Strom- und CO₂-Preise waren vom Ministerium willkürlich gewählt worden, mögliche Einsparungen von Fixkosten wurden vernachlässigt und der Ausgleichszeitraum für vorgezogene Kraftwerksabschaltungen auf 4 bzw. 5 Jahre festgelegt, obwohl 3 Jahre ausreichen. Jede der drei Annahmen für sich betrachtet, würde den Ausgleichsbetrag ungefähr halbieren.

» www.t1p.de/jb1g

Neue Technologie macht Sonnenenergie noch wirtschaftlicher

An sonnigen Standorten lässt sich Solarstrom künftig für weniger als 2 Cent/kWh erzeugen. Eine neue Generation inzwischen marktreifer Solarzellen auf der Basis von kris-



Foto: mnganso/pixabay.com

tallinem Silizium macht dies mit Wirkungsgraden von bis zu 23 % möglich. Ein Wirkungsgrad von 26 % und mehr lässt sich in einigen Jahren erreichen, prognostiziert eine internationale Arbeitsgruppe rund um Photovoltaik-Forscher vom Forschungszentrum Jülich.

» www.t1p.de/xqpx

Schlachthof-Abwasser verbreitet antibiotikaresistente Keime

Schlachthöfe verbreiten Resistenzen gegen überlebenswichtige Antibiotika und tragen damit dazu bei, dass sich Infektionskrankheiten medizinisch immer schwerer



Foto: BlackRiv/pixabay.com

behandeln lassen. Über die Abwässer der Schlachthöfe gelangen die antibiotikaresistenten Keime in die Umwelt. Das ist das Ergebnis einer Greenpeace-Recherche, für die Abwasserproben aus sieben Schlachtbetrieben aus drei Bundesländern analysiert wurden – unter anderem von Tönnies, Westfleisch und Wiesenhof. 30 der insgesamt 33 untersuchten Proben enthielten antibiotikaresistente Keime, in 11 wurden Resistenzen gegen das wichtige Reserve-Antibiotikum Colistin nachgewiesen.

» www.t1p.de/my2y

Pflanzen stoßen als CO₂-Senken an ihre natürlichen Grenzen

Wenn in der Atmosphäre mehr CO₂ vorhanden ist, dann stimuliert dies Photosynthese und Pflanzenwachstum, lautet eine verbreitete These von Gegnern einschneidender Klimaschutzmaßnahmen. Das klingt plausibel, doch eine Studie stellte nun fest, dass dieser Effekt in den letzten 4 Jahrzehnten um etwa 30 % abgenommen hat. Denn Pflanzen brauchen ein ausgewogenes Verhältnis von

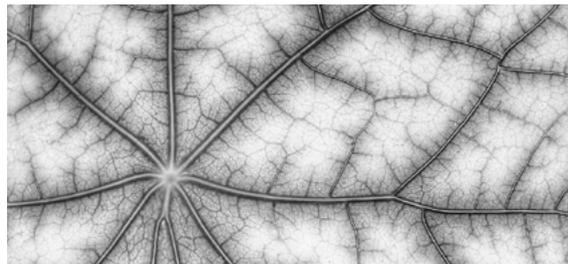


Foto: Astoko/pixabay.com

CO₂, Wasser und Nährstoffen, um zu wachsen. Wenn die Verfügbarkeit von Wasser und Nährstoffen nicht parallel zum Anstieg der CO₂-Konzentrationen zunimmt, können Pflanzen die erhöhte Verfügbarkeit nicht nutzen.

» www.t1p.de/ir5v

Abrieb von Autoreifen verschmutzt Luft, Böden und Gewässer

Autoreifen bestehen etwa zur Hälfte aus vulkanisiertem Naturkautschuk oder synthetischem Gummi und enthalten darüber hinaus eine Vielzahl von Füllmitteln und anderen chemischen Zusatzstoffen. Der Abrieb dieser Reifen ist eine der größten Mikroplastikquellen – deutlich vor dem Faserabrieb, der beim Waschen von Kleidung aus Kunstfasern entsteht. 5–10 % des Reifenabriebs ge-



Foto: PIX 1861/pixabay.com

langen als Feinstaub in die Luft, rund 90 % in den Boden, 12–20 % in Oberflächengewässer. Auf Straßen in Ortschaften spült Regen den Reifenabrieb in die Kanalisation, außerorts versickert der Regen seitlich der Straßen in den Boden.

» www.t1p.de/lb3d

Bücher

Kulturkritik & Hoffnung

Papst Franziskus

Wage zu träumen!

Mit Zuversicht aus der Krise
Kösel, Dezember 2020
192 Seiten, 20,00 Euro
978-3-466-37272-0



Das Oberhaupt der katholischen Kirche appelliert mit diesem Buch für eine Neuausrichtung unserer Gesellschaft. Er kritisiert unser zerstörerisches Wirtschaften sowie die dahinterstehenden Systeme, Ideologien und Politiker. Er bezeichnet dies als „Dritten Weltkrieg auf Raten“, liefert aber auch die Vision einer besseren Welt, bei der das Wohl der Armen und das ökologische Gleichgewicht im Mittelpunkt stehen. Seine Forderungen sind teilweise sehr konkret. Unter anderem plädiert er für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Es könnte „die Beziehungen auf dem Arbeitsmarkt umgestalten und den Menschen die Würde garantieren, Beschäftigungsbedingungen ablehnen zu können, die sie in Armut gefangen halten würden“.

(gh)

Klimaerwärmung & Mut

Frank Schätzing

Was, wenn wir einfach die Welt retten?

Handeln in der Klimakrise
Kiepenheuer & Witsch, April 2021
336 Seiten, 20,00 Euro
978-3-462-00201-0

» www.einfachdieweltretten.com



Ein Krimiautor beschreibt die Dramatik der Klimaerwärmung, zeigt verschiedene Zukunftsszenarien auf, schildert, unter welchen Umständen dieses oder jenes Szenario eintritt. So wird klar, was getan werden muss, um eine Katastrophe abzuwenden. Die dargestellten Fakten und Lösungsstrategien sind zwar eigentlich alle bekannt, wurden aber wohl noch nie so spannend und unterhaltsam präsentiert. Die Gegenwart wird wie eine komplexe Handlung in einem Thriller dargestellt. Wir selbst sind als Akteure mittendrin und müssen die Herausforderung meistern – mit Wissen, Willenskraft, Kreativität, Mut, Liebe zum Leben – und zum Heldentum.

(gh)

Smartphones & Erziehung

Klaus Scheidsteger (Regie)

Aufwach(s)en im Umgang mit digitalen Medien

Was Eltern und Erzieher wissen sollten
Diagnose:Funk, Februar 2021
Dokumentarfilm, 75 Min., 17,90 Euro
» www.aufwach-s-en.de



Der Gebrauch von Smartphones und Tablets beeinflusst die Gehirnentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Das sollten Eltern und Erzieher wissen und verstehen. Experten aus Hirnforschung, Medizin, Psychologie und Pädagogik erläutern, wo die Gefahren genau liegen, wie sie mit ihnen umgehen sollten und was für eine gesunde Entwicklung sinnvoll ist.

(gh)

Ökolandbau & Agrarpolitik

Susanne Aigner

Agrarwende jetzt!

Aufbruch in eine neue Landwirtschaft
Heise, März 2021
180 Seiten, eBook 5,99 Euro
978-3-95788-231-8



Eine grundlegende Veränderung unserer Landwirtschaft ist dringend notwendig – und möglich. Das Buch analysiert das aktuelle System: von den Agrarkonzernen über das EU-Fördersystem bis hin zu verbandspolitischen Verflechtungen und Lobbyismus. Es liefert aber auch Konzepte, wie eine Umstellung auf einen nachhaltigen Ökolandbau gelingen kann.

(gh)

Aufklärung & Handeln

Michael E. Mann

Propagandaschlacht ums Klima

Wie wir die Anstifter politischer Untätigkeit besiegen
Heise, März 2021
500 Seiten, eBook 19,99 Euro
978-3-95788-232-5



Der renommierte Klimaforscher zeigt, wie die fossile Brennstoffindustrie seit 30 Jahren mit geschickten PR-Kampagnen wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel verhindert und verzögert. Er entlarvt ihre Desinformationen und Irreführungen. Und er erläutert, wie sich die Klimaerwärmung mit entschlossenem Handeln doch noch entscheidend bremsen lässt.

(gh)



Zweites Coburger Symposium

Finanz- und Geldpolitik trifft Arbeit und Soziales

Am 21. und 22. Mai 2021 führte die ÖDP ihr zweites Symposium zur Wachstumskritik durch – wie schon beim ersten Symposium in Coburg. Den Livestream im Internet verfolgten bis zu 800 Menschen. Acht Experten diskutierten über die Frage, wie sich unser Wirtschaften ändern muss, damit auch unsere Enkel einen bewohnbaren Planeten vorfinden. Ein persönlicher Bericht

von Günther Brendle-Behnisch

Das Themenfeld „Finanz- und Geldpolitik“ mit dem Themenfeld „Arbeit und Soziales“ zu kombinieren, liegt nicht unbedingt auf der Hand, aber die Notwendigkeit, nicht nur Forderungen aufzustellen, sondern auch nach den Erfordernissen zu fragen, damit man das Geforderte – bis hin zur Finanzierbarkeit – schließlich auch in die Praxis umsetzen kann, rechtfertigt diese thematische Kombination durchaus. Und da es ja auch immer um das Themenfeld „Natur- und Klimaschutz“ geht, wurde daraus ein thematischer Dreisprung, der sich

auch in der Zusammensetzung der Referenten widerspiegelt.

Für „Finanz- und Geldpolitik“ konnten wir kurzfristig den renom-

mierten Ökonomen Heiner Flassbeck, ehemaliger Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und Chefvolkswirt der UN-Organisation für Welthandel und Entwicklung,

sowie Dirk Ehnts als Vertreter der „Modern Monetary Theory“ (MMT) gewinnen; für „Arbeit und Soziales“ Andreas Krampe vom Deutschen Ver-

ein für öffentliche und private Fürsorge, Kurt Rieder von der Agentur für Arbeit und Ulrich Schachtschneider; für „Natur- und Klimaschutz“ Olaf Bandt, Vorsitzender des Bundes für

Der Rückzug des Staates aus vielen sozialen Bereichen kommt einem Rückzug aus der Verantwortung für die Verteilungsfrage gleich.

Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND). Die Dokumentarfilmerin Alexandra Schneider und der Schriftsteller Björn Kern haben die Veranstaltung immer wieder geredet, abgerundet und ihr den besonderen Charme verliehen. Mit der bewährten Moderation durch Uwe Brückner war der Erfolg der Podiumsdiskussion und der Auswertung der Workshops nahezu garantiert.

Geldmenge, Ungleichheit und Umverteilung

Dirk Ehnts stellt in seinen Ausführungen fest, dass der bisher vertretene Zusammenhang von niedrigen Zinsen und hoher Inflation oder hohen Zinsen und schnellerer Umverteilung von unten nach oben zumindest so direkt nicht mehr behauptet werden kann. Die gegenwärtige Nullzinsphase hat – entgegen der Lehre – weder zu einer erhöhten Inflation geführt, noch hätte sie weniger neue Reiche produziert. Das Gegenteil war der Fall. „Die Frage der sozialen Ungleichheit sollte man von der Frage des Zinses trennen“, betonte er.

Auch die Idee, dass hinter dem Geld immer ein Realwert stecken müsste, ist nicht einfach gut oder schlecht, denn bereits bei Transfer-

zahlungen wie dem Kindergeld steht der Leistung des Staates erst einmal kein realer Wert gegenüber – und das passiert täglich. Natürlich haben wir gegenwärtig ein Vielfaches an Geldmenge gegenüber dem jeweiligen Realwert. Problematisch wird es aber erst dann, wenn große Konzerne oder Superreiche durch Spekulation und Kursgewinne erworbenes Vermögen – also ohne realen Gegenwert – z. B. auf dem Wohnungsmarkt in reale

einem Rückzug aus der Verantwortung für die Verteilungsfrage gleich. Das kann nur über eine Besteuerung der Reichen und die Umverteilung an die Armen wieder behoben werden.

Strukturwandel und Sozialverträglichkeit

Heiner Flassbeck setzt bei der Klimaerwärmung an. Die ist Sache der Klimaforscher – und deren Aussagen sollten wir vertrauen. Alles Weitere

Die ökologische Transformation darf nicht ohne soziale Absicherung geschehen.

Es braucht eine Umverteilung von oben nach unten.

Werte umsetzen, ganze Wohnungsbaugesellschaften aufkaufen und die Preise auf dem Wohnungsmarkt in die Höhe treiben. Ab genau diesem Moment wird die Ungleichverteilung wirksam, weil dann Menschen mit durchschnittlichem Einkommen nicht mehr mithalten können.

Hier kann nur mit massiven staatlichen Eingriffen Abhilfe geschaffen werden. Der Rückzug des Staates aus vielen sozialen Bereichen – in diesem Beispiel Verkauf von sozialen Wohnungsbaugesellschaften – kommt

ist jedoch Ökonomik. Eine zentrale Frage: Wie verändert sich eine Zivilgesellschaft, die auf fossile Energie angewiesen ist, wenn sie nun kaum oder gar keine fossile Energie mehr verbrennt? Die Antwort darauf hängt vom ökonomischen Modell ab. Das gegenwärtige führt sicher nicht zum Ziel und ist nicht in der Lage, diese Transformation zu bewältigen.

Wir müssen einen Strukturwandel in Gang setzen. Das geht in einer Marktwirtschaft über die Preise. National kann man hier und dort zwar

etwas verbieten oder Subventionen geben, aber global kommen wir nicht daran vorbei, den Strukturwandel über immerfort steigende Preise voranzutreiben. Das allerdings liefert die

Die heutige Grundsicherung ist keine Versicherung gegen sozialen Abstieg, sondern bestenfalls ein Durchfüttern und Ruhigstellen.

Marktwirtschaft niemals von alleine. Da muss der Staat bzw. müssen die Staaten massiv einschreiten. Es gilt, den Markt für fossile Energie quasi auszuhebeln und durch nicht-fossile Energien zu ersetzen. „Die Staatengemeinschaft muss dafür sorgen, dass Öl, Kohle und Gas in der Erde bleiben“, sagte Flassbeck. Dafür braucht es stetig steigende Preise, aber ebenso eine entsprechende Übereinkunft von Anbietern und Nachfragern – und zwar international.

Steigende Preise aber sorgen wiederum für enorme Härten für die ärmere Bevölkerung – bei uns und vor allem in Entwicklungsländern. Deswegen darf die ökologische Transformation nicht ohne soziale Absicherung geschehen. Es braucht eine Umverteilung von oben nach unten. Es braucht einen Plan, wie mit den durch den massiven Strukturwandel erzeugten Arbeitslosen umzugehen ist. Und den Entwicklungsländern muss wesentlich stärker geholfen werden, als das heute der Fall ist. Es braucht eine ganz andere Wirtschaftspolitik. Damit das international passiert, „muss jemand wie Deutschland in die Bresche springen und das in den internationalen Foren vortragen“.

Grundeinkommen versus Grundsicherung

Nachdem bereits die beiden Wirtschaftsexperten und Finanzexperten die Lösung der sozialen Frage als unabhängig für die Lösung der Gesamt-

problematik erkannt haben, stecken die Sozialexperten Andreas Krampe, Kurt Rieder und Ulrich Schachtschneider den Rahmen noch einmal überraschend anders ab: Die heu-

tige Grundsicherung ist keine Versicherung gegen sozialen Abstieg, sondern bestenfalls ein Durchfüttern und Ruhigstellen – darüber sind sich zumindest Krampe und Rieder einig. Es muss um mehr gehen als nur fi-

Auch die soziale Frage darf nicht unabhängig von der ökologischen und ökonomischen behandelt werden.

nanzielle Ausstattung. Um mehr als um Bedürftigkeitsprüfungen und Geldzuwendungen an die Antragsberechtigten. Es muss endlich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen werden.

Das gilt ganz besonders in der aktuellen Corona-Situation, wo mehr und mehr bislang ordentlich Situierte, Soloselbstständige, Einzelunternehmer, Freischaffende usw. in

ernsthafte Schwierigkeiten geraten und dringend Hilfen brauchen. Da gelten Hartz-IV-Empfänger plötzlich als abgesichert, weil andere, die sich bisher immer selbst geholfen haben, das nicht mehr tun können. Damit braucht es mehr als die bisherigen Lösungen. Dieses „Mehr“ ist für Schachtschneider ein „ökologisches“ Grundeinkommen. „Ökologisch“ deshalb, weil es durch Öko-Steuern und -Abgaben zumindest mitfinanziert werden soll.

Auch Rieder sieht die Notwendigkeit eines wie immer gearteten Grundeinkommens, allerdings nicht in der von Schachtschneider anvisierten Höhe, sondern langsam

aufbauend, finanziert als Öko-Dividende, die an die Bevölkerung zurückerstattet wird: eine ökologische Umverteilung. Die wäre auch ein Ausgleich für steigende Kosten durch Öko-Steuern und -Abgaben sowie das Umstellen auf ökologischere Produktionsmethoden, die ihren Preis haben. Doch dieser Preis spiegelt den wahren ökologischen Preis wider und wälzt diesen nicht auf die Zukunft, den globalen Süden oder die Natur ab.

Einig waren sich die drei, dass die rein finanzielle Zuwendung nicht genug ist. Ermöglicht werden muss eine echte aktive Teilhabe am Leben, an der Gesellschaft und auch an der ökologischen Transformation. Das bisherige System hat die Menschen abgefüttert und ruhiggestellt – und damit in die Passivität abgeschoben. Ein Ergebnis sind Langzeitarbeitslose, die man – wenn überhaupt – nur sehr schwer wieder in den Arbeitsprozess und damit auch in die gesellschaftliche Mitte zurückholen kann.

Rieder fordert: „Jeder Mensch muss auch ein Recht auf Beschäftigung haben. Das gehört zur Teilhabe – und ist nicht gegen ein Grundeinkommen. Beides gehört zusammen, gehört zur Solidarität.“

Auch Schachtschneider sieht das so: „Jeder Mensch braucht Arbeit, auch um anerkannt zu werden. Das sieht man schon an der gegenwärtigen Aufteilung: Erwerbsarbeit ist das eine, der größere Teil aber ist nicht-monetäre Arbeit. Und es stellt sich die Frage: Bin ich zur Arbeit gezwungen oder mache ich das aus eigenem Interesse? Das hat gravierende Folgen für mich selbst, aber auch für die Ökologie. Wer unzufrieden Arbeit macht, wird nicht auf Natur und Umwelt Rücksicht nehmen, wer dabei zufrieden ist, nimmt auch selbst Rücksicht auf andere, auf die Natur.“

Es muss hier also ein Umdenken erfolgen: Wir brauchen eine Neudefinition von Arbeit. Die muss ein Recht auf authentische Arbeit beinhalten, dazu zeitliche Freiräume, aber auch eine ökonomische Absicherung.

Devise: Gut leben statt viel haben

Auch Olaf Bandt fordert einen Umbau der Gesellschaft: klare, absolute Grenzen für den Verbrauch, denn „wir haben nicht drei, sondern nur

Die Transformation ist nicht wirklich von Verzicht geprägt, sondern von einer neuen Lust auf ein einfacheres, aber sinnstiftendes Leben.

einen Planeten“. Politik muss sich darum kümmern, dass auch für kommende Generationen genügend da ist. Bandt nennt dies „sozial-ökologische Gemeinwirtschaft 2.0“. Und meint damit eine Wirtschaft, die nicht einfach so wächst, sondern sich an den Bedürfnissen der Menschen

orientiert. Beispiel: Der Ausbau erneuerbarer Energien sollte in Bürgerhand und als gemeinschaftliches Projekt erfolgen.

Die neue Devise muss lauten: „Gut leben statt viel haben!“ Das Projekt „gesellschaftliche Transformation“ landet letzten Endes bei der sozialen Frage, die nicht unabhängig von der ökologischen und der ökonomischen behandelt werden darf. Das ÖDP-Motto „Weniger ist mehr“ löst bei Bandt zwiespältige Gefühle aus, denn er möchte eigentlich nicht weniger, sondern mehr machen. Der BUND ist ein Mitmachverband und will noch mehr bewegen. Umsteuern kann eine lustvolle Tätigkeit sein, die mehr Gemeinschaft und mehr Aktivität bedeutet.

Neue Lebenslust durch Lebenssinn

Das wiederum ist Wasser auf den Mühlen von Alexandra Schneider und Björn Kern: Die Transformation in eine neue Gesellschaft, die mit dem Gesamtumbau der Wirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft einhergehen muss, ist nicht wirklich von Verzicht geprägt, sondern von einer neuen Lebenslust. Von einer Lust auf ein einfacheres, aber sinnstiftendes Leben. Auf ein Leben in einer größeren individuellen Gestaltungsfreiheit, im sozialeren Umgang

miteinander, die – befreit von materiellen Zwängen des Immer-mehr-haben-Müssens – die Menschen dazu befreit, zu sich selbst, aber auch zum Nächsten und zu ihrer Mitwelt zu finden, und im Einklang mit dieser ganzen Schöpfung von einer Generation zur anderen gut leben kann.

BUCHTIPP

Günther Brendle-Behnisch, Claudius Moseler, Christoph Raabs (Hrsg.)
Wirtschaft ohne Wachstumszwang
Tectum, März 2021
324 Seiten, 38,00 Euro
978-3-8288-4620-3



Fazit: Der Weg ist klarer geworden

Das zweite Coburger Symposium hat einen bunten Blumenstrauß an verschiedenen Themen, Inhalten und Herangehensweisen gebunden und trotzdem zu einer Ganzheit gefunden, die den zu gehenden Weg aufzeigte. Das darf als zwar noch vorläufiges Fazit durchaus festgestellt werden – die gründliche Auswertung soll ja erst noch erfolgen. Auf alle Fälle hat sich die viele Arbeit gelohnt und darf als ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einer enkeltauglichen ökologisch-sozialen Marktwirtschaft gewertet werden. ■

Günther Brendle-Behnisch, Jahrgang 1956, studierte zunächst Betriebswirtschaft und war als mittelständischer Unternehmer



tätig, studierte dann Evangelische Theologie und arbeitete anschließend als Gemeindepfarrer, als Schulpfarrer und für die Mission EineWelt in Kenia. In die ÖDP trat er 2016 ein, war von 2018 bis 2020 Bundesschatzmeister und ist seit 2021 Vorsitzender der Bundesprogrammkommission sowie Beisitzer im Bundesvorstand. Er initiierte die Wachstumskritik-Symposien mit und ist deren Arbeitsgruppenleiter.

brendle-behnisch@t-online.de

Finanz- und Geldpolitik

„Die MMT ist kein ‚Tischlein deck dich‘-Programm“

Angesichts der Dringlichkeit und Wichtigkeit umwelt- und sozialpolitischer Maßnahmen plädieren die Vertreter der Modern Monetary Theory (MMT) für eine Abkehr von der Austeritätspolitik und für aktiveres staatliches Handeln. Möglich sei dies, weil der Staat das Währungsmonopol hat und deshalb nicht auf Steuereinnahmen warten muss. Aber drohen da nicht Inflation und Chaos?

Interview mit Dr. Michael Paetz

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Paetz, wie kam es 1923 zur großen Inflation?

Dr. Michael Paetz: Aus meiner Sicht hatte die Hyperinflation drei Gründe: eine Verknappung des Angebots, Schulden in ausländischer Währung und Lohn-Preis-Spiralen. Die Reparationen mussten in ausländischer Währung bezahlt werden, weshalb Deutschland mehr exportieren als importieren musste, um an Devisen zu gelangen. Durch den Ersten Weltkrieg war die Produktionskapazität Deutschlands aber beschädigt. Außerdem war die Wirtschaft stark auf die Produktion militärischer Güter ausgerichtet. Die zu geringe eigene Produktion reichte daher nicht einmal aus, um die heimische Nachfrage zu bedienen. Statt eines Exportüberschusses verzeichnete man ein Defizit, was zu einer Abwertung der Reichsmark führte und die Schuldenlast noch vergrößerte. Das Ruhrgebiet – die industrielle Basis – wurde dann auch noch von den Alliierten besetzt, als Deutschland die Reparationen nicht zahlte. Daraufhin gab es einen Generalstreik und die deutsche Regierung entschied sich, die Löhne der Arbeiter weiterzuzahlen. Das Angebot von Gütern sank, während Löhne

weitergezahlt wurden, wodurch die Preise stiegen. Dies wiederum vergrößerte das Handelsbilanzdefizit und somit den Abwertungsdruck auf die Reichsmark. Die Tatsache, dass Deutschland zur Zahlung der Reparationen Reichsmark gegen auslän-

dische Währung tauschte, verstärkte den Abwertungsdruck zusätzlich. Die Abwertungen der Reichsmark verteuerten zudem ausländische Waren. Hierdurch stiegen die Lebenshaltungskosten der Arbeiter, die daraufhin höhere Löhne forderten und die Preise weiter nach oben trieben. Es entstand ein Teufelskreislauf. Joan Robinson, eine Schülerin von John Maynard Keynes, verwies bereits 1938 darauf, dass es diese Kombination von Umständen war, die einen fortwährenden Anstieg der Inflationsrate erzeugte, weil der durch die Lohnerhöhung induzierte Preisanstieg das Handelsbilanzdefizit immer weiter vergrößerte und so zu einer weiteren Abwertung der Währung führte, welche wiederum

weitere Lohnsteigerungen nach sich zog. Die Abwertung konnte daher nicht zu einer relativen Vergünstigung einheimischer Produkte führen, die einen Handelsbilanzüberschuss hätte herbeiführen können. Es entstand stattdessen eine Lohn-

Preis-Wechselkurs-Spirale, die durch den Kauf ausländischer Währung zur Zahlung der Reparationen zusätzlich angeheizt wurde. Fazit: Die Kosten eines verlorenen Krieges können eine Währung zerstören. Das Budgetdefizit des Staates stellt allein für die Hyperinflation hingegen keine hinreichende Begründung dar, auch wenn dies immer wieder behauptet wird. Und die Geldmenge stieg auch erst im Anschluss, weil durch die höheren Preise die Nachfrage nach Geld stieg. Banken stellten dieses Geld durch eine erhöhte Kreditvergabe zur Verfügung und der Staat durch höhere Lohnzahlungen.

Laut *Modern Monetary Theory (MMT)* darf ein Staat Geld „nach Bedarf drucken“. Droht da nicht eine

„Wir kämpfen spätestens seit der Finanzkrise gegen eine Deflation, also sinkende Preise.“



Dr. Michael Paetz, Jahrgang 1978, studierte Wirtschaftsmathematik und ist seither als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind der Post-Keynesianismus und die Modern Monetary Theory (MMT). Er schreibt regelmäßig für das Online-Magazin „Makroskop“ und arbeitet an einem Lehrbuch für Makroökonomik.

www.was-ist-geld.de

ähnliche Inflation? Welche Grenzen sind zu beachten?

Wie eben dargelegt, stellt die typische Kausalitätskette „Mehr Geld führt zu mehr Inflation“ die Realität auf den Kopf. Während einer Hyper-

inflation läuft die Geldmenge den Preisen hinterher und kann daher nicht für sie verantwortlich sein. Zudem ist es ausgesprochen befremdlich, dass man in Deutschland immer wieder an eine Zeit erinnert, die mit der heutigen überhaupt nichts gemein hat. Wir kämpfen spätestens

seit der Finanzkrise gegen eine Deflation, also sinkende Preise. Statt mit Vergleichen zur Hyperinflationsperiode unnötige Ängste zu schüren, sollte man sich eine andere historische Episode ins Gedächtnis rufen: Es war die deflationäre Austeritätspolitik von Reichskanzler Heinrich Brüning, die den Nazis den Weg ebnete. Man sollte mit solchen Vergleichen natürlich sehr vorsichtig sein, aber wenn man den derzeitigen Auf-

stieg der Rechtspopulisten in Europa betrachtet, fallen einem schon einige äußerst beängstigende Parallelen auf. Es gibt derzeit keinen ernstzunehmenden Ökonomen, der vor der Gefahr einer Hyperinflation warnt. Sollten aufgrund der Pandemie viele Unternehmen pleitegehen, kann es natürlich zu einer temporären Angebotsverknappung kommen, die temporär auch zu etwas schneller steigenden Preisen führen kann. Daher ist es ja auch so wichtig, dass die jetzigen Unterstützungsmaßnahmen großzügig ausfallen, um eine Angebotsverknappung so gut es geht zu vermeiden. Sollte es dennoch dazu kommen, werden wir einen geringen Anstieg der Inflationsrate erle-

„Es war die deflationäre Austeritätspolitik von Brüning, die den Nazis den Weg ebnete.“

ben, der schnell wieder zurückgehen wird, sobald die Kapazitäten wieder ausgeweitet wurden. Mit einer Hyperinflation hat das aber rein gar nichts zu tun. Ich erwarte eine starke Ausgabezurückhaltung nach der Pandemie. Unternehmen wie private Haushalte haben sich entweder stär-

ker verschuldet oder ihr Gespartes verringert. Sie werden nach der Pandemie daher versuchen, ihre Schulden zu verringern oder ihr Polster wieder auszubauen. In Europa ist die Gefahr sehr groß, dass wir zu wenig gegen diese Nachfrageschwäche tun und mit einem weiteren verlorenen Jahrzehnt rechtspopulistische Kräfte stärken. Wenn zusätzlich zum Privatsektor dann auch noch der Staat versucht, Einnahmeüberschüsse zu

erzielen, indem er seine Ausgaben reduziert, wird er die Krise unnötig verschlimmern, so wie wir es nach der Finanzkrise z. B. in Griechenland erlebt haben. Falls dann tatsächlich viele Unternehmen pleitegehen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass es in Zukunft schneller zu einem Anstieg der Inflation kommen wird, weil wir die Kapazitätsgrenzen eher erreichen werden. Sollte ein solcher Anstieg tatsächlich zu beobachten sein, hat die Regierung aber jederzeit die Möglichkeit, geplante Ausgaben zu verschieben. Die Entwicklung der Inflation hängt letztlich von der Lohnentwicklung ab. Die aktuellen Abschlüsse in Deutschland sind viel zu gering ausgefallen. Auf dieser Seite ist also eher eine weitere Schwächung der Nachfrage zu sehen. Da die gesamte Welt in eine Krise rutscht, ist auch vom Außenhandel kein Impuls zu erwarten, der eine nennenswerte Inflationsgefahr hervorruft.

Wie sollen künftige Generationen die Schulden der heutigen Generation begleichen?

Zunächst einmal existieren Forderungen und Verbindlichkeiten immer zu gleichen Zeit. Die Schulden des Staates entsprechen dem Net-

„Es gibt derzeit keinen ernstzunehmenden Ökonomen, der vor einer Hyperinflation warnt.“

togeldvermögen des Privatsektors. Die Zinsen, welche die Regierung für ihre Anleihen zahlt, sind demnach die Einkommen derjenigen, die die Schuldtitel halten. Zukünftige Generationen werden daher auch

„In Europa ist die Gefahr sehr groß, dass wir zu wenig gegen die Nachfrageschwäche tun und dadurch rechtspopulistische Kräfte stärken.“

nicht belastet, wenn der Staat in Zukunft die Steuern erhöhen sollte, um den Schuldenstand zu verringern, weil die Steuerzahler ebenfalls zur gleichen Zeit leben wie die Empfänger der Zahlungen. Es folgt also schlimmstenfalls ein Verteilungskonflikt innerhalb einer Generation, aber kein Konflikt zwischen Generationen. Wenn man einen Verteilungskonflikt mindern möchte, kann man z. B. besonders hohe Einkommen oder Vermögen besteuern. Die Frage an sich ist aber schon falsch gestellt, weil sie impliziert, dass wir die Verschuldung reduzieren müssten, was ich für einen schrecklichen Fehler halte und meines Erachtens auch nicht gesehen wird. Ein weiteres Jahrzehnt

Austeritätspolitik würde – wie ich oben bereits ausgeführt habe – den Weg in eine Katastrophe ebnen. Wie wir anhand der Entwicklung in Griechenland nach der Finanzkrise sehen können, funktioniert diese Politik zu

dem auch nicht. Wenn die Wirtschaft aufgrund einer zu geringen Nachfrage nicht läuft, steigt das Haushaltsdefizit des Staates ganz automatisch, weil die Steuereinnahmen fallen, während die Sozialausgaben steigen. Da man das Defizit nicht kontrollieren kann, sollte es auch keine Zielgröße sein. Man sollte vielmehr darauf schauen, ob die Nachfrage ausreicht, um eine ausreichende Beschäftigung zu gewährleisten. Da ein

„Das Defizit sollte keine Zielgröße sein. Man sollte vielmehr schauen, dass die Nachfrage eine ausreichende Beschäftigung gewährleistet.“

Staat, der seine eigene Währung ausgibt, keinen finanziellen Einschränkungen unterliegt, kann er sich jedes Schuldenniveau leisten und muss die Schuldenhöhe auch nicht aus finanziellen Gründen verringern. Sollte die Privatwirtschaft überhitzen, wäre es aber theoretisch möglich, dass ein Staat Überschüsse erzielen sollte, um einen Anstieg der Inflationsrate zu vermeiden. Dies würde die Verschuldung selbstverständlich verringern, ist in naher Zukunft aber nicht zu erwarten. Die Schuldverschreibungen, die z. B. bei der Einführung der Deutschen Mark (DM) entstanden sind, weil der Staat jedem Bürger 60 DM auszahlte, stehen heute noch in der Bilanz der Bundesbank. Solange

die Zentralbank kooperiert und keine Verschuldung in ausländischer Währung existiert, stellt sich die Finanzierungsfrage für einen Staat nicht. Die Schulden der Corona-Krise werden in 50 Jahren vermutlich ebenfalls in der Bilanz der Bundesbank stehen. Unsere Enkel müssen also keine Angst vor staatlichen Schulden haben, sondern vor sanierungsbedürftigen Schulen und Brücken und vor allem einer ökologisch nicht nachhaltigen Produktionsweise.

Die MMT ist vor allem in den USA bekannt und hat die meisten Anhänger im linken Parteiflügel der Demokraten. Warum gerade dort? Warum ist sie bei den Republikanern unbeliebt?

Die MMT ist im Kern „nur“ eine Darstellung monetärer Zusammenhänge und keine politische Bewegung. Ihre Vertreter verfolgen aber häufig Ziele, die man in den USA wohl eher dem politisch linken Lager zuschreiben würde: z. B. die

Verringerung der Ungleichheit, Umweltschutz und Ökologie oder die Regulierung des Finanzsektors. Ich würde aber nicht sagen, dass die MMT bei Republikanern prinzipiell unbeliebt sei. Sicher würde sich kein Republikaner öffentlich zur MMT bekennen, weil eine Erhöhung von Staatsschulden bei konservativen Senatoren und Wählern grundsätzlich nicht besonders angesehen ist. Diese sind ja mehrheitlich der Auffassung, dass eine Marktwirtschaft am besten funktioniert, wenn der Staat so klein wie möglich ist. Dennoch haben die USA unter republikanischer Führung regelmäßig kein Problem damit gehabt, höhere staatliche Defizite in Kauf zu nehmen, wenn man hier-



Foto: geralt/pixabay.com

durch die Steuern für Vermögende senken oder Rüstungsausgaben erhöhen konnte. Das war in der Vergangenheit ja schon unter Reagan der Fall. Neu ist, dass jemand wie Donald Trump sich mit „We print the money“ der MMT-Aussage bediente, dass der US-Regierung das Geld nicht ausgehen kann, weil sie es ja selber herstellt. Es ist schon verwunderlich, dass gerade die Demokraten häufig eine „solidere“ Haushaltspolitik umgesetzt haben als ihre republikanischen Kollegen, die lieber über neue Schulden ihre Klientel bedient haben.

Die Anhänger der MMT betonen zwar das Gemeinwohl, doch kann das neu „gedruckte“ Geld ja von der Politik auch anderweitig benutzt werden. Wo

liegen die Grenzen der MMT? Und warum brauchen wir sie trotzdem?

Dass eine richtige gesamtwirtschaftliche Wirtschaftspolitik auch von den falschen Kräften missbraucht werden kann, darf kein Grund dafür

„Unsere Enkel müssen keine Angst vor staatlichen Schulden haben, sondern vor einer ökologisch nicht nachhaltigen Produktionsweise.“

sein, sinnvolle staatliche Ausgabenprogramme nicht zu nutzen oder gar zu verbieten. Diesem Vorwurf des Missbrauchs sah sich ja bereits der Keynesianismus ausgesetzt, weil die Nazi-Ökonomen zu Beginn ihrer

Macht mit Ausgabensteigerungen die Wirtschaft in Fahrt brachten und so die Beliebtheit in der Bevölkerung erhöhen konnten. Es war aber nicht der Fehler des Keynesianismus, dass Brüning zuvor eine desaströse Aus-

teritätspolitik durchführte. Je länger die Parteien des demokratischen Spektrums einer völlig unnötigen Sparpolitik das Wort reden – wie es auch linke Parteien immer wieder tun, wenn sie zunächst die Steuerein-

ONLINETIPPS

Dirk Ehnts, Michael Paetz
Wie finanzieren wir die Corona-Schulden?
Wirtschaftsdienst, März 2021
www.t1p.de/ioj7

Christine Bergmann
Wieviele Schulden verträgt der Staat?
BR Radio, 02.03.2021
www.t1p.de/y7fv

Dirk Ehnts, Michael Paetz
Die Modern Monetary Theory: Staatsschulden als Steuergutschriften
DIW Berlin, April 2019
www.t1p.de/kj4p

nahmen erhöhen wollen, um im Anschluss etwas für die Einkommenschwachen oder die Umwelt zu tun –, werden autoritäre Parteien, die einen gesamtwirtschaftlich richtigen Weg mit gesellschaftlich falschen Zielen verbinden, dazugewinnen. Der US-Präsident der Nachkriegszeit, Franklin D. Roosevelt, hatte dies erkannt und seine Job-Programme auch mit Blick auf die Entwicklung in Deutschland umgesetzt. Eine Begrenzung der Staatsverschuldung ist letztlich auch eine Begrenzung der Demokratie, weil die gewählten Vertreter ihrer Möglichkeiten beraubt werden. Konservative Ökonomen scheinen eine große Angst vor der Demokratie zu haben, weil eine Mehrheit der Menschen sich ggf. für mehr staatliche Eingriffe entscheiden könnte. Daher haben sie sich schon immer für eine Begrenzung des Staates ausgesprochen. Der Wirtschaftswissenschaftler Paul Samuelson sagte sinngemäß, der Mythos des finanziell eingeschränkten Staates müsse aufrechterhalten werden, weil die Wähler ansonsten zu hohe Forderungen an die Regierung stellen könnten. Die MMT steht weder für einen großen noch einen kleinen Staat ein. Statt für eine maximale Freiheit des Marktes setzen wir uns für ein maximal demokratisches System ein.

„Statt für eine maximale Freiheit des Marktes steht die MMT für ein maximal demokratisches System.“

Die Entscheidung über die Höhe eines staatlichen Defizits gehört ins Parlament, schließlich müssen Politiker sich regelmäßig rechtfertigen. Und wenn die Ausgaben nicht für die Felder genutzt werden, welche die Mehrheit der Wähler für wichtig hält, können sie abgewählt werden. Übrigens haben es Politiker in den vergangenen 40 Jahren auch ganz

ohne die uneingeschränkte Möglichkeit, Ausgaben zu tätigen, geschafft, eine furchtbare Politik umzusetzen, die den Klimawandel ebenso befeuert hat wie die Ungleichheit. Die eingeschränkte Handlungsfähigkeit hat die Politik eher verschlechtert. Was die Grenzen der MMT betrifft, haben wir oben ja bereits eine benannt. Wenn die Preise beginnen,

schneller zu steigen, sollte der Staat geplante Ausgaben verschieben, da die Volkswirtschaft offensichtlich ihre Kapazitätsgrenze erreicht hat. Die MMT ist kein „Tischlein deck dich“-Programm: Wenn alle Arbeiter beschäftigt sind, lassen sich keine zusätzlichen staatlichen Projekte mehr umsetzen, ohne die Preise nach oben zu treiben. Gesamtwirtschaftlich betrachtet, braucht man diese ja nun auch nicht mehr. In dieser Situation muss man dann tatsächlich abwägen, welche Projekte man schneller umsetzen möchte. Zudem könnten die Preise bereits beginnen, schneller zu steigen, bevor ein Zustand der Vollbeschäftigung erreicht ist.

Ökonomen, die glauben, dass man jederzeit immer genau die Nachfrage schaffen kann, die in der privaten Wirtschaft fehlt, um alle Arbeitswilligen zu beschäftigen, kann man wohl bestenfalls als naiv bezeichnen. Für die Personen, die auch unter einer Vollbeschäftigungspolitik temporär keinen Job finden, obwohl sie arbeiten möchten, wollen MMT-Ökonomen

deshalb eine Job-Garantie zum Mindestlohn anbieten. Diese würden im Wesentlichen die Menschen in Anspruch nehmen, die wenig verdienen und daher auch nicht auf Gespartes zurückgreifen können. Dies sind genau diejenigen, die von einer Krise immer besonders hart betroffen sind und ohnehin staatliche Hilfe benötigen. Und wenn man solche

Programme mit Fortbildungsmaßnahmen kombiniert, können diese Menschen später wieder besser in den privaten Arbeitsmarkt integriert werden, wodurch die zukünftige Kapazitätsrestriktion sogar gelockert werden würde.

Welchen Beitrag kann die MMT leisten, um die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich wieder zu stoppen oder gar zu verengen?

Zunächst einmal zeigt eine MMT-Analyse, dass man den ärmeren Bevölkerungsschichten helfen kann, ohne zuvor den Reichen ihr Geld abzunehmen. Solange es Arbeitslose gibt, die grundsätzlich in der Lage sind zu arbeiten, können wir sie auch beschäftigen, weil es keine bindenden finanziellen Restriktionen gibt. Wir könnten also auch die Beschäftigung in zukünftigen Schlüsselsektoren wie der Pflege ausbauen. Da Arbeitslosigkeit die bedeutendste Ursache von Armut ist, kann man hiermit schon eine Menge erreichen. Wir können die staatlich Angestellten zudem angemessen bezahlen. Der Mindestlohn eines staatlich garantierten Jobs für jeden zu menschenwürdigen Bedingungen und Arbeitszeiten würde eine Lohnuntergrenze definieren. Wer würde schon bei einem Paketzusteller arbeiten, wenn er dort un-

bezahlte Überstunden machen muss und zudem noch einen Lohn erhält, der unter dem der Jobgarantie liegt? So kann man die Lohnspreizung im unteren Bereich der Löhne, die von der Agenda-Politik erzeugt wurde, effektiv zurückfahren. Zudem müsste niemand mehr einen Job annehmen, dessen Arbeitsbedingungen inakzeptabel sind. Dadurch würden die Preise für einfache Dienstleistungen ggf. etwas ansteigen. Diese sind im internationalen Vergleich in Deutschland aber ohnehin deutlich zu niedrig. Einige Jobs könnten auch wegfallen. Dies ist aber ein völlig normaler, ja sogar wichtiger Vorgang in einer funktionierenden Marktwirtschaft. Unternehmen, die nicht in der Lage sind, den marktüblichen Lohn zu bezahlen (und marktübliche Arbeitsbedingungen anzubieten), sollten von ihren Konkurrenten verdrängt werden. Übrig bleiben dann diejenigen Unternehmen, die besser organisiert sind oder die besseren Technologien verwenden, und nicht die, die den geringsten Lohn zahlen. Dies fördert den Wettbewerb der Ideen statt den der Skrupellosigkeit. Das alles wird aber nicht reichen, um die Schere zwischen Arm und Reich wieder zu verengen. Die Vermögenskonzentration hat ein Ausmaß erreicht, das man vermutlich nur durch zusätzliche Besteuerung wird korrigieren können. Man benötigt die Steuern zwar nicht, um Ausgaben zu finanzieren, aber man kann Steuern einsetzen, um Entwicklungen zu korrigieren, die gesellschaftlich nicht gewünscht sind und letztlich auch die Demokratie gefährden können.

Welchen Beitrag kann die MMT leisten, um eine ökologische Transformation der Wirtschaft voranzutreiben?

Wir wissen ja seit Langem, was zu tun ist. Es fehlt nur am politischen Willen, die Erkenntnisse umzusetzen. Und dies liegt vor allem daran, dass sich Politik und Gesellschaft

jahrzehntelang eingeredet haben, dass wir uns eine schnelle Transformation der Wirtschaft schlicht nicht leisten können. Die MMT zeigt, dass ein Staat mit einer souveränen Währung aber nicht so betriebswirtschaftlich denken muss. Solange wir das Know-how, die Technik und die verfügbaren Arbeitskräfte haben, können wir die ökologische Transformation angehen. Und es wird uns allen dadurch besser und nicht schlechter gehen als in den letzten Jahrzehnten. Die MMT kann hier eine positive Erzählung bieten, die man der bisherigen Abwägung zwischen Wohlstand und Umwelt entgegensetzen kann. Nur so kann man eine Mehrheit in der Bevölkerung für Umweltpolitik begeistern.

Lässt sich die MMT im Euro-Raum überhaupt umsetzen, wo ja kein Staat, sondern die Europäische Zentralbank (EZB) das Geld „druckt“?

Die Probleme mit dem derzeitigen Euro-System sind zu umfangreich, um diese mal eben kurz auf-

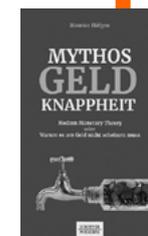
zuführen. Dirk Ehnts und ich haben dazu im „Wirtschaftsdienst“ kürzlich einen längeren Artikel veröffentlicht. Solange die EZB mitspielt, können die Mitgliedsstaaten des Euro-Raums nicht pleitegehen. Und solange der Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgesetzt ist, können sie so viel ausgeben, wie sie wollen. Derzeit ist beides der Fall, jedoch besteht die Gefahr, dass sich dies nach der Pandemie wieder ändert. Erst wenn es ein europäisches Finanzministerium gibt, das mit der EZB zusammenarbeitet und bereit ist, sich zu verschulden, um den Großteil der staatlichen Ausgaben in den Mitgliedsländern zu

BUCHTIPPS

Dirk Ehnts
Geld und Kredit: eine €-päische Perspektive
Metropolis, Neuauflage
September 2020
282 Seiten, 19,80 Euro
978-3-7316-1433-3



Maurice Höfgen
Mythos Geldknappheit
Modern Monetary Theory oder Warum es am Geld nicht scheitern muss
Schäffer-Poeschel,
September 2020
283 Seiten, 24,95 Euro
978-3-7910-4959-5



übernehmen, können wir nationale Staatshaushalte begrenzen. In den USA wird ja auch der Großteil der staatlichen Ausgaben auf der Bundesebene getätigt. Davon sind wir aber meilenweit entfernt. Zudem

„Die MMT kann hier eine positive Erzählung bieten.

Nur so kann man eine Mehrheit in der Bevölkerung für Umweltpolitik begeistern.“

müsste sich zunächst die Austeritätsideologie der Euro-Zone grundlegend ändern. Solange dies nicht der Fall ist, sollten wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt dauerhaft außer Kraft setzen und die EZB dazu verpflichten, die Zinsen aller Staatsschulden des Euro-Raums auf dem gleichen niedrigen Niveau zu stabilisieren, um so die Zahlungsfähigkeit der Mitgliedsländer zu gewährleisten. Die derzeitigen Entwicklungen stimmen vorsichtig optimistisch, aber es ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten.

Herr Dr. Paetz, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Transformationshemmnis I: unsere Leitmedien

„Nachhaltigkeit muss ständiger Maßstab sein“

Die Berichterstattung unserer Leitmedien prägt das öffentliche Bewusstsein. Zwar sind die Klimaerwärmung und andere Umweltprobleme dort inzwischen große Themen, eine konsequente Ursachenanalyse und Kritik am gegenwärtigen Wirtschaftssystem bleibt aber aus. Besonders in Wirtschaftsredaktionen herrscht ein seltsam gleichförmiges Denken.

Interview mit Dr. Uwe Krüger

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Krüger, fördern oder behindern die Medien eine ökologische Transformation?

Dr. Uwe Krüger: Sie tun beides. Aber ich würde sagen: Ein größerer Teil des professionell-redaktionellen Journalismus behindert sie eher, nur ein kleinerer Teil fördert sie oder möchte sie zumindest befördern. Schaut man sich repräsentative Befragungen deutscher Journalistinnen

Wenn man dann in einem Wirtschaftssystem steckt, das die Gewinnmaximierung für wenige über das Gemeinwohl und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen stellt, ist das ein Problem: Dann ergibt das eine meist systemimmanente Berichterstattung, in der Systemfehler, Systemkritikerinnen und -kritiker sowie Systemalternativen tendenziell unterbelichtet bleiben.

„Worüber liegen sich die Entscheidungsträger in den Haaren? Darum geht es meistens.“

und Journalisten an, so sieht man, dass die überwältigende Mehrheit als unparteiische Beobachter die Dinge so berichten will, wie sie sind. Nur ein Drittel möchte dagegen neue Themen auf die Tagesordnung setzen, Regierung und Wirtschaft kontrollieren und zu sozialem Wandel beitragen. Allgemein liegt der Fokus des Mainstream-Journalismus auf dem Abbilden kurzfristiger Ereignisse und des aktuellen Elitendiskurses: Worüber liegen sich die gegenwärtigen Entscheidungsträger in den Haaren? Darum geht es meistens in den Nachrichtensendungen und in den Politik- und Wirtschaftsteilen der großen Zeitungen und Newsportale.

Wie kommt es, dass in den Leitmedien Systemalternativen scheinbar kein Thema sind?

Systemalternativen werden eher in einem sehr kleinen Segment des Journalismus diskutiert: im sogenannten „konstruktiven Journalismus“. Da gibt es spezialisierte Medien wie „Perspective Daily“, „Transform“, „Kater Demos – das utopische Politikmagazin“, „Oya“ oder „FuturZwei“. In den großen Zeitungen, Newsportalen und Rundfunksendern wird zwar über die Klimaerwärmung und andere Umweltprobleme aufgeklärt – sehr stark vor allem seit Beginn der Fridays-for-Future-Bewegung –, aber hier wird trotzdem tendenziell der Status quo



Foto: Bernd Röeder

Dr. Uwe Krüger, Jahrgang 1978, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig und Forschungskordinator des dortigen Zentrums Journalismus und Demokratie. Für seine Bücher „Mainstream“ und „Meinungsmacht“ erhielt er den Günter-Wallraff-Preis für Journalismuskritik. 2017 hat er das Netzwerk Kritische Kommunikationswissenschaft mitgegründet. 2018 bis 2019 war er Mitglied des MDR-Rundfunkrats, entsandt vom Deutschen Journalisten-Verband Sachsen.

www.t1p.de/kq1h

verteidigt und implizit ein „Weiter wie bisher“ propagiert. Der Wirtschaftsjournalismus der etablierten Medien ist von der sogenannten „neoklassischen Wirtschaftstheorie“ inspiriert, die auch an den Universitäten dominiert. Und im Verbraucherjournalismus – z. B. in den Rubriken „Auto“,

„Der Wirtschaftsjournalismus ist von der ‚neoklassischen Wirtschaftstheorie‘ inspiriert, die auch an den Universitäten dominiert.“

„Reisen“, „Wohnen“ und „Mode“ – dominiert ein „romantischer Konsumismus“. Ein gutes Konsumklima ist wichtig, damit Unternehmen in den Medien Anzeigen und Werbespots schalten und die Medieneigentümer Gewinne machen. Die politische Ökonomie der großen Medien ist eher transformationshemmend als förderlich, da das Befeuern von Konsumwünschen im eigenen Interesse liegt.

Was ist „romantischer Konsumismus“?
Laut dem israelischen Universalhistoriker Yuval Noah Harari, der den Begriff in seinem Bestseller „Eine kurze Geschichte der Menschheit“ stark macht, ist das eine Verbindung von zwei zentralen Ideologien der

„Im Verbraucherjournalismus dominiert ein ‚romantischer Konsumismus‘ – damit Unternehmen in den Medien Anzeigen und Werbespots schalten.“

Moderne: Romantik und Konsumismus. Als Beispiel führt Harari den verbreiteten Wunsch an, im Ausland Urlaub zu machen: Der ist weder natürlich noch naheliegend. Ein Alphatier einer Schimpansenhorde käme nie auf die Idee, sich im Territorium einer anderen Schimpansenhorde zu erholen. Und ein Reicher im Alten Ägypten wäre bei einer Ehekrise nie

auf die Idee gekommen, mit seiner Frau eine romantische Reise nach Babylon zu unternehmen, sondern hätte ihr wohl eher ein prächtiges Grabmal bauen lassen. Unsere heutigen Sehnsüchte sind weder Ausdruck unserer menschlichen Natur noch unserer Individualität. Sie ent-

stammen unserer Gesellschaft und wurden uns „eingepflanzt“.

Wie kam es dazu?
Das Überzeugungssystem, das uns Glück durch Erlebnisse und durch Konsum verheißt, ist laut dem britischen Kulturoziologen Colin Campbell in der englischen Mittelschicht des 18. Jahrhunderts entstanden. Die romantische Ethik hob moralische Barrieren auf, die den Konsum bis dahin verhinderten, und wertete Individualität, Gefühle, Kreativität und Rebellion auf. Der Romantiker sehnte sich nach immer neuen sinnlichen Erlebnissen, die er vor allem in der Liebe und auf Abenteuern suchte. Der moderne Konsument sehnt sich auch nach immer neuen Erlebnissen

und er holt sie sich vor allem durch den Kauf und Verbrauch von Waren und Dienstleistungen. Beiden gemeinsam ist, dass ihr Durst nie gestillt wird und ihr diffuses Verlangen stetig wächst. Das ist auf der Verbraucherseite der Motor, der unser Wachstumssystem am Laufen hält.

Was ist der Unterschied zwischen Konsum und Konsumismus?

BUCHTIPPS

Nils S. Borchers, Selma Güney, Uwe Krüger, Kerem Schamberger (Hrsg.)

Transformation der Medien – Medien der Transformation
Westend, Juli 2021
350 Seiten, 32.00 Euro
978-3-86489-340-7

Uwe Krüger, Sebastian Seignani (Hrsg.)

Ideologie, Kritik, Öffentlichkeit
Verhandlungen des Netzwerks Kritische Kommunikationswissenschaft
Westend, Juni 2020
400 Seiten, 28.00 Euro
978-3-86489-315-5

Uwe Krüger
Mainstream
Warum wir den Medien nicht mehr trauen
C.H. Beck, März 2016
174 Seiten, 14.95 Euro
978-3-406-68851-5

Uwe Krüger
Meinungsmacht
Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Analyse
Herbert van Halem, Februar 2013
378 Seiten, 31.00 Euro
978-3-86962-459-4

Birk Meinhardt
Wie ich meine Zeitung verlor
Ein Jahrbuch
Das Neue Berlin, Juni 2020
144 Seiten, 15.00 Euro
978-3-360-01362-0

Ferdinand Knauß
Wachstum über Alles?
Wie der Journalismus zum Sprachrohr der Ökonomen wurde
oekom, Juli 2016
192 Seiten, 24.95 Euro
978-3-86581-822-5





Wirtschaftsjournalisten kommentieren Ereignisse fast immer innerhalb eines engen Deutungsrahmens, der vornehmlich die Interessen großer Unternehmen widerspiegelt.



Screenshot: www.sz.de/1-5245937



Screenshot: www.sz.de/1-5245937

Verbraucherjournalisten wecken und verstärken Konsumwünsche – und senden unterschwellig die Botschaft aus, unsere Umweltprobleme seien doch gar nicht so wichtig.



Screenshot: www.sz.de/1-5098165

Konsum ist erst mal nichts Schlechtes, jeder von uns muss bestimmte Objekte verbrauchen oder gebrauchen, um ein gutes Leben zu führen: Lebensmittel, Kleidung, Baumaterial und so weiter. Zur Ideologie wird der Konsum aber dann, wenn er eine gesteigerte Bedeutung für die eigene Identität und das soziale Zusammenleben bekommt.

Sie sagten, im Wirtschaftsjournalismus dominiere die „neoklassische Wirtschaftstheorie“. Was bedeutet das konkret?

Die „Neoklassik“ ist das herrschende Paradigma in der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre. Ihre zentralen Botschaften lauten: Wir Menschen sind egoistische, ständig die Maximierung unseres persönlichen Nutzens anstrebende Individuen. Wir sind jeweils bestens informiert über unsere eigenen Präferenzen und über die zur Verfügung stehenden Angebote und deren Nutzen. Und wenn man den Markt in Ruhe lässt, dann tendiert er in der Regel zu einem Gleichgewicht zwischen Angebot, Nachfrage, Gütermenge und Preis. Woraus folgt: Wenn der Staat sich raushält, funktioniert die Verteilung von knappen Ressourcen in der Gesellschaft am besten. Dabei tut die Neoklassik so, als sei sie eine objektive Wissenschaft, sie will die Gesetze der Physik auf Wirtschaft und Gesellschaft übertragen, sie agiert mit viel Mathematik und ausgefeilten „dynamisch-stochastischen allgemeinen Gleichgewichtsmodellen“. Doch mit denen konnte sie z. B. die Weltfinanzkrise 2008 nicht vorhersehen. Und im ökologischen und sozialen Bereich weist

sie massive blinde Flecken auf. Kritiker sehen in der Neoklassik weniger einen wissenschaftlichen Rahmen, der Erkenntnisse ermöglicht, sondern eine Ideologie: eine Legitimationstheorie für die Herrschaft des Marktes und seiner Profiteure.

Wie würde guter Wirtschaftsjournalismus aussehen?

Wir brauchen einen transformativen Wirtschafts- und Verbraucherjournalismus. Sowohl auf der Produzenten- als auch auf der Konsumentenseite muss der Grundwert der Nachhaltigkeit ständiger Maßstab für die Berichterstattung über Waren, Dienstleistungen, Unternehmenshandeln und Wirtschaftspolitik sein. Mit einer kritisch-konstruktiven Haltung ist stets zu fragen: Welche Wirtschaftsakteure, -strukturen und -prozesse behindern eine sozial-ökologische Transformation und welche befördern sie? Wirtschaftsjournalisten sollten verstärkt auch heterodoxe Ökonominen als Experten suchen, die nicht dem orthodoxen Paradigma der Neoklassik folgen, sondern eine kritischere Perspektive haben und in Alternativen denken – Stichwor-

te wären „Gemeinwohlökonomie“, „Wirtschaftsdemokratie“ und „Postwachstumsgesellschaft“. Ein solcher transformationsfreundlicher Journalismus sollte natürlich auch ideologiekritisch und selbstreflexiv genug sein, um nicht nur einen „Romantischen Konsumismus“ zu dekonstru-

In der journalistischen Community und der Gesamtgesellschaft muss eine Wertedebatte geführt werden: Für Demokratie sind die Medien alle und das nimmt ihnen auch niemand krumm. Aber für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen einzutreten – also für eine existenzielle Vorausset-

mus Deutschland“ oder das „Arena Climate Network“. Die Medienpolitik ist gefordert, Ökologie und Nachhaltigkeit in den Auftrag öffentlich-rechtlicher Medien hineinzuschreiben. Ein zukunftsweisendes Beispiel ist die Novelle des MDR-Staatsvertrags, die seit Juni 2021 in Kraft ist: Die Berichterstattung über Klima und Umwelt ist neuerdings im Programmauftrag des MDR verankert. Doch nicht nur das Rollenverständnis ist entscheidend für eine transformationsfördernde Berichterstattung, auch die Ökonomie und die Eigentumsform der Medien: In Medien, die selbst auf Wirtschaftswachstum angewiesen sind bzw. zu Gewinnzwecken existieren, ist hinsichtlich einer Transformation unserer Wirtschaftsweise eher wenig zu erwarten. Wiederum ist die Medienpolitik gefordert, ihren Teil beizutragen, um den Journalismus aus Marktzwängen zu befreien: etwa ihn als gemeinnützige Tätigkeit steuerlich zu begünstigen, wie es das „Forum Gemeinnütziger Journalismus“ fordert.

Herr Dr. Krüger, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

„Die Medienpolitik ist gefordert, Ökologie und Nachhaltigkeit in den Auftrag öffentlich-rechtlicher Medien hineinzuschreiben.“

ieren, sondern auch eine Romantisierung von Selbstversorgung und Autarkie zu vermeiden, zu der Teile der Degrowth-Bewegung neigen. Eine mentale Unabhängigkeit von allen Akteuren ist Voraussetzung für guten Journalismus, der mit klarer, transparenter Wertegrundlage und unverstelltem Blick die Welt beobachtet und dabei keine wichtigen gesellschaftlichen Realitäten und Zusammenhänge ausblendet.

Was müsste geschehen, damit die Leitmedien so berichten? Oder brauchen wir einfach neue Leitmedien?

zung für eine demokratische Gesellschaft –, das ist vielen zu aktivistisch. Wie verhält sich der Wunsch nach journalistischer Neutralität und Unparteilichkeit zur Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation angesichts von Erderhitzung und Umweltzerstörung? Darauf müssen wir eine Antwort finden. Eine wichtige Rolle dabei können spezielle Vereinigungen von Journalistinnen und Journalisten spielen – wie das „Netzwerk Weitblick“, das „Netzwerk Degrowth-Journalismus“, das „Constructive Institute“, das „Netzwerk Klimajournalis-

ONLINETIPPS

Valentin Sagvosdtkin
Qualifiziert für die Zukunft?
Zur Pluralität der wirtschaftsjournalistischen Ausbildung in Deutschland
Otto-Brenner-Stiftung, 17.06.2021
www.t1p.de/z26m

Norbert Häring
„Verschwörung“
Wie Nikolaus Piper den Film „Oeconomia“ verunglimpft
Geld und mehr, 10.12.2020
www.t1p.de/jeh

Transformationshemmnis II: unsere Vorgeschichte

„Unser Konsumstreben diente der Arterhaltung“

Wir Menschen bedienen uns zwar unseres Verstandes, handeln aber sehr oft zutiefst irrational. Denn wir werden von unseren Emotionen gesteuert. Viele sind sehr alt und waren früher zum Überleben notwendig. Heute jedoch haben sie diesen Zweck meist eingebüßt und sind oft kontraproduktiv. Können wir unser Verhalten ändern?

Interview mit Peter Strauß

ÖkologiePolitik: Herr Strauß, was hat Sie veranlasst, ein Buch über die ökologische Krise zu schreiben?

Peter Strauß: Es gibt zwar schon viele Bücher über die ökologische Krise, doch hat sich bisher wenig verändert. Vermutlich, weil einige wesentliche Zusammenhänge noch nicht in der öffentlichen Diskussion angekommen sind. Mir begegnen in den Medien immer wieder stereotype Annahmen: Wir brauchen Wettbewerb und Wachstum, diese seien alternativlos. Doch wir leben ja nicht in der besten aller möglichen Welten. Wir leben mit Risiken, die

uns aus eigener Kraft auslöschen: Wir entwickeln mit atemberaubender Geschwindigkeit leistungsfähige Technologien – aber unsere mentale Fähigkeit, mit deren Gefahrenpotential umzugehen, bleibt dramatisch dahinter zurück. Unsere moralische Reife hält nicht Schritt mit dem technologischen Fortschritt.

Woher kommt unser Streben nach Konsum und Wachstum?

Unser Streben nach Konsum ist in unserer Evolution verwurzelt und zunächst einmal richtig. Es diente der Arterhaltung. Nur hat dieses Streben heute völlig andere Auswirkungen,

die die Evolution nicht geplant hat. Damals erschöpften sich Gier und Neid recht schnell, da es nur wenige Zielobjekte dafür gab – meist ging es um Nahrung. In unserer heutigen Überflussesgesellschaft wird die Gier nach etwas durch die Werbung ständig aktiviert. Diese wiederum stimuliert den Wettbewerb, der in einem steinzeitlichen Umfeld eine viel geringere Bedeutung hatte.



Peter Strauß, Jahrgang 1968, studierte Maschinenbau und arbeitet heute als Team- und Projektleiter in der Kraftfahrzeug-Motorenentwicklung. In seiner Freizeit beschäftigt er sich unter anderem mit Verhaltensforschung, Psychologie und Soziologie.

www.peterstrauss.berlin

Das ist ein zentrales Thema meines Buches: Wir bringen viele Eigenschaften aus der Evolution mit. Die Intensität von Aggressivität, Wettbewerb oder Individualismus ist in uns für eine steinzeitliche Lebensweise festgelegt worden. Sie wirken sich heute anders aus. Darüber haben wir bisher noch kaum nachgedacht und steuern unsere gesellschaftliche Entwicklung nicht in diesem Sinne: Unser Schiff treibt führerlos auf dem Ozean.

Wann ist Wachstum gut, wann schlecht?

Der Wachstumsbegriff, wie wir ihn verwenden, geht von falschen Annahmen aus. Zunächst einmal wird bei der Bestimmung des Wachstums, also der Veränderung des Bruttoinlandsprodukts, jeglicher Konsum positiv gezählt. Dabei ist es ein großer Unterschied, ob ein Unternehmen in eine neue Maschine investiert oder ob ich einen Autounfall hatte und die Schadensregulierung der

Autowerkstatt oder die Behandlung meines gebrochenen Beines dem Krankenhaus einen Umsatz beschert. Der heute übliche Berechnungsmodus unterscheidet nicht nach der Qualität des Konsums. Darüber hi-

gefestigten Machtstrukturen dazu bei, dass sich wenig ändert. Die Systeme sind durch die Globalisierung, also durch immer weiter gehende Vernetzung, veränderungsresistenter geworden. Das seit Jahrzehnten

„Veränderung beginnt immer mit einer Erkenntnis.

Und mit der Vorstellung einer besseren Welt.“

naus werden Verluste an Besitz durch Verschleiß und Wegwerfen nicht vom Bruttoinlandsprodukt abgezogen. Die Aussagekraft des Bruttoinlandsprodukts in Bezug auf unseren Wohlstand ist also geringer als angenommen. Irreführend ist auch unsere Annahme, dass mehr Besitz auch zu mehr Wohlbefinden führt. Ab einem gewissen Besitzstand empfinden wir nicht mehr, dass Mehr-Haben uns subjektiv glücklicher macht.

Warum hat Wirtschaftswachstum immer noch eine so hohe Selbstverständlichkeit?

Es sind viele Mechanismen, die dazu beitragen: Der Wettbewerb zwingt Unternehmen, mit der heutigen Strategie weiterzumachen. Einigen ist klar, dass wir mit Vollgas in die Sackgasse fahren, doch im Wettbewerb verliert der, der zuerst bremst. Weiterhin tragen Lobbyarbeit und die über Jahrzehnte der Stabilität

in der Wirtschaft praktizierte Streben nach Effizienzsteigerung macht Veränderungen schwieriger. Vielen Menschen sind diese Zusammenhänge nicht bekannt oder kaum bewusst. Auch sind viele der drohenden Gefahren heute noch kaum spürbar. Doch wir Menschen lernen nur aus Krisen. Ohne Katastrophe gehen wir schnell zum Alltag über.

Wie lässt sich eine Kurskorrektur einleiten?

Veränderung beginnt immer mit einer Erkenntnis. Und mit der Vorstellung einer anderen, besseren Welt. Warum sind die alten Griechen nicht zum Mond geflogen? Weil ihnen die Erkenntnisse dazu fehlten. Auch waren in ihrer Vorstellung Mond und Sterne kleine Lichter an einer Käseglocke, die sich über der Erdscheibe dreht. Es ist die Vorstellung davon, dass der Mond ein Himmelskörper ist, die ein Mondflugprogramm über-

BUCHTIPP

Peter Strauß
Ende offen
Der Weg des Menschen aus der Steinzeit in die Zukunft
Tredition, März 2020
488 Seiten, 25.00 Euro
978-3-347-02027-6



haupt erst denkbar machte. Ich habe das Buch geschrieben, um Erkenntnisse und die Vorstellung einer anderen, besseren Welt zu verbreiten.

Wie lässt sich sicherstellen, dass die Veränderungsdynamik nicht – wie so oft in der Menschheitsgeschichte – verpufft?

Appellieren wir an die Menschen, ihr Verhalten zu ändern, so wird wenig passieren, und die Initiativen laufen sich tot, sobald die Aufforderung verhallt ist. Erkenntnis hingegen ist nachhaltig: Im Mittelalter war eine Mehrheit davon überzeugt, dass es Hexen gibt und dass diese den Menschen Schaden zufügen. In der Folge kam es zu Tausenden von Ermordungen. Heute wissen wir, dass es keine Hexen gibt, und deshalb muss uns auch niemand mehr von der Hexenverbrennung abhalten.

Herr Strauß, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■



Transformationshemmnis III: unser Bildungssystem

„Es ist ein klarer Wertewandel notwendig“

Eigentlich ist jedem klar, dass wegen der ökologischen Krise der Konsum zurückgeschraubt werden müsste. Doch diese Einsicht mündet selten in entsprechendes Handeln. Denn unser Handeln wird nicht von unserer Vernunft bestimmt, sondern von unseren Wünschen. Was folgt daraus? Ein bekannter Lern- und Bildungsforscher hat sich mit dieser Frage intensiv beschäftigt.

Interview mit Prof. Dr. Kersten Reich

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Reich, was hat Sie veranlasst, ein zweibändiges Buch über die ökologische Krise zu schreiben?

Prof. Dr. Kersten Reich: Zur ökologischen Krise gibt es bereits eine Vielzahl von Arbeiten, aber deutlich weniger wird thematisiert, warum es Menschen im Verhalten so schwerfällt, sich tatsächlich stärker Richtung Nachhaltigkeit zu orientieren. Bei einer Sichtung der neueren empirischen Befunde hierzu fällt auf, dass die Ergebnisse aus der nachhaltigen Verhaltensforschung besser verständlich werden, wenn wir sie in Bezug zur Kulturgeschichte setzen. Denn es gibt in der Menschheitsgeschichte einen wiederkehrenden Umgang mit Sorgen und äußeren

die alle einzeln und dann in ihrem Zusammenwirken bestimmen, wie nachhaltig auf der Erde gelebt wird. Hier ist es klar, dass alle Einzelnen einen Beitrag hinterlassen, der sich auf den Ressourcenverbrauch, die

Treibhausgase, Wasser und Müll und anderes mehr auswirken. Zweitens jedoch treibt die Wirtschaft dies je nach Land mehr oder minder an, die reicheren Länder produzieren ebenso wie die reicheren Menschen einen deutlich negativeren Fußabdruck als

schärfen, solange die Nachhaltigkeit nicht selbst zum Gewinnziel wird. Drittens schließlich kann Politik die Welt mehr in Richtung eines Abwartens oder „Weiter so“ orientieren oder eine nachhaltige Agenda ver-

„Wir müssen Übersicht gewinnen, um die Beliebigkeit der Erzählungen über das, was notwendig, sinnvoll und nützlich ist, zu überwinden.“

„Es gibt in der Menschheitsgeschichte einen wiederkehrenden Umgang mit Sorgen und mit äußeren Risiken oder Katastrophen.“

Risiken oder Katastrophen, was verständlich machen kann, wo die Hindernisse oder Barrieren von Verhaltensänderungen liegen. Hierbei sind mindestens drei komplexe Bereiche zu unterscheiden, die immer zusammenwirken: erstens die Individuen,

die ärmeren, wenngleich die ärmeren Länder eine stärkere Überbevölkerung haben. Aber die kapitalistische Wirtschaftsweise mit Gewinn- und Wachstumsidealen erzeugt deutlich stärkere Schädigungen, die die ökologische Krise immer weiter ver-

wirklichen. Die Instrumente sind sehr klar: Bepreisung nicht-nachhaltiger Lebensweisen in Konsum und Produktion, Regulierung fehlender Nachhaltigkeit nach wissenschaftlichen und nicht nach wirtschaftlichen Kriterien, Belohnung durch Anreize, ökologisch nachhaltig vorzugehen. Um den Leserinnen und Lesern einen breiten Zugang in diese Themenbereiche zu geben, ist ein zweibändiges Werk entstanden, wobei jeder sich dort vertiefen kann, wo es interessant erscheint. Wie ein roter Faden durchzieht die gesamte Argumentation die Einsicht, dass wir uns heute informieren müssen, eine Übersicht über das Thema gewinnen sollten, um die Beliebigkeit der Erzählungen über das, was notwendig, sinnvoll und nützlich in der Nachhaltigkeit

ist, zu überwinden. Wie wollen wir die nachfolgende Generation zu mehr Nachhaltigkeit erziehen, wenn uns selbst die Priorisierung unserer Handlungen nicht klar genug ist?

Warum haben Sie es „Der entgrenzte Mensch“ genannt?

Vor 50 Jahren, als die Konsumgesellschaft die ersten Wellen des Überflusses über die reichen Länder verteilte, hätte man vom eindimensionalen Menschen sprechen können, wie ein berühmtes Buch von Herbert Marcuse hieß, weil die Vielseitigkeit der menschlichen Talente und Begabungen sich immer mehr auf den Konsum als Sinn des Lebens fixierte. Letztlich hat der Konsum gesiegt. Heute haben wir es mit den umfassenden Wirkungen eines solchen Konsums zu tun, der unsere Gedanken- und Lebenswelt im Sinne von Entgrenzungen dominiert: Wir können uns Glück und Zufriedenheit kaum jenseits einer Vergrößerung unseres Fußabdrucks auf dem Planeten vorstellen. Dort, wo wir leben, verdichten, versiegeln und vermüllen wir alles, um einen Wohlstand zu manifestieren. Dort, wo wir nicht sind, wollen wir mit entgrenzter Mobilität immer hingelangen können, um unsere Freiheit zu spüren. Als massenhafter Effekt bildet diese

„Wie wollen wir die nachfolgende Generation zur Nachhaltigkeit erziehen, wenn uns die Priorisierung unserer Handlungen nicht klar ist?“

Entgrenzung eine Bedrohung für die Grenzen der Erde, die das Überleben vieler Arten einschließlich des Menschen langfristig gefährdet. In Erziehung und Verhalten haben wir es uns angewöhnt, im ständigen Wachstum der materiellen Werte des Konsums ein Glück zu konstruieren, das unsere Freiheit als Zugehörigkeit zu einer gewinnorientierten Geld-



Prof. Dr. Kersten Reich, Jahrgang 1948, studierte Kunst, Politikwissenschaft, Psychologie, Pädagogik und Philosophie, schlug eine akademische Laufbahn im Bereich Lernforschung ein, promovierte, habilitierte, war von 1979 bis 2006 Professor für Allgemeine Pädagogik und ist seit 2007 Professor für internationale Lehr- und Lernforschung an der Universität zu Köln.

kersten.reich@uni-koeln.de

wirtschaft mit ständiger Kapitalisierung aller Lebensverhältnisse sieht. Verrückt an einer solchen Gesellschaft ist, dass in dem Moment, wo

eines Menschen der Gegenwart, der im glücklichsten Zeitalter angekommen zu sein scheint. Leider ist die Schwäche dieser neuen Helden, dass sie einfältig recht triviale Dinge gemeinsam wünschen und dabei rücksichtslos die Ökologie und damit die Zukunft des Lebens zerstören.

Sind diese „Konsum-Zugehörigkeiten“ überwindbar?

Als Konsumenten werden Menschen durch Anstupser aus der Werbung und durch sozialen Vergleich dessen, was sozial als erfolgreich gilt, dazu getrieben, immer schwach zu werden und alles zu kaufen, was anderen Gewinne bringt. Sie sind starke Konsumenten, weil sie dem folgen, was alle tun. Ein erster Schritt in die eigene Stärke wäre es, kritisch zu prüfen, was man davon wirklich braucht und was ein erfülltes Leben bedeuten kann.



Warum ist in unserer Gesellschaft das Wachstumsstreben so stark verankert und von so zentraler Bedeutung?

Früher drückte die Klassenspaltung immer sehr klar aus, wo der Mensch auf der sozialen Leiter steht

„Der Konsum hat gesiegt. Wir können uns Glück und Zufriedenheit kaum jenseits einer Vergrößerung unseres Fußabdrucks vorstellen.“

und was er vom Leben zu erwarten hat. Mit der Entwicklung der Wohlstandsgesellschaft insbesondere in den reichen Ländern ist zwar der Abstand zwischen Arm und Reich in Relation sogar größer geworden, aber die Freiheiten und Wahlmöglichkeiten der Individuen sind angewachsen. Der Überfluss hat die Massen erreicht, deutlich sichtbar an den Müllbergen und dem Plastik im Meer. Selbst bei bescheidenem Wohlstand ist nicht von der Hand zu weisen, dass ein Wachstum dieses Wohlstands, eine bessere Absicherung der Gesundheit, eine Verlängerung der Lebenszeit, eine Vergrößerung im Wohnen oder ein Anspruch auf viele Reisen zum Lebensziel fast aller geworden sind. Wer gegen das Wachstum redet, bringt fast alle gegen sich auf.

Was muss sich in Erziehung und Schule ändern, damit Nachhaltigkeit die zentrale Rolle erhält?

Corona hat gezeigt, dass Menschen zu Einsichten fähig sind, wenn der Tod in eine erfahrbare Nähe

ONLINETIPP

Podcast mit Kersten Reich
reich & nachhaltig
Westend, März–Mai 2021
www.t1p.de/m1un

rückt. Zumindest so lange, wie die Bedrohung realistisch erscheint, sind Menschen zum Handeln und hierbei auch zu Verzicht bereit. Aber dies setzt voraus, dass eine gewisse Bildung vorhanden ist, die ein Vertrauen in die Wissenschaft hat und

nicht bloß vom eigenen subjektiven Erleben ausgeht. Die deutsche Schule ist leider kein vorbildliches Modell für nachhaltige Erziehung und Bildung, weil sie das Thema in seiner Breite weder verbindlich macht noch im Lehrplan priorisiert. Bisher hängt es vom Wohlwollen einzelner Lehrkräfte ab, das Thema überhaupt anzusprechen. Und das komplexe Thema wird in Schulfächer aufgeteilt, die, wenn überhaupt, recht zusammenhangslos einzelne Fragen durch überwiegenden Frontalunterricht abhandeln. So kann

„Ein erster Schritt in die eigene Stärke wäre es, kritisch zu prüfen, was man wirklich braucht und was ein erfülltes Leben bedeuten kann.“

weder ein hinreichend breites und tiefes Verständnis für Nachhaltigkeit als Wissen erworben werden, aber vor allem wird so keine Verhaltensänderung im nachhaltigen Handeln erreicht.

Wie bringt man Erwachsene dazu, ihr Verhalten zu ändern? Ihr Weltbild, ihre Lebenseinstellung, ihre Wertehierarchie?

Individuelle Einsichten sind die Voraussetzung, um selbstwirksam nachhaltig zu handeln. Ich brauche einen Plan, was ich nachhaltig tun will, ich benötige Erfolgserlebnisse,

damit mir das gelingt, ich bin ein Vorbild für andere, es mir gleichzutun. Hier gibt es Handlungen, die leichter gelingen können, etwa in der Ernährung, beim Wiederverwenden oder beim Recyceln von Konsumgütern, auch im Verzicht oder in der Umstellung schädlicher Gewohnheiten in der Mobilität oder beim Müll. Es gibt aber auch Grenzen der individuellen Nachhaltigkeit dort, wo das Individuum zwar indirekt zum schlechten Fußabdruck einer Gesellschaft beitragen mag, aber es weniger direkt als Produzent verursacht. Als Individuum wünsche ich mir in der Nachhaltigkeit mehr Unterstützung durch Wirtschaft und Politik, aber sie wird nur durch Kampf und Widerstand gewährt und benötigt dafür Mehrheiten. Wirtschaftlich bedarf es einer Umstellung von einer Gewinnorientierung um jeden Preis hin zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise, die ihre Gewinnvorstellungen immer an die nachhaltigen Folgen bindet und wieder stärker am Allgemeinwohl und nicht bloß an persönlichen Gewinnen ausrichtet.

Das wird allerdings nur durch Regulierungen und neue Anreizsysteme möglich sein. Politisch sind deshalb die Bepreisung fehlender Nachhaltigkeit und die strikte Regulierung jener Bereiche, die nicht durch Preise gesteuert werden können, notwendig. Und hier wird es entscheidend sein, die soziale Intelligenz vermehrt darauf zu richten, wie wir es schaffen können, Menschen für Nachhaltigkeit zu belohnen und fehlende Nachhaltigkeit zu begrenzen. Der größte Erfolgsfaktor hierbei ist, dass Menschen sich stets mit anderen verglei-

chen, also sozialen Gruppendruck erleben. Bisher wirkt dieser Druck in Richtung immer mehr Konsum, um Anerkennung zu finden, sich zufrieden zu schätzen. Hier ist ein klarer Wertewandel notwendig, der in der Erziehung in der Familie beginnen, vom Kindergarten bis in die Schule vertieft werden müsste, um dem Allgemeinwohl wieder einen stärkeren

„Menschen sind zu Einsichten fähig. Aber dies setzt eine gewisse Bildung voraus, die nicht bloß vom eigenen subjektiven Erleben ausgeht.“

Platz in unserer Gesellschaft zu geben. Dies bedeutet einen Wandel in den persönlichen Werten, die nicht mehr vornehmlich darauf schauen, was dem Individuum egoistisch gefällt, sondern die darauf sehen, was der Natur und Umwelt guttut, damit das Individuum zufrieden sein kann. Je mehr Menschen hierfür ein positives Gefühl entwickeln,

desto stärker steigen die Chancen für Nachhaltigkeit an.

Inwiefern verhindern Wirtschaft und Politik eine Kurskorrektur?

Die Wirtschaft sieht die Umwelt in der Regel eher als Kostenfaktor, sie nutzt alle Ressourcen, die sie möglichst billig bekommen kann, um die eigenen Kosten zu senken und die Gewinne zu steigern. Ohne re-

gulierte Anreizsysteme können wir kaum erwarten, dass die Wirtschaft von sich aus die Ökologie priorisiert. Zwar können Konsumenten durch ihr Kaufverhalten Druck ausüben, aber es braucht klare ökologische Rahmenbedingungen, Gesetze und Vorschriften, um fehlende Nachhaltigkeit national und global zu

BUCHTIPPS

Kersten Reich
Der entgrenzte Mensch und die Grenzen der Erde
Band 1: Wie Erziehung und Verhalten die Nachhaltigkeit erschweren
Band 2: Wie Ökonomie und Politik die Nachhaltigkeit verhindern
Westend, März 2021
848 Seiten, 44,00 Euro
978-3-86489-320-9



begrenzen. Die Politik ist ein Spiegel unterschiedlicher Interessen von Menschen, sie ist nicht von vornherein ökologisch nachhaltig orientiert, wenn sie nicht dahin getrieben wird. Und hier drehen wir uns gegenwärtig ja gerade deshalb im Kreis eines „Weiter so“, wo immer mehr über Nachhaltigkeit gesprochen und Programme verkündet werden, aber dann in der Tat zu wenig dabei herauskommt. Wir haben bisher mehr Fragen als konkrete Antworten.

Herr Prof. Reich, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Transformationshemmnis IV: unsere Psyche

„Angst engt das Denkvermögen ein“

Unser Wohlstand wird seit Jahrzehnten von unten nach oben umverteilt. Und das Wirtschaftswachstum kommt fast nur noch der Oberschicht zugute. Da die gegenwärtige Politik der breiten Bevölkerungsmehrheit mehr schadet als nützt, dürfte sie eigentlich demokratisch kaum durchsetzbar und aufrechtzuerhalten sein. Doch das ist sie. Warum?

Interview mit Gisela Bergmann-Mausfeld

ÖkologiePolitik: Frau Bergmann-Mausfeld, obwohl Armut und Unsicherheit zunehmen, stoßen die aktuellen Verhältnisse noch immer auf breite Zustimmung. Wie ist das erklärbar?

Gisela Bergmann-Mausfeld: Die seit Jahrzehnten wachsende soziale Ungleichheit sowie berufliche und

Welches Gesellschafts- und Menschenbild meinen Sie?

Vor allem die Erzählung, dass die gesellschaftliche Welt durch ihre Komplexität für den Menschen nicht mehr verstehbar und somit auch nicht mehr rational steuerbar sei. Und dass allein der Markt diese Kom-

dies die Entstehung von Ohnmacht und Angst. Nach der neoliberalen Lehre vom „unternehmerischen Selbst“ muss sich der Mensch an die Bedingungen des freien Marktes anpassen, sich also in permanenter Konkurrenz gegen andere behaupten. Der damit einhergehende Verlust an sozialer Bezogenheit führt zu Stress und Überforderungsgefühlen. Wenn Beziehungen vornehmlich als Konkurrenz erlebt werden, haben Gefühle von Bezogenheit, Solidarität und Gemeinschaft keinen Platz mehr. In einer durch Konkurrenz ver- einzelten Gesellschaft kann sich ein Mensch nicht mehr in der Not als gehalten erleben. So leben wir mittlerweile in einer Gesellschaft der sozial und politisch Vernachlässigten, der Ungehaltenen. Die Wirkung dieses

„Verarmung führt zum Rückzug, zu Scham- und Schuldgefühlen, zu depressiven Entwicklungen und damit zur Passivität bis hin zur Lethargie.“

soziale Unsicherheit wirken enorm auf die Psyche der Betroffenen ein. Vor allem Angst macht sich breit. Da Angst das Denkvermögen einengt, sind neue Wege schwerer zu denken. Man bleibt eher beim Gewohnten. Dies ist eine Verarmung des Denkens. Verarmung findet sich aber auch in der konkreten finanziellen Lage vieler Menschen. Dies wiederum bedeutet eingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe, führt zum Rückzug, zu Scham- und Schuldgefühlen, zu depressiven Entwicklungen und damit zur Passivität bis hin zur Lethargie. Wird die neoliberale Rahmenerzählung mit ihrem Gesellschafts- und Menschenbild verinnerlicht, beschleunigt sich diese Entwicklung.

plexität erfassen und regulieren könne. Nur der sogenannte „freie Markt“ könne eine Rationalität gesellschaftlicher Steuerung verkörpern. Eine solche „Marktheologie“ entzieht der Demokratie die Grundlage, weil ihr

zufolge unsere Gesellschaft nicht mehr demokratisch gestaltet werden kann. Redet man Menschen ein, dass ihre gesellschaftliche Realität grundsätzlich einer Verstehbarkeit und Kontrolle entzogen sei, fördert

Nicht-Gehalten-Werdens zeigt sich in Gefühlen eines im Wortsinne Ungehaltenenseins bis hin zu Ärger und schließlich Wut. Genau diese Gefühle artikulieren sich mehr und mehr, unüberhörbar, unübersehbar auf der

„Wird die neoliberale Rahmenerzählung mit ihrem Gesellschafts- und Menschenbild verinnerlicht, beschleunigt sich diese Entwicklung.“



Gisela Bergmann-Mausfeld, Jahrgang 1944, studierte zunächst Anglistik und Romanistik, dann Psychologie. Seit 1990 ist sie als Psychoanalytikerin tätig und dabei auf frühe Störungen spezialisiert. Neben ihrer Praxis arbeitet sie als Lehranalytikerin und Dozentin am Kieler John-Rittmeister-Institut, organisiert die Reihe „Psychoanalyse & Film“ und veröffentlicht Fachartikel zur psychoanalytischen Behandlungstheorie und -praxis.

www.john-rittmeister-institut.de

Straße, in den sogenannten „sozialen Medien“. Wir leben in einer „ungehaltenen Gesellschaft“. „Erfolg“ ist ein Schlüsselbegriff des Neoliberalismus und bedeutet für ihn vor allem eine Anpassungsleistung an die Marktverhältnisse: Wer oben ist, sei daher zu Recht oben. Wer unten ist, sei zu Recht unten. Dies verschleiert aber die tatsächlichen Verhältnisse. Dass mit dem erreichten Erfolg häufig eine Verachtung des Schwächeren einhergeht, ist psychoanalytisch erklärbar.

Woher kommt die hohe Akzeptanz dieser Erzählungen?

Die permanente Wiederholung bewirkt tendenziell die Akzeptanz des Gesagten. Die von außen kommenden Anforderungen werden zu

inneren, zu eigenen. Dies führt jedoch zu einer Dauererfahrung von Überforderung und anschließender Ohnmacht sowie zur verstärkten Neigung, am Status quo festzuhalten. Die Bereitschaft, in Gemeinschaft solidarisch gesellschaftliche Verbesserungen bewirken zu wollen, ist dadurch geschwächt.

und lassen sich daher rein kognitiv nur wenig beeinflussen. Nachdenken ist dennoch wichtig. Es hat aber am ehesten Aussicht auf Erfolg, wenn es in Gemeinschaft und solidarisch erfolgt, auch weil die Gemeinschaft Halt und damit Sicherheit gibt. Dies zeigt die lange Geschichte sozialer Bewegungen. Als Einzelne sind wir

„Wenn Beziehungen vornehmlich als Konkurrenz erlebt werden, haben Gefühle von Bezogenheit, Solidarität und Gemeinschaft keinen Platz mehr.“

Woher kommt die Neigung, am Status quo festzuhalten, statt ihn kritisch zu hinterfragen und aktiv zu verändern?

Unsere natürliche Neigung, das Vertraute nicht verlieren zu wollen, wird erhöht, wenn wir Unsicherheit und Bedrohung und damit Ängste spüren. Dies geschieht in einer Situation, die als belastend, unveränderbar und unausweichlich interpretiert und erlebt wird – eben weil sie angeblich durch die „Naturgesetzmäßigkeiten“ des freien Marktes bestimmt

diesen Einflüssen chancenlos ausgesetzt.

Gibt es in dieser Hinsicht nicht auch erhebliche individuelle Unterschiede?

Ja, die gibt es sicherlich. Die Verarbeitung von Angst und Unsicherheit gelingt umso besser, je stabiler und stärker die psychische Struktur ist. Einen entscheidenden Einfluss hat dabei Anerkennung und Wertschätzung in guten Beziehungen. Nur so kann sich ein gesundes Selbstvertrauen entwickeln. Ein kräf-

„Unsere natürliche Neigung, das Vertraute nicht verlieren zu wollen, wird erhöht, wenn wir Unsicherheit und Bedrohung und damit Ängste spüren.“

ist. Genau darauf zielt die neoliberale Rahmenerzählung. Und genau deshalb hat sie trotz der mit ihr verbundenen sozialen Verwerfungen paradoxerweise zu einer hohen gesellschaftlichen Duldung oder sogar zu Zustimmung geführt. Und damit zu einer sich selbst erhaltenden und verstärkenden Spirale gesellschaftlicher Resignation.

Nachdenken hilft aus diesem Dilemma nicht heraus?

Diese affektiven Dynamiken geschehen überwiegend unbewusst

tiges, selbstsicheres Selbst ist seiner Wahrnehmungen und seiner Gefühle sicher. Es nimmt folglich eine äußere Bedrohung auch als von außen kommend wahr. Ein schwaches, unsicheres Selbst nimmt die Bedrohung eher verzerrt und aufgrund der eigenen Ängstlichkeit intensiver wahr, sucht den Grund für die Bedrohung häufig bei sich. Ein schwaches Selbst muss sich früh schützen, oft durch ein „falsches Selbst“ und durch Identifikation mit den Stärkeren. Die Ursache für eine derartige Entwicklung ist ein

gravierender früher Mangel an dem, was der große Psychoanalytiker Donald Winnicott „primäre Mütterlichkeit“ nannte.

Was ist „primäre Mütterlichkeit“?

Wir alle haben gute intuitive Vorstellungen von „Mütterlichkeit“. Winnicott meint damit eine bestimmte entwicklungsförderliche Haltung der Bezugsperson, die sich durch Einfühlung in die jeweiligen Entwicklungsbedürfnisse des abhängigen Wesens auszeichnet. Ich verwende gerne die Metapher einer „mental Nabelschnur“, die den Säugling und das Kleinkind mit der Bezugsperson psychisch verbindet, ihn psychisch nährt, und zwar über Einfühlung, die sich in allen Reaktionen, auch in der Sprache, zeigt. Dann können gesunde und stabile psychische Strukturen heranreifen. Die experimentelle Säuglings- und die Bindungsforschung haben hierzu höchst aufschlussreiche Einsichten bereitgestellt, welche psychischen Interaktionsbedürfnisse in der ersten Lebensphase erfüllt werden

müssen und wie sich Mängel in der psychischen Versorgung auf die Entwicklung eines gesunden Selbst auswirken. Diese Einsichten bilden in psychoanalytischen Behandlungen mittlerweile bei bestimmten Störungen eine große Rolle.

Und woher kommt der Mangel?

Ein bedeutsamer Mangel an „primärer Mütterlichkeit“ entsteht durch

„Ein kräftiges, selbstsicheres Selbst ist seiner Wahrnehmungen und Gefühle sicher. Es nimmt eine äußere Bedrohung als von außen kommend wahr.“

eine psychisch nicht ausreichend stabile, eine – aus welchen Gründen auch immer – zu wenig einfühlsame Bezugsperson. Durch Zukunfts- und Existenzängste gestresste und überforderte Bezugspersonen können z. B. nicht in Ruhe für ihren Säugling da sein.

Um ein gesundes Selbst entwickeln zu können, braucht es also gute Beziehungen?

Ja, die psychischen Erfordernisse an die für eine gesunde Entwicklung eines stabilen Selbst erforderlichen Beziehungserfahrungen resultieren aus Grundbedürfnissen, die tief in uns allen angelegt sind: das Bedürfnis, Sicherheit, Anerkennung und Wertschätzung in einer Beziehung zu erfahren, das Bedürfnis „dazugehören“, aber auch das Bedürfnis

nach einer Verstehbarkeit unserer sozialen Welt, nach Stabilität unserer gesellschaftlichen Situation und nach größtmöglicher Berechenbarkeit dessen, was uns morgen widerfahren könnte.

Wie sieht ein „falsches Selbst“ aus?

Das „falsche Selbst“ ist eine Art Anpassungsleistung an ungünstige Entwicklungsbedingungen. Das sich entwickelnde Selbst, das die

für seine Ausreifung notwendigen Erfahrungen nicht machen kann, versucht, in einer Notentwicklung zu wachsen. Das wahre Selbst verbirgt sich mit seinen legitimen Entwicklungsbedürfnissen unter einer äußeren funktionierenden Schutzhülle. Es bleibt hungrig und trägt die erlittenen Traumatisierungen in sich. Das ist ein wichtiger Punkt, weil kein Kind einfach so Neurosen, Verhaltensstörungen oder psychosomatische Krankheiten entwickelt. All diese sind Hilfeschreie des wahren Selbst, Reaktionen auf psychische Mangelereignisse oder auf aktiv schädigende Umgebungsbedingungen. Da ein „falsches Selbst“ schließlich mehr und mehr die Person ausmacht, steht es einer weiteren psychischen Entwicklung im Wege, selbst dann, wenn die ursprünglichen schädigenden Bedingungen längst entfallen sind. Die bereits entstandene Struktur erlaubt nicht mehr die jetzige optimale Nutzung des früher Entwicklungsnotwendigen. Professionelle Hilfe kann die

jetzt entstehenden Spannungen auffangen, neue gesunde Struktur aufbauen und schließlich die dann überflüssig gewordene, bislang tragende Struktur eines „falschen Selbst“ bearbeiten.

Welche Auswirkungen hat ein „falsches Selbst“?

Ein nicht gesund entwickeltes Selbst ist im Innern emotional labil, stressanfällig und ängstlich. Entweder entwickelt es eine Notautarkie. Oder es neigt dazu, den Schutz des Stärkeren zu suchen, sich mit ihm zu identifizieren und an seiner Stärke teilzuhaben. Das gilt besonders für

Haltungen, Gefühle und Verhaltensweisen übernommen und gegenüber Schwächeren und weniger Angesehenen verteidigt werden. Daraus resultiert eine Neigung zur Verachtung all derjenigen, die als „Verlierer“ angesehen werden. Diese Fehlentwicklungen haben ihren Preis, sowohl individuell wie für die Solidargemeinschaft. Wir finden in unserer Gesellschaft eine deutliche Zunahme von Orientierungslosigkeit, Selbstunsicherheit mit Selbstwertproblematiken, Bindungs- und Identitätsstörungen, Depressionen, Zwangs- und Angststörungen, narzisstischen und

„Ursache für ein schwaches, unsicheres Selbst ist ein gravierender früher Mangel an ‚primärer Mütterlichkeit‘, an einer ‚mental Nabelschnur‘.“

eine Identifikation mit den als gesellschaftlich erfolgreich Angesehenen. Durch eine solche Identifikation hofft es, ebenso erfolgreich zu werden. Diese Identifikation führt dazu, dass

Borderline-Störungen, Suchterkrankungen verschiedenster Art – von Arbeit, Sport, Sex bis hin zu Drogen –, Essstörungen, psychosomatischen Erkrankungen sowie Perversionen.

Sind diese Störungen häufig?

Ja, sie sind eigentlich in allen Lebensbereichen erkennbar. Jedoch sollten wir uns im Alltagsgebrauch vor Klassifikationen wie Narzissmus oder Borderline-Persönlichkeit so-

kontrolle bis hin zu ausagierten Aggressionen gegen andere sowie an selbstdestruktivem Handeln.

Gibt es wissenschaftliche Studien, die eine Zunahme solcher Persönlichkeitsstrukturen belegen?

wirklich gewollt. Stattdessen wird auf medikamentöse Versorgung gesetzt sowie auf stationäre Behandlungen, ein Drehtürphänomen, das hohe finanzielle Kosten bedeutet und die Menschen bestenfalls ruhigstellt. Im ambulanten Bereich wird meist mit kurzen Therapien behandelt, statt langfristig in länger andauernden analytischen Therapien gesunde Strukturen aufzubauen. Lieber zielt man darauf, kurzfristig die beruflichen und gesellschaftliche Funktionsfähigkeit wiederherzustellen. Dabei wird vergessen, dass psychische Störungen in der Regel gesunde Reaktionen der Psyche auf psychisch ungesunde gesellschaftliche Bedingungen sind. Diese Bedingungen ließen sich jedoch nicht ändern ohne sehr grundsätzliche Änderungen von Wirtschaft und Gesellschaft, insbesondere ohne eine radikale Abkehr von einer Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche. Dies alles

„Ein schwaches, unsicheres Selbst nimmt die Bedrohung eher verzerrt und intensiver wahr, sucht den Grund für die Bedrohung häufig bei sich.“

wie vor jeder Art von Psychopathologisierung hüten. Im Bereich der klinischen Psychologie besitzen sie einen diagnostischen Wert. In der klinischen Psychologie beziehen sich Merkmale, die diese Störungen kennzeichnen, vor allem auf folgende Phänomene: Grenzüberschreitungen, Gefühllosigkeit, mangelnde Empathie, anscheinend fehlende Scham- und Schuldgefühle, Neigung, andere als Objekt zur Verwirklichung eigener Bedürfnisse zu betrachten, und Manipulation anderer Menschen. Unter den in Wirtschaft und Politik Erfolgreichen finden sich, wie zahlreiche Studien zeigen konnten, überproportional viele Menschen mit solchen Eigenschaften. Ihnen fehlt die wirkliche Bereitschaft, die Verantwortung für die Folgen ihrer Entscheidungen ganz konkret zu übernehmen – und nicht nur verbal. Sie scheinen unverwundbar, weder Stress noch moralische Normen scheinen sie zu tangieren – ein „Überlebensvorteil“ im Kampf um Karriere.

Können Sie in Ihrer psychotherapeutischen Praxis eine deutliche Zunahme wahrnehmen?

Ja, das konnte ich. Oftmals leiden diese Menschen an Depressionen, an Einsamkeitsgefühlen sowie an diffusen Gefühlen der Leere und Sinnlosigkeit. Oder auch an eskalierenden, sich wiederholenden Beziehungsproblemen, an mangelnder Impuls-

Diese Zunahme wird schon seit den 1970er-Jahren immer wieder beschrieben: von Christopher Lasch in seinem Klassiker „Das Zeitalter des Narzissmus“, von Arno Gruen, Horst Eberhard Richter und von Alain Ehrenberg in „Das erschöpfte Selbst“. Auch empirische Erhebungen zeigen regelmäßig diese Zunahme. Kürzlich wies die „American Psychological Association“ (APA) darauf hin, dass in den USA in den letzten Jahren der

„Ein Mangel an ‚primärer Mütterlichkeit‘ entsteht durch eine psychisch nicht ausreichend stabile, zu wenig einfühlsame Bezugsperson.“

Bedarf an psychotherapeutischen Behandlungen für Angststörungen und Depressionen massiv gestiegen ist. Ähnlich sieht die Situation auch in Deutschland aus.

Es ließe sich mangels Therapeuten nur ein geringer Teil der Bevölkerung professionell therapieren. Wie können wir trotzdem aus dem Dilemma herauskommen?

Der wirksamste Weg wäre, die gesellschaftlichen Ursachen solcher Störungen zu beseitigen, statt allein das Individuum für die psychischen Folgen verantwortlich zu machen. Die ambulante adäquate psychotherapeutische Versorgung der Bevölkerung ist höchst defizitär – offensichtlich ist sie politisch nicht

bedeutet nichts Gutes für eine Vielzahl psychisch Kranker.

Ein Teil des Linksliberalismus fällt derzeit durch eine aggressive Identitätspolitik auf. Ist dies für eine positive Entwicklung dienlich oder eher schädlich?

Hier haben berechtigte Anliegen ungute und sozial zersetzende Formen angenommen. Der alte Kampf gegen jegliche Diskriminierung war stets ein wesentlicher Teil emanzipatorischer Bewegungen. Als Reaktion auf Diskriminierungserfahrungen haben seit jeher Minderheiten um die Anerkennung des eigenen Selbstverständnisses und für die Beseitigung der schädigenden gesellschaftlichen Bedingungen gekämpft. Die

gegenwärtige Identitätspolitik von immer enger definierten Gruppen Diskriminierter will den identitätsstiftenden eigenen Opferstatus anerkannt haben. Je stärker durch den Neoliberalismus in einer zunehmend fragmentierten Gesellschaft Gefühle von Gemeinschaft verloren gingen, umso stärker wurde das Bedürfnis, andere Wege eines Gefühls der Zugehörigkeit zu finden – und zwar hier durch einen Kampf um eine Anerkennung geteilter Leidenserfahrungen der jeweiligen Gruppe. Dieser Kampf

„Ein unsicheres Selbst entwickelt eine Notautarkie oder neigt dazu, den Schutz des Stärkeren zu suchen und sich mit ihm zu identifizieren.“

wird dabei mit einem wachsenden moralischen Rigorismus geführt. Eine aggressive Identitätspolitik fördert zwangsläufig eine gesellschaftliche Fragmentierung – und hat dies in den vergangenen Jahrzehnten auch getan. Identitätspolitik ist also ein ungeeignetes, wenn nicht gar schädliches Mittel, um die Ursachen von Diskriminierungserfahrungen zu beseitigen und verloren gegangene Gefühle von Solidarität und Zugehörigkeit wiederherzustellen. Und Arbeitslose sowie in unsicheren und unzureichenden Beschäftigungsverhältnissen Arbeitende kommen in den identitätspolitischen Anerkennungskämpfen ja kaum vor. Bei ihnen geht es schlichtweg um finanzielles Ausgebeutetwerden – und eine damit nicht mögliche Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben.

Hängen Identitätspolitik und Neoliberalismus zusammen?

Zumindest fällt das Aufkommen von Identitätspolitik eng mit dem Aufkommen des Neoliberalismus zusammen. Und da Identitätspolitik zur Stabilisierung neoliberaler Verhältnisse beiträgt, wird sie in der Li-

teratur auch als eine sich progressiv gebende Form des Neoliberalismus bezeichnet, als „progressiver Neoliberalismus“. Die Heftigkeit und die häufig aggressive Spaltungsenergie, die oftmals identitätspolitische Debatten kennzeichnen, deuten darauf hin, dass es hier augenscheinlich eher um eine moralische Selbstaufwertung geht als um ein Bemühen, diejenigen gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend zu ändern, die zu derartigen Diskriminierungserfahrungen führen.

Worauf ist bei einer gesellschaftlichen Transformation zu achten, damit sie gelingt und human bleibt?

Dazu muss man wohl auf zwei Ebenen zugleich ansetzen: auf der Ebene eines jeden Einzelnen und auf der Ebene des Politisch-Gesellschaftlichen. Jede erfordert eigene Methoden und Wege. Einen Aspekt gibt es, der einen psychoanalytischen Therapieprozess mit bindungstraumatisierten Patienten und einen gesellschaftlichen Prozess radikaler Reformen verbindet: In beiden Fällen

„Aggressive Identitätspolitik fördert gesellschaftliche Fragmentierung und ist ungeeignet, Solidarität und Zugehörigkeit herzustellen.“

müssen wir sozusagen ein Schiff, das in wichtigen Funktionen beschädigt ist, auf hoher See für eine sichere Weiterfahrt von Grund auf erneuern und reparieren, was noch rettbar ist. Wir können dabei natürlich nicht einfach alles Defekte wegreißen. Das Schiff würde sinken. Wir müssen also behutsam neue tragende

BUCHTIPPS

Martin Wendisch (Hrsg.)
Kritische Psychotherapie
Interdisziplinäre Analysen einer leidenden Gesellschaft
Hogrefe, Februar 2021
496 Seiten, 59.95 Euro
978-3-456-85989-7



Philip Mirowski
Untote leben länger
Warum der Neoliberalismus nach der Krise noch stärker ist
Matthes & Seitz, Oktober 2019
352 Seiten, 15.00 Euro
978-3-95757-813-6



Strukturen errichten und dann Stück für Stück die defekten wegnehmen oder schließlich direkt ersetzen. Das gilt für die individuelle Ebene ebenso wie für die gesellschaftliche. Bei der gesellschaftlichen Ebene kommt jedoch noch etwas anderes hinzu: Es liegt in der Natur von zerstörerischen Machtverhältnissen, dass sie sich nicht konstruktiv Stück für Stück ersetzen lassen. Denn der Widerstand derjenigen, die von ihnen profitieren, ist zu groß, wie die Geschichte zeigt. Hier müssen wir die demokratischen

Mittel eines solidarischen kollektiven Handelns kräftigen und verteidigen und weiterhin die sozialen Kämpfe führen, die erst all die sozialen Errungenschaften hervorgebracht haben, die uns so viel bedeuten.

Frau Bergmann-Mausfeld, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Transformationshemmnis V: unsere Illusionen

„Wer Teil des Problems ist, ist auch Teil der Lösung“

Eine Wirtschaft ohne Wachstum wird sich schwer realisieren lassen, solange die Überzeugung vorherrscht, das persönliche Glück hänge von Besitz, Konsum und Statusymbolen ab. Dass wahres Glück ganz anders entsteht, betonen sowohl Psychologie als auch Religion. Ein buddhistischer Lehrer schrieb mit einem Postwachstumsökonom darüber ein Buch.

Interview mit Manfred Folkers

ÖkologiePolitik: Herr Folkers, wie kam es zum Buchprojekt mit Niko Paech?

Manfred Folkers: Kennengelernt haben wir uns vor rund 25 Jahren, als Niko Paech städtischer Agenda-Beauftragter war und ich den Verein „Achtsamkeit in Oldenburg“ gründete. Vor ein paar Jahren lud er mich als Professor an der Universität Oldenburg ein, in der Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie einen Vortrag zum Thema „Suffizienz und Zufriedenheit“ zu halten. Von meinem Titelvorschlag „All you need is less“ war er begeistert und wir starteten dann auch bald unser gleichnamiges Buchprojekt.

Wie kamen Sie zum Buddhismus?

Meine friesische Herkunft erlebe ich als naturverbunden. Glaubenskonzepte liegen mir nicht. Ein überprüfbarer Blick ins Dasein gefällt mir besser. Aber ich mag nicht leugnen, dass ich als Mensch ein Wesen mit Geist bin. Dieser Aspekt hat mich schon in meiner Jugend fasziniert. Es hat allerdings etwas gedauert, bis ich Buddhas Lehre – das sogenannte „Dharma“ – als eine Methode begriff, die ohne Esoterik auskommt, also bodenständig und geistvoll zugleich ist. Sie analysiert das Dasein mit einer säkularen Spiritualität und wertschätzt es auf Basis des gesunden

Menschenverstands. Seit ich unter Dharma weder eine Religion noch eine Ideologie verstehe, vermeide ich auch den Begriff „Buddhismus“.

und ihm selbst Sinn und Richtung zu geben. Dieses „Ausklinken“ vollzog ich vor 40 Jahren, als ich eine zentrale Frage nicht mehr beantworten

„Buddhas Lehre analysiert das Dasein mit einer säkularen Spiritualität und wertschätzt es auf Basis des gesunden Menschenverstands.“

Eine verbreitete Auffassung ist, in der Buddha-Lehre gehe es darum, sich aus der Welt „auszuklinken“, um ins „Nirvana“ zu gelangen. Sie aber engagieren sich gesellschaftspolitisch. Wie passt das zusammen?

Das suggeriert, „Nirvana“ sei etwas Außerirdisches oder mit dem Tod gleichzusetzen. Für den Dalai Lama bedeutet es jedoch ganz einfach „Frieden“, für andere „höchstes Glück“ oder „Befreiung von Angst und falschen Vorstellungen“. Manche meinen auch, es sei prinzipiell nicht zu beschreiben. Das „Ausklinken“ ist kein Verlassen der Welt, sondern Teil eines dialektischen Prozesses: Du hinterfragst Äußerlichkeiten und Gewohnheiten, um dich zu orientieren und neue Verhaltensweisen auszuprobieren. Du nutzt die Zeit deiner Anwesenheit in dieser Welt, um dein Leben kritisch zu betrachten

konnte: Wenn mir klar ist, dass sich die Gesellschaft in eine zerstörerische Richtung entwickelt, und ich mich gezwungen sehe, mich mit all meiner Kraft an diesem Irrweg zu beteiligen – was soll ich tun? Um vor mir bestehen zu können, gab es zunächst nur einen Ausweg: dem Mainstream den Rücken kehren. Eine lange Reise als Rucksacktourist durch Asien sowie Praktiken wie Taijiquan, Meditation und Achtsamkeit haben mich zum Dharma geführt. Buddhas Lehre widmet sich zentralen Lebensfragen wie Leid und Tod, Sinn und Glück, Integrität und Gemeinschaft auf eine erfahrungsbasierte und vernünftige Weise. Wer buddhistische Methoden anwendet, entfaltet durch fundierte Einsichten ein umfassendes Mitgefühl, findet Freude an einem zufriedenen Leben sowie Gefallen am Bewirken. Dharma ohne Engagement



Manfred Folkers, Jahrgang 1950, studierte Lehramt für Chemie, Erdkunde und Mathematik sowie Diplom-Pädagogik. Seine Tätigkeit als Lehrer endete aus gesundheitlichen Gründen mit einer vorzeitigen Pensionierung. Seit 1990 ist er Taiji- und Qigong-Lehrer, seit 2004 Dharma-Lehrer und seit 2009 Mitglied des Rates der Deutschen Buddhistischen Union. Zudem ist er umweltpolitisch engagiert und verfasste mehrere Bücher, zuletzt mit Niko Paech „All you need is less“.

www.samtusta.de

geht eigentlich gar nicht. Wer sich mit Meditation erfrischt und Achtsamkeit praktiziert, möchte diese Haltung in den Alltag übertragen – was im hektischen und von Illusionen geprägten 21. Jahrhundert nicht gerade leichtfällt.

Was können wir vom Dharma lernen?

Wer heutzutage wie ein Buddha vorgeht, kommt im Grunde zu den gleichen Ergebnissen wie die moderne Wissenschaft, wird diese Befunde aber immer im Gesamtrahmen sehen und ihnen eine alltagsbezogene oder gar ethische Dimension geben. Anhand von zwei Aspekten möchte ich das verdeutlichen: Da ist zunächst die „Anitya“ genannte Bin-

senweisheit, dass alles unbeständig bzw. immerzu in Bewegung ist – ein zentrales Daseinsmerkmal. Ein Zeitgenosse Buddhas, der griechische Philosoph Heraklit, hat dieses Prinzip mit der Formel „Alles fließt“ zusammengefasst. Sowohl die Astro- als auch die Quantenphysik bestätigen dies. „Anatman“ heißt ein weiteres zentrales Daseinsmerkmal: Alles ist

was gerade geschieht. Um nach der Devise „Das Heilsame tun und das Unheilsame lassen“ zu handeln. Dies ist übrigens eine beliebte Definition für die Buddha-Lehre.

Woher kommt unser Streben nach Immer-Mehr, nach Wachstum?

Seit Karl Marx wird versucht, dieses Phänomen zu analysieren – in der Regel mit ökonomischen Kriterien.

„Du hinterfragst Äußerlichkeiten und Gewohnheiten, um dich zu orientieren, um dein Leben kritisch zu betrachten und ihm Sinn und Richtung zu geben.“

ohne eigenständiges Selbst. Weder ist etwas in mir zu finden, das nicht zu dieser Welt gehört, noch kann ich unabhängig von ihr existieren. Das wechselseitige Durchdringen- und Einssein alles Existierenden ist meine Grundlage für das Erleben einer vollständigen Verbundenheit mit Raum und Zeit. Dieses wissende Gefühl enthält nicht nur eine von Angst befreite Bejahung meiner Anwesenheit auf dieser Erde, sondern ist auch das Fundament für die Einsicht in die Notwendigkeit, mich um das Leben aller hier lebenden Wesen zu kümmern. Auf diesem Hintergrund interpretiere ich auch das von Hans Jonas in seinem Hauptwerk postulierte „Prinzip Verantwortung“.

Die Rolle des einzelnen Menschen und seine Beweggründe kommen dabei meist zu kurz. Buddha hat das Leben als eine individuelle Erfahrung umfassend erforscht. Da eine Gesellschaft sich aus vielen Einzelmenschen zusammensetzt, ist es durchaus möglich, dieses Vorgehen auch auf die Gesellschaft zu übertragen. Den Mittelpunkt des Dharma bildet die Überwindung von Angst und Leid. Bei der Suche nach deren Ursachen hat sich der Buddha weniger den menschlichen Aktivitäten als vielmehr den Motiven ihres Handelns gewidmet. Als Ursprung von Leid identifizierte er Gier, Hass und Verblendung, die auch mit den Worten Verlangen, Aggression

„Buddhas Lehre widmet sich zentralen Lebensfragen erfahrungsbasiert und vernünftig.“

Dharma ohne Engagement geht eigentlich gar nicht.“

Auf den Alltag bezogen lässt sich dieser Zusammenhang bildlich veranschaulichen: Wenn ich eine Dose in den Wald werfe, treffe ich meinen eigenen Kopf. In einer vom Dharma beflügelten Lebenspraxis geht es eigentlich immer nur darum, präsent zu sein und achtsam anzuschauen,

und Selbstüberhöhung beschrieben werden können. Im überschaubaren Rahmen hat die Erfüllung eigensinniger Wünsche keine allzu schlimmen Auswirkungen auf den Zustand der Biosphäre. Seit rund 200 Jahren findet jedoch eine systematische ökonomische Verwertung dieser An-

triebskräfte statt. Dieser Prozess hat sich mittlerweile global in ein Regelwerk verfestigt. Unser materielles Verlangen hat sich als Streben nach wirtschaftlichem Wachstum manifestiert. Aggression hat sich als konkurrierendes Gegeneinander und als planmäßige Ausbeutung der Natur und ihrer Ressourcen verankert. Und unsere Selbstüberhöhung führt zum

Mehrungsprinzip des ökonomischen Systems, das unsere Zivilisation in eine fatale Richtung puscht. Besonders verhängnisvoll können sich die gigantischen Schuldenberge auf die Gestaltung der Zukunft auswirken, denn das neu geschöpfte Geld kurbelt zum einen das Wachstum an, was positive oder negative Auswirkungen haben kann, und die Pflicht

derer noch auf die Gesellschaft, die als solche ja gar keine Hände hat. Denn es gibt nichts Gutes, wenn es niemand tut. Es empfiehlt sich, täglich in den Spiegel zu schauen und die eigene Integrität zu überprüfen. Auf diese Weise lassen sich viele Widersprüche entdecken – z. B. hinsichtlich des ökologischen Fußabdrucks. Es gibt überall eine zunehmende Zahl von Menschen, deren „Earth Overshoot Day“ im Januar liegt. In Deutschland liegt er durchschnittlich im Mai. Wer Teil des Problems ist, ist auch Teil der Lösung. Und es ist zu unterscheiden zwischen materiellem und persönlichem Wachstum. In dieser Hinsicht ist das Buch „Small is beautiful“ von Ernst Friedrich Schumacher hilfreich zu lesen – insbesondere der Schlussabsatz.

Wie kann eine ganze Gesellschaft „geheilt“ werden?

Delikate Frage – würzige Antwort: Das Mehrungswesen ist nicht zu retten und schon jetzt viel fragiler, als es scheint. An einer umfassenden

„Als Ursprung von Leid identifizierte Buddha

Gier, Hass und Verblendung. Seit rund

200 Jahren findet eine systematische ökonomische

Verwertung dieser Antriebskräfte statt.“

ständigen Bagatellisieren der Folgen dieser Taten. Kurz gesagt: Mithilfe unserer eigenen Antriebskräfte haben wir uns in eine Lage manövriert, die uns immer schneller ans Ende einer Sackgasse peitscht. Heutzutage ist es weniger unsere individuelle Sehnsucht als vielmehr das

zur Rückzahlung zwingt die künftigen Generationen, am Wachstumsystem festzuhalten.

Was kann man als Einzelner dagegen tun?

Angesichts der Brisanz der Lage gibt es im Grunde nur eine Regel: nicht länger warten. Weder auf an-

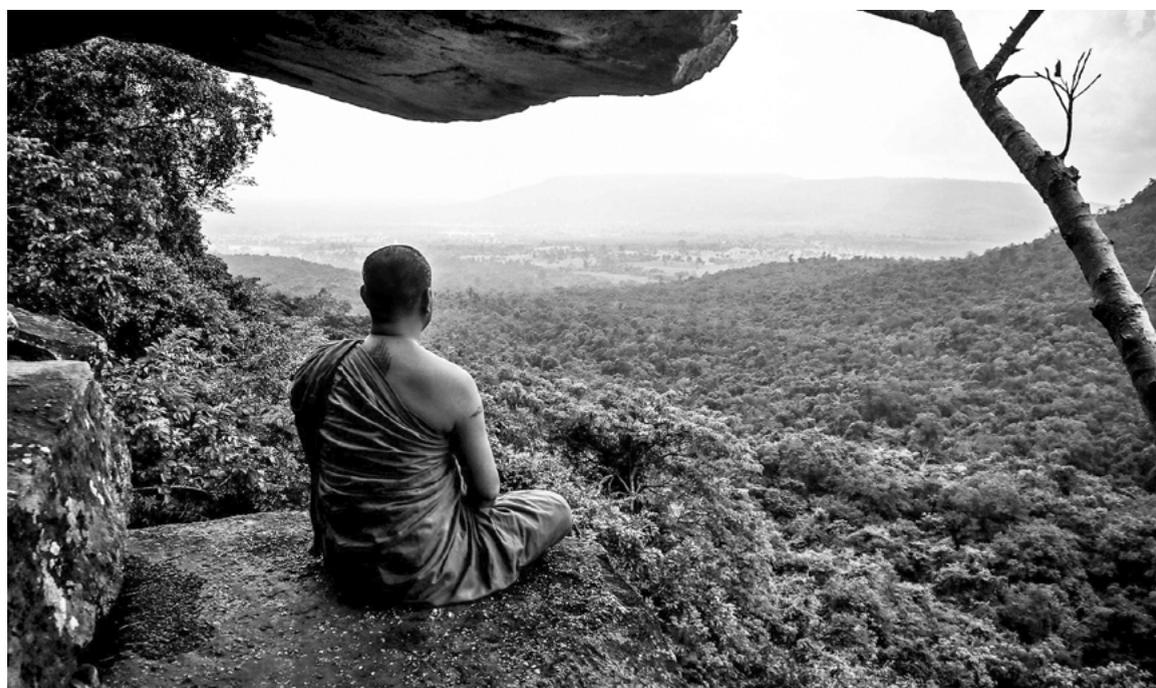


Foto: mahanoj/pixabay.com

Transformation führt kein Weg vorbei. An ihr haben sich alle Menschen zu beteiligen, indem sie das Agenda-21-Motto „Global denken – lokal handeln“ aufrichtig beherzigen.

*„Aggression hat sich als konkurrierendes
Gegeneinander und als planmäßige Ausbeutung
der Natur und ihrer Ressourcen verankert.“*

Oberflächliche Maßnahmen wie die Reparatur von Schäden, das Nachjustieren von Stellschrauben oder das Umleiten von Kapitalströmen werden nicht ausreichen. Es ist ein Trugschluss, CO₂-Neutralität oder ein „Green New Deal“ würde unsere Probleme lösen. Wir haben unsere gesamte Lebensweise neu auszurichten. Das schließt einen Austausch der Antriebskräfte ein. Diese Umstellung erfordert jedoch ein anderes Weltverständnis. Und schon lande ich wieder beim Dharma. Oder bei Hans Jonas, der 1992 in seinem letzten Interview sagte, dass die Philosophie eine neue Seinslehre erarbeiten muss, in der die Stellung des

Engagement. Und sie erfordern mindestens 6 weitere Bejahungen: Ja zu Entschleunigung und Behutsamkeit. Ja zu gelebter Zusammengehörigkeit und einer Kultur des Genug. Ja

zur Bevorzugung von Gemeinwohl gegenüber einem egoistischen Individualismus. Ja zu Zufriedenheit und zur Anerkennung natürlicher Grenzen. Ja zu Achtsamkeit und zur Pflege des eigenen Geistes. Ja zu intellektueller Aufrichtigkeit und zur Verantwortung für die ganze Menschheit und alle Wesen, also für die gesamte Biosphäre. Diese Vorschläge klingen allgemein, enthalten aber genügend Hinweise für ihre Ausfüllung im Alltag. Sie zeigen persönliche Entwicklungsmöglichkeiten auf, die der Prozess „Heilung der Gesellschaft“ enthält. Die „Deutsche Buddhistische Union“ (DBU), deren Rat ich seit 2009 angehöre, wird diese Intention

*„Unsere Lebensweise neu auszurichten,
schließt einen Austausch der Antriebskräfte ein
und erfordert ein anderes Weltverständnis.“*

Menschen im Kosmos und sein Verhältnis zur Natur im Zentrum stehen sollten. Gleichzeitig sind konstruktive Perspektiven zu erarbeiten. Die Klima-Aktivistin Luisa Neubauer hat hier 6 „Bejahungen“ vorgeschlagen: Ja zum Erhalt der Lebensgrundlagen. Ja zu sauberer Luft. Ja zur Artenvielfalt. Ja zu gesicherten Arbeitsplätzen. Ja zur Freiheit auf einem sicheren Planeten. Ja zur gerechten Transformation. Diese Errungenschaften fallen aber nicht vom Himmel. Sie erfordern individuelles und politisches

im Projekt „Krisen und Transformation“ als „gemeinschaftlichen Wandel“ vorstellen.

Was ist zu tun, damit eine positive Veränderungsdynamik nicht – wie so oft in der Menschheitsgeschichte – wirkungslos verpufft?

Die Menschheit erlebt gegenwärtig eine paradoxe Phase. Wir Erdlinge müssen eine Wende wollen, bevor wir sie wollen müssen. Wenn wir sie nicht schleunigst vollziehen, wird sie uns von den Umständen diktiert. Viele von uns, die die sich

BUCHTIPPS

Manfred Folkers,
Niko Paech

All you need is less
Eine Kultur des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht
oekom, März 2020
254 Seiten, 20,00 Euro
978-3-96238-058-8



Manfred Folkers
**Achtsamkeit und
Entschleunigung**

Für einen heilsamen Umgang mit Mensch und Welt
Theseus, Sept. 2003
176 Seiten, 19,95 Euro
978-3-89620-217-8



Thich Nhat Hanh
**Das Herz von
Buddhas Lehre**

Leiden verwandeln – die Praxis des glücklichen Lebens
Herder, Februar 2004
288 Seiten, 15,00 Euro
978-3-451-05412-9



rasant verschärfenden Krisen mit verursacht haben, werden deren Folgen noch selbst erleben. Wer zu spät handelt, wird vom Leben bzw. den Naturgesetzen genötigt. Die Corona-Pandemie enthält hier einen Vorgeschmack. Für sein Hauptmotiv „Mehrung“ sieht das Wachstumsystem keine Alternative. Nachhaltige positive Veränderungen mit neuartigen Orientierungen haben wir als Mensch zu verwirklichen. Entweder rechtzeitig und mit selbst gewählten Zielen. Oder unfreiwillig und in einem erzwungenen Rahmen. So oder so: Ein radikaler Wandel rückt näher. Als Design oder als Desaster. Mir ist klar, für welche Variante ich meine Kraft lieber einsetze.

Herr Folkers, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Philosophie

„Ehrfurcht ist die Grundlage ökologisch-ethischen Verhaltens“

Die innere Haltung eines Menschen bedingt sein Denken und sein Handeln. Zur Bewältigung der ökologischen Krise braucht es deshalb wohl mehr als umweltpolitische Leitplanken und Anreizsysteme. Auch der innere „Kompass“ muss stimmen. Um den richtig „einzunorden“, ist die Beschäftigung mit Adalbert Stifter, Albert Schweitzer und Martin Buber hilfreich, sagt eine deutsche Philosophin.

Interview mit Dr. Eva-Maria Heinze

ÖkologiePolitik: Frau Dr. Heinze, Sie haben ein Buch über Adalbert Stifter, Albert Schweitzer und Martin Buber geschrieben. Warum gerade über diese drei?

Dr. Eva-Maria Heinze: Ein Buch über einen Schriftsteller und zwei Philosophen – das klingt zunächst ungewöhnlich. Ich habe mich in meiner Studienabschlussarbeit intensiv mit dem Schriftsteller Adalbert Stif-

ter auseinandergesetzt. Was können wir von den dreien für die Bewältigung der ökologischen Krise lernen?

Prinzipiell geht es um das Thema eines achtsamen Umgangs mit Lebewesen und Dingen: Schweitzer fordert Ehrfurcht vor allem, was lebt, also vor jedem einzelnen Lebewesen. Dies möchte ich als Grundlage eines ökologisch-ethischen Verhaltens überhaupt bezeichnen. Er schließt

„Der Mensch soll seine Aufmerksamkeit nach außen richten: auf das, was ‚die Welt‘ von ihm fordert.“

ter aus philosophischer Perspektive beschäftigt. Dabei fiel mir die deutliche Parallele zu Albert Schweitzers Ehrfurchtsethik auf – trotz der auf den ersten Blick unterschiedlichen Ausrichtungen und Lebensdaten der beiden. Den Dialog- und Religionsphilosophen Martin Buber, ein Zeitgenosse Schweitzers, habe ich in meinem Buch zur Dialogischen Philosophie behandelt. So ergab sich die Trias Schweitzer-Buber-Stifter im Sinne einer inhaltlichen Steigerung: Während die beiden Philosophen die Theorie liefern, bildet Stifiers Roman „Der Nachsommer“ quasi deren praktische Umsetzung.

Pflanzen und Bäume natürlich mit ein. Ich erwähne das explizit, da mich eine ältere Dame einmal ungläubig fragte, ob ich tatsächlich meine, auch Pflanzen und Bäume seien Lebewesen. Buber geht über Schweitzer nun insofern hinaus, als er einen achtsamen Umgang auch mit Unbelebtem anmahnt. Und zwar nicht nur mit Unbelebtem der Natur, wie etwa Felsen oder Kristallen, sondern ebenso gegenüber Gegenständen im Allgemeinen. Diesen Gedanken kann man bis hin zum Umgang mit Ressourcen aller Art erweitern. Die Quintessenz ist aber letztlich bei allen drei Autoren die gleiche: Entscheidend ist die



Dr. Eva-Maria Heinze, Jahrgang 1981, studierte Philosophie und Kunstgeschichte und arbeitete von 2010 bis 2019 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Praktische Philosophie der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Natur- und Umweltethik, Dialogische Philosophie sowie Philosophische Erzähltheorie. Sie veröffentlichte zahlreiche Fachartikel und zwei Bücher.

heinze.evamaria@googlemail.com

richtige innere Haltung des Menschen, die alles Denken und Handeln bedingt – im Sinne einer generell

achtsamen und damit ethischen Grundhaltung.

Wie lässt sich die von den dreien beschriebene Daseinshaltung und Lebenspraxis von der persönlichen auf eine gesellschaftliche und politische Ebene transformieren?

Ich denke, diese Frage lässt sich mit der Analogie des Verhaltens im Mikrokosmos und jenem im Makrokosmos beantworten: Wie der Einzelne im Kleinen, innerhalb seines persönlichen Mikrokosmos, agiert, so wird er es auch im Großen tun,

Dies wird in Stifiers Roman detailliert veranschaulicht.

In Stifiers und Schweitzers Ehrfurchtsethik geht es um jedes Lebewesen, in der Ökologie dagegen um Kreisläufe und Gleichgewichte. Wie passt das zusammen?

Wenn ich nicht in der Lage bin, jedem einzelnen Lebewesen um seiner selbst willen Respekt zu zollen und ehrfürchtig zu begegnen, werde ich auch nicht verstehen können, wie die einzelnen Lebensformen in der Natur verknüpft sind und einander be-

„Was Schweitzer fordert und Stifter in seinem Roman vorleben lässt, ist die Voraussetzung dafür, Ökologie zu verstehen und zu praktizieren.“

also auf gesellschaftlicher und politischer Ebene. Das heißt: Der Anfang muss im privaten Umfeld gemacht werden – nur wenn ich mich hier adäquat verhalte, meine Handlungen reflektiere und bewusst ethisch ausrichte und gestalte, werde ich mich sinnvoll auf gesellschaftlicher und politischer Ebene einbringen können. „Unterm Herd unsres Hauses ist unser Schatz vergraben, den es zu bergen gilt“, lautet eine Weisheit des Chassidismus, einer lebensnahen Frömmigkeitsbewegung des Judentums. Gemäß ihr erteilt Buber den klugen Rat, nicht irgendwo – sei es in der physischen oder geistigen Sphäre – das Heil bzw. das zu suchen, was uns fehlt, sondern zunächst das Naheliegendste zu betrachten: den eigenen Alltag in dem jeweils individuellen und damit einzigartigen Lebensbereich. Das deckt sich mit Schweitzers Forderung, in unserem unmittelbaren Lebensumfeld ethisch tätig zu werden, im eigenen Haus, in der Wohnung, im Garten. Jedes Lebewesen, das in meinen Lebensbereich tritt, gilt es, ehrfürchtig und keineswegs achtlos zu behandeln.

Es geht um die Erkenntnis, dass jedes Lebewesen auf seine und damit jede Lebensform oder Gattung auf ihre Weise wichtig ist zum Funktionieren des Ganzen. Fällt eines aus bzw. wird es durch achtlosen und egoistischen Umgang vernichtet, so ist das Gleichgewicht des Ökosys-



Foto: pexels/pxabay.com

BUCHTIPPS

Eva-Maria Heinze
Schönheit des Alltäglichen
Zur Ethik des täglichen Umgangs bei Albert Schweitzer, Martin Buber und Adalbert Stifter
Karl Alber,
November 2016
416 Seiten, 54,99 Euro
978-3-495-48790-7



Eva-Maria Heinze
Einführung in das dialogische Denken
Karl Alber,
November 2011
176 Seiten, 20,00 Euro
978-3-495-48510-1



tems zerstört oder gerät zumindest in Gefahr. Was Schweitzer fordert und Stifter quasi durch die Protagonisten in seinem Roman lebt bzw. vorleben lässt, ist also die Voraussetzung dafür, Ökologie zu verstehen und zu praktizieren.

Buber zitierte auch gerne das chassidische Lebensmotto „Vergesst euch und habt die Welt im Sinn“. Was ist mit „die Welt“ gemeint? Ist das nicht sehr diffus und missverständlich?

In der Tat ist der Begriff „Welt“ sehr allgemein, die damit verbundene Forderung an jeden Einzelnen von uns dagegen durchaus konkret und unmissverständlich: Der Mensch soll sich nicht egozentrisch um sich selbst und seine Belange drehen, sondern vielmehr seine Aufmerksamkeit nach außen richten: auf das, was „die Welt“ im Sinne der ihn in seinem Lebensbereich umgebenden Lebewesen und Dinge von ihm fordert. Ich denke, das ist der essenzielle Leitgedanke und die Grundlage für die Bewältigung der aktuellen ökologischen Krise.

Frau Dr. Heinze, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

An alle Mitglieder von Christian Rechholz

Mehr Demokratie wagen

Sollten wir dieses Mal nicht auf einen Wahlantritt zugunsten der Grünen verzichten? Diese Frage wurde wiederholt gestellt – aus den Reihen der ÖDP-Mitglieder. Eine Frage, die Christian Rechholz als Parteivorsitzenden wundert. Seiner Überzeugung nach braucht es die ÖDP heutzutage umso mehr.

Warum sollten wir zugunsten der Grünen auf einen Wahlantritt verzichten? Wir als ÖDP unterscheiden uns in einigen Punkten deutlich von dieser Partei. Der Lebensschutz beispielsweise ist ein Thema, das neben anderen für etliche Mitglieder den Ausschlag gab, sich in der ÖDP zu engagieren. Denken wir an die Familienpolitik oder an unsere Konzernspendenfreiheit, Grüne lassen sich ja mittlerweile auch von der Autoindustrie sponsern, was man ihrer Politik auch

*Wir als ÖDP wollen eine
Wirtschaft, die weder
Mensch noch Natur ausbeutet.*

anmerkt. Und nicht zuletzt propagieren die Bündnisgrünen einen grünen Kapitalismus, das gleiche Wirtschaften also, nur in Grün – im wahrsten Sinne des Wortes. Wir als ÖDP wollen eine Wirtschaft, die weder Mensch noch Natur ausbeutet.

Und selbst auf dem Gebiet des Umwelt- und Klimaschutzes unterscheidet uns doch viel, zu viel. Die Fragesteller, die zugunsten der Grünen auf einen Wahlantritt verzichten wollen, glauben ja, mit den Grünen im Kanzleramt würden wir das Klima retten und eine 180-Grad-Wende vollziehen. Wirklich?

Das ist das Image, das diese Partei gerne pflegt und an das auch in den Medien so viele glauben (wollen). Dabei sollte man unsere Mitbewerber doch einfach an ihren Taten messen. Das kann man heute schon. Grün regiert in etlichen Bundesländern mit und stellt in einem sogar den Ministerpräsidenten. Wie umwelt- und klimafreundlich ist denn aber dort diese Politik? Nur drei Beispiele: die Opferung des Hambacher Forstes für die Braunkohle in NRW, von Grün mitbeschlossen. Den nächsten Forst,



Foto: Simone Bierlein

Was die ÖDP auszeichnet, das sind ihre Haltungen. Und diese Haltungen braucht es mehr denn je in der Bundespolitik. Darum ist jede Stimme für die ÖDP bei der Bundestagswahl eine Stimme für die Zukunft.

nämlich den Dannenröder, lässt eine schwarz-grüne Regierung für den Autobahnbau roden. Und im Ländle weigert sich die grüne Umweltministerin, trotz eklatanter



Foto: ÖDP

„Mensch vor Profit“ ist eine wesentliche Haltung der ÖDP. Dafür ging sie 2016 in Bonn auf die Straße und dafür steht sie auch im Bundestagswahljahr 2021.

Mängel, ein AKW abzuschalten. Ist das die Politik, die wir uns wünschen?

Die Politik, die unser Land und unser Planet braucht, wurde im Urteil des Bundesverfassungsgerichts Ende April skizziert. Dieses Urteil historisch zu bezeichnen, ist keine Übertreibung. Nicht nur, dass das Urteil eine Klatzsche für die Große Koalition in Berlin war. Nicht nur, dass das höchste deutsche Gericht das Klimaschutzgesetz als unzureichend dargestellt hat. Epochal war die Begründung. Die Politik muss die Freiheiten und Rechte künftiger Generationen mit bedenken. Sie darf keine Politik mehr bis zum nächsten Wahltag machen. Sie muss nachhaltige Politik betreiben, vorausschauend und vorsorgend.

Und welche Partei erfüllt genau dies, wenn nicht die ÖDP, wenn nicht wir? Taktische Entscheidungen, wie monetäre Wahlgewinne kurz vor dem nächsten Urnengang, falsche Rücksichtnahmen auf Lobbygruppen, durch die sich unsere Mitbewerber sponsern lassen, oder auch das bloße Bekämpfen von Symptomen, statt die Ursachen anzugehen, all dies ist vom Bundesverfassungsgericht als unzulässig erklärt worden. Und das betrifft eben nicht nur das Thema Klima, sondern jeden

Politikbereich. Ich kenne keine andere Partei, die für diese langfristige und nachhaltige Politik steht. Darum braucht es uns und darum ist jede Stimme, die nicht an die ÖDP geht, eine für die Zukunft verschenkte Stimme. Die Zukunft hat eine Stimme: Deine.

Was die ÖDP nämlich auszeichnet, das sind unsere Haltungen. Haltungen sind mehr als Spiegelstriche in einem Wahlprogramm. Haltungen, das sind Einstellungen,

*Die Zukunft hat eine Stimme:
Deine.*

das sind Überzeugungen. Dafür stehen wir mit unserem Namen. Die Ökologisch-Demokratische Partei. Und um beide Wortbestandteile wird es bei der nächsten Wahl gehen.

Was sind unsere Haltungen? Da haben wir eine ganze Reihe. Für mich eine der bedeutendsten ist: Wir sind nicht käuflich. Unbezahlbar, seit 1982. ÖDP, die Unbestechlichen. Dieses Alleinstellungsmerkmal müssen wir

noch viel deutlicher herausstellen. Gerade in diesem Jahr, wo ein Skandal den nächsten jagt, eine Affäre auf die andere folgt. Während das Land unter der Pandemie ächzt und viele Menschen um ihre Zukunft bangen, bereichern sich Politiker schamlos. Doch neben die Maskendeals traten noch etliche andere Affären, Nebeneinkünfte und fragwürdige Geschäfte. Und es betrifft keinesfalls nur die Clan-Kriminalität der Union, bei der sich Amigo-Affäre an Amigo-Affäre reiht. Nein, das Ganze

Wählt die Partei der Unbestechlichen und die Partei der Zukunft!

hat System beziehungsweise liegt im System. Deswegen muss man dieses System ändern. Deswegen müssen alle Parteien auf Spenden von Unternehmen und Verbänden verzichten. Deswegen braucht es ein Lobbyregister, braucht es das Verbot bezahlter Aufsichtsratsmandate und braucht es die Offenlegung aller Nebeneinkünfte. Deswegen braucht es eine gesetzlich geregelte Vakanzpflicht beim Wechsel von der Politik in die Wirtschaft, braucht es ein Transparenzgesetz und das Verbot von euphemistisch „Leihbeamte“ genannten Lobbyisten in den Ministerien.

Und deshalb braucht es die ÖDP. Mensch vor Profit ist eine weitere unserer Haltungen. Corona hat schonungslos offengelegt, wie seit Jahrzehnten im Gesundheitsbereich genau das Gegenteil Realität wurde: Profit vor Mensch. Wir haben eine neue Pflege-Gruppe gegründet, die derzeit einen Flyer erarbeitet. Denn die Pflegekräfte sind eine Zielgruppe, die zwar als systemrelevant bezeichnet wurde, für deren Interessen sich aber keiner einsetzt. Und denen keiner zuhört. Wieso hängen so viele diesen Beruf, den sie mit Herzblut ergriffen haben, wieder an den Nagel? Weil sie leiden unter einem System, das nicht den Menschen sieht (ob Patienten oder Pfleger), sondern alles dem Diktat des Geldes unterwirft. Niemand käme auf die Idee, von einer Feuerwehr zu verlangen, ihren Profit zu maximieren. Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Der Begriff der Gemeinwohlökonomie ist sehr abstrakt, hier aber wird er lebendig: Es geht um das Wohl der Menschen.

Weitere Haltungen wären unser Familienbild, der unbedingte Schutz unserer Lebensgrundlagen, „weniger ist mehr“, das Lebensrecht, Fair- statt Freihandel und vieles mehr. Um alle aufzuzählen, reichte der Platz nicht. Und all das sind nach meiner Überzeugung Alleinstellungsmerkmale.

Es wird in dieser Wahl um unsere beiden Adjektive im Parteienamen gehen. Die Ökologie, besonders der Klimaschutz stehen oben auf der Agenda – endlich. Und doch klingt es wie Hohn, wenn die Kanzlerin jetzt aufruft, es brauche „Mut zur Transformation“. Wo, bitte schön, war diese Kanzlerin (und ehemalige Umweltministerin) in den letzten 16 Jahren? Wieso hat sie diesen Mut nicht aufgebracht und bekennt am Ende ihrer Amtszeit: „Wir müssen mehr tun“? Ach wirklich, Frau Merkel? Diese Einsicht kommt sehr, sehr spät. Probleme lassen sich niemals mit der Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind, befand Albert Einstein. Am Wissen fehlt es doch nicht, das haben wir spätestens seit dem Club-of-Rome-Bericht. Es fehlt am Umsetzungswillen. Wieso sind wir eher bereit zu glauben, dass die etablierten Parteien nun nach 50 Jahren aufhören werden, Entscheidungen im Sinne ihrer Großspender zu treffen? Wieso glauben wir, die Grünen wären anders, wo sie sich doch die letzten Jahrzehnte so viel Mühe gegeben haben, so zu werden wie die Etablierten? Wieso glauben wir eher an einen Gesinnungswandel bei diesen Parteien als an die Notwendigkeit unserer Partei?

Und damit bin ich beim zweiten Adjektiv unseres Namens. Die demokratische Frage wird die entscheidende bei dieser Wahl sein. Es braucht eine echte, transparente, im Sinne der Bürger und für die Bürger agierende Demokratie. „Demokratie ist die Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk“, diesem Ideal von Abraham Lincoln müssen wir wieder Geltung verschaffen. Durch mehr direkte Demokratie, durch das Verbot der unfairen Einflussnahme mittels Spenden, Leihbeamten und Hinterzimmertreffen. Echte Demokratie endet nicht bei Wahlen und Regierungsbeteiligung, sondern sie erstreckt sich auf alle Lebensbereiche.

Und wenn wir der Demokratie wieder zu ihrem Recht verhelfen, dann schließt das unsere anderen Haltungen mit ein. Denn eine Regierung für die Menschen, die rettet eben das Klima, sorgt für eine gerechte Verteilung, dient dem Frieden, erhält die Lebensgrundlagen, beutet weder Mensch noch Natur aus. Willy Brandt möge es mir verzeihen, aber wir müssen wieder „mehr Demokratie wagen“. Und die demokratischste Partei, das ist die ÖDP. Politik ist ein schmutziges Geschäft – der Meinung sind viele Menschen und wenden sich ab. Politik muss aber kein schmutziges Geschäft sein, sie sollte es auch nicht sein, sie darf es nicht sein. Zeigen wir den Menschen: Es geht auch anders. Wenn ihr die aktuelle Politik leid seid, dann probiert doch mal etwas Neues statt immer das Gleiche. Wählt eine Partei der Haltungen, wählt eine Partei der demokratischen Erneuerung, wählt die Partei der Unbestechlichen und die Partei der Zukunft!

Aus dem Europaparlament von Manuela Ripa

Abstimmungen im Sinne des Klimaschutzes

Die Plenarwoche im Juni stand in vielen Teilen im Zeichen des Umwelt- und Klimaschutzes – mit hoffnungsvollem Ausgang! Das EU-Parlament hat gleich zwei wichtige Abstimmungen abgehalten, um der Klimakrise Herr zu werden: die EU-Strategie zur Erhaltung der ökologischen Vielfalt bis 2030 und der Entschließungsantrag zum Ende der Käfighaltung – jeweils mit begrüßenswertem Ergebnis!

Biodiversität wird verbindlich

Unter dem Motto „Die Natur zurück in unser Leben bringen“ wurde der Bericht des Umweltausschusses über die EU-Strategie zur Erhaltung der

ökologischen Vielfalt bis 2030 angenommen – und damit Vorgaben für die Mitgliedsstaaten definiert, die bis Ende 2021 in verbindliche Ziele umgesetzt werden sollen. Darunter sind ein strengerer Schutz bestehender Gebiete, Aufforstungs- und Renatu-

rierungsvorhaben, ein einheitlicher Bodenschutz und eine deutliche Reduzierung von Pestiziden und Düngemitteln auf unseren Feldern. Damit antwortet das EU-Parlament mit konkreten und verbindlichen Maßnahmen auf die Biodiversitäts-Strategie



der EU-Kommission und leitet den dringenden notwendigen Wandel ein, um das Überleben vieler Arten und die Widerstandsfähigkeit unseres Planeten zu sichern. Dabei hat es das Parlament auch nicht verpasst, über den europäischen Tellerrand zu schauen: Mit einem neuen, durchsetzbaren Kapitel zu einer nachhaltigen Handelsentwicklung haben wir einen wichtigen Schritt vom Freihandel zum Fairhandel gemacht. Freihandelsabkommen zwischen der EU und Drittstaaten verursachen einen massiven Verlust an Biodiversität, beschleunigen die Ausbreitung von Pandemien und höhlen unsere Nachhaltigkeitsziele aus. Mit der Biodiversitätsstrategie erkennen wir diese schädlichen Auswirkungen nicht nur an, sondern geben auch konkrete Empfehlungen ab, auf denen aufgebaut werden kann.

Nach erfolgreicher Bürgerinitiative: Keine Tiere mehr in Käfigen!

Jedes Jahr werden in der EU immer noch mehr als 300 Millionen Tiere für einen Großteil ihres Lebens in Käfige gesperrt. Ein unhaltbarer Zustand – das finde nicht nur ich, sondern auch mehr als 1,6 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger, die die erfolgreiche



Foto: agrormark/istock.com

ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten, um die Käfighaltung von Nutztieren in der EU bis 2027 zu verbieten. Das ist ein starkes Zeichen, auch wenn dieses Leiden deutlich früher beendet werden sollte! Die Bilder von eingepferchten Tieren auf engstem Raum, von Lebewesen mit Bewegungstrieb und Leidempfinden in Käfigen, die gerade mal so groß wie das Tier selbst sind – das sind Bilder, die verschwinden müssen. Schweine, die sich in ihrem Käfig nicht einmal um die eigene Achse drehen können, zeugen nicht von

von multiresistenten Keimen fördert und andererseits das Fortschreiten des Klimawandels beschleunigt.

Fazit: eine Plenarwoche für den Klimaschutz

Hinter uns liegen Abstimmungen, die ganz im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes stehen. Mich freut sehr, dass wir die Wirksamkeit der Biodiversitätspolitik und die Umsetzung der Biodiversitäts- und Klimaziele erhöhen können. Zwar hätte sich das Europaparlament insbesondere beim Tierschutz und der Abschaffung der Käfighaltung auf einen ambitionierteren Zeitplan einigen sollen, doch das Signal an die Kommission wird dadurch nicht getrübt: Klima- und Umweltschutz können nicht mehr hinter netten Worten versteckt werden. Wir brauchen klare und verbindliche Vorgaben – und zwar sofort!

<https://manuela-ripa.eu/>
 Facebook: @ripamanuela
 Twitter: @RipaManuela
 Instagram: @manuela.ripa

artgerechter Haltung. Mehr noch: Käfighaltung verursacht nicht nur unsägliche Qualen, sondern schadet auch der öffentlichen Gesundheit und dem Klima. Diese intensive Tierhaltung macht die prophylaktische Vergabe von Antibiotika notwendig und setzt klimaschädliche Gase frei, womit sie einerseits die Ausbreitung

Mit überwältigender Mehrheit wurde der Entschließungsantrag für ein Ende der Käfighaltung von den Abgeordneten angenommen.

europäische Bürgerinitiative „End the Cage Age“ (Beendet das Käfig-Zeitalter) unterschrieben haben. Ein wichtiger Anstoß in Brüssel: Mit überwältigender Mehrheit wurde der Entschließungsantrag für ein Ende der Käfighaltung von den Abgeordneten angenommen. Nun ist die EU-Kommission aufgefordert,

Baden-Württemberg

Zielgerichteter Parteaufbau

Auf der Klausursitzung am 11./12. Juni hat der Landesvorstand die Strategie bis zur nächsten Landtagswahl (2026) besprochen. Entscheidend ist, dass die ÖDP bei der nächsten Kommunalwahl (2024) in mehr Gemeinden und Kreisen antritt als bei der vergangenen Kommunalwahl. Wenn dies gelingt, ist der Grundstein für deutliche Stimmengewinne bei der nächsten Landtagswahl gelegt. Wahltritte bedürfen aber einer sorgfältigen Vorbereitung: Es müssen Aktivitäten geplant und durchgeführt und Kandidat(inn)en gefunden werden. Da ist es dem Landesvorstand wichtig, mit denjenigen, die bei der kommenden Kommunalwahl antreten wollen – speziell wenn es eine neue Liste ist –, engen Kontakt zu halten und sie bei Bedarf zu beraten und zu unterstützen. Die bevorstehende Bundestagswahl sollte unbedingt engagiert angegangen werden, denn es gilt: Je mehr Neumitglieder wir gewinnen und je besser das Ergebnis ist, desto besser sind die Startvoraussetzungen für die Umsetzung der Strategie.

Offener Brief Neckarwestheim

Die ÖDP hat sich mit einem offenen Brief zur Problematik um das AKW Neckarwestheim an die neue baden-württembergische Umweltministerin Thekla Walker von den Grünen gewandt. Bisher verteidigte das grüne Umweltministerium den Weiterbetrieb des Atomkraftwerks, obwohl Experten eine große Gefahr durch zahlreiche Risse in den Rohren des AKW identifiziert haben. Für den ÖDP-Bundesverband hat Prof. Dr. Klaus Buchner zu dieser Thematik eine Pressemitteilung herausgegeben. Der Landes-



Foto: ÖDP/Klaus Buchner

Die ÖDP Baden-Württemberg fordert eine sofortige Abschaltung des AKW Neckarwestheim.

vorstand hofft, dass der Wechsel im Umweltministerium von Franz Untersteller zu Thekla Walker neue Impulse in Richtung der sofortigen Abschaltung bringt.

Kontakt: ÖDP Baden-Württemberg
 Uli Stein, Landesgeschäftsführer
 Tel.: (07 11) 63 64 64 4
 info@oedp-bw.de

Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter
 Tel.: (0 71 21) 88 01 04,
 matthias.dietrich@oedp-bw.de

Bayern

Bayerische Spitzenkandidaten mit dem neuen Bundesvorsitzenden und „unschlagbar jugendlichen Kandidatinnen“

Die bayerische ÖDP hat ihre Landesliste zur Bundestagswahl aufgestellt – pandemiebedingt per Videokonferenz. Der im September neu gewählte ÖDP-Bundesvorsitzende Christian Reholz, FOS/BOS-Lehrer aus Nürnberg, führt die ÖDP-Liste auf Platz 1 an, gefolgt von „zwei unschlagbar jugendlichen Spitzenkandidatinnen“: Auf Platz 2 kandidiert die erst 23-jährige Studentin Emilia Kirner, Vorsitzende der ÖDP-Fraktion im Freisinger Stadtrat, sowie auf Platz 3 die Passauer Lehramtsstudentin Johanna Seitz, die auch als Direktkandidatin gegen den amtierenden Bundesverkehrsminister antritt. Ihre Botschaft: „Ich bin 19 und habe noch nie Millionen versenkt.“ Die weiteren Spitzenkandidaten: Markus Raschke, ÖDP-Bezirksrat in Oberbayern (Platz 4); Alexander Abt, Bezirksrat in Schwaben (5); Susanne Witt, Amberg (6); Erich Wohnig, Kreis Coburg (7); Alina Hille, Kreis Günzburg (8); Melissa Vath, Kreis Miltenberg (9) und Günther Brendle-Behnisch, Ansbach (10).

Der bayerische ÖDP-Landesvorsitzende Klaus Mrasek zeigte in seiner Rede vor der virtuellen Delegiertenversammlung inhaltliche Konfliktlinien zu den Grünen auf: Die ÖDP sei „die einzige Öko-Partei, die am kategorischen Nein zur Gentechnik in der Landwirtschaft festhält, nachdem die Grünen dies in ihrem neuen Grundsatzprogramm abgeschwächt haben“. „Wir sind die einzige Öko-Partei, die klar für bundesweite Volksentscheide eintritt und keine Konzernspenden annimmt, um unabhängig für Bürgerinteressen eintreten zu können. Und wir sind die einzige Öko-Partei, die die Pflege- und Sorgearbeit in den Familien mit einem Familiengehalt finanziell anerkennen will“, so Mrasek.



Die Top 10 (von links oben): Alexander Abt, Markus Raschke, Spitzenkandidat und Bundesvorsitzender Christian Rechholz, Landesvorsitzender Klaus Mrasek, Emilia Kirner, Erich Wohnig, Günther Brendle-Behnisch, Johanna Seitz und Susanne Witt. Es fehlen: Alina Hille und Melissa Vath.

Für das Spitzenkandidatenteam der ÖDP steht deshalb fest: „Je stärker die Grünen als voraussichtlich künftige Regierungspartei, desto notwendiger ist eine zweite ökologische Partei, die genau nachschaut, ob das Regierungshandeln tatsächlich die ökologische Kehrtwende bringt. So wie es zwei Parteien gibt, die so tun, als ob sie um das ‚S‘ in ihrem Parteinamen konkurrieren, so muss es unbedingt zwei Öko-Parteien geben, die sich tatsächlich in einem positiven Wettbewerb um die besten ökologischen Weichenstellungen befinden. Wir werden darauf achten, dass auf diesem Weg zur sozialökologischen Transformation nichts weichgespült wird.“

Kontakt: ÖDP Bayern
Urban Mangold, Presseanfragen/
Mandatsträgerbetreuung
Tel.: (0851) 93 1131
urban.mangold@oedp-bayern.de
www.oedp-bayern.de



Nachruf auf Karola Trump

Sprachlos macht uns der Tod von Karola Trump, unserer geschätzten und liebenswürdigen stellvertretenden Vorsitzenden im Kreisverband Kitzingen. Mit gerade mal 55 Jahren ist sie am 7. Mai völlig unerwartet verstorben. Seit 1994 war Karola ÖDP-Mitglied und in dieser langen Zeit durchgehend Landes- und Bundesparteitagsdelegierte sowie Vorstandsmitglied auf Bezirks- und Kreisebene.

Seit den 90er-Jahren war Karola stets Kandidatin auf den ÖDP-Kreistagslisten. Sie engagierte sich an Infoständen und machte bei ÖDP-Aktionen mit. Als ökologische Selbstversorgerin war ihr der konsequente Einsatz für eine Landwirtschaft ohne Chemie ein Herzensanliegen.

„Nur wenige Menschen sind wirklich lebendig, und die, die es sind, sterben nie. Karola war so eine Persönlichkeit! Frei heraus, ehrlich, geradlinig ... egal der Konsequenzen und was andere Leute darüber denken ... Gerade deshalb hat sie in der ÖDP ihre Heimat gefunden“, sagte Kreisvorsitzender Jens Pauluhn in seinem Nachruf an Karolas Grab.

Die ÖDP Bayern verliert mit Karola eine lebens- und glaubwürdige Mitstreiterin. Wir trauern mit Reinhard, Karolas Ehemann, der selbst für die ÖDP unermüdlich engagiert ist. Unsere Gedanken sind bei der gesamten Familie, bei Karolas Adoptivtochter und ihren drei Pflegekindern.

Berlin

Wahlantritt auf drei Ebenen gesichert!

Mitte Juni konnte für die ÖDP Berlin der Wahlantritt im Superwahljahr auf allen drei Ebenen (Bundestagswahl, Abgeordnetenhauswahl und Bezirksverordnetenversammlungen) gesichert werden. Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften für die Landeslisten Bundestag und Abgeordnetenhaus sowie insgesamt 10 Bundestagswahlkreise und 14 Abgeordnetenhauswahlkreise sowie 9 Bezirksverordnetenversammlungen sind gesammelt und eingereicht. Durch die Entscheidungen des Berliner Verfassungsgerichts und die Änderungen des Bundesgesetzes gab es zwar deutliche Erleichterungen wegen der Pandemiesituation bei den zu sammelnden Unterschriften. Dennoch mussten in Berlin für den Wahlantritt 2021 mehr als 3.500 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden. Ein herzlicher und großer Dank gilt allen fleißigen Unterstützern, die an diesem Erfolg ihren Anteil hatten!

Start in die heiße Wahlkampfphase

Vor uns liegen nun die Sommermonate im Wahlkampfmodus. Durch den Rücktritt des Landesvorsitzenden zum

30.06.2021 ist, da müssen wir uns nichts vormachen, etwas Sand ins Getriebe geraten. Aber wir als Team des aktuellen Vorstands wollen gemeinsam mit unseren engagierten Mitgliedern diese Herausforderung meistern. Wir sehen gute Chancen, mit unseren motivierten Kandidatinnen und Kandidaten einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen. Das Gute gewinnt! Und wir haben ein gutes Programm und gute Leute.

Wahlprogramm verabschiedet

Zum ersten Mal seit vielen Jahren hat die ÖDP Berlin nicht nur den Wahlantritt auf allen Ebenen gesichert, sondern auch ein eigenes Wahlprogramm. Auf zwei Landesparteitagen im April und Mai 2021 wurde intensiv diskutiert und wir haben uns unter dem Motto „Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt morgen aussieht“ (Marie von Ebner-Eschenbach) Ziele für die Landespolitik gesetzt.

Wahlkampfstab und Schwerpunkt-Wahlkreise

Die Wahlkampfaktionen insgesamt werden von einem Wahlkampfstab koordiniert. Hier geht es darum, Ideen und Aktionen zu planen und ihre Umsetzung und Vermarktung in den verschiedenen Medien zu koordinieren. Doppelarbeit sollte möglichst vermieden werden. Denn



Rechtzeitig zur diesjährigen Brutsaison wurden in einem Berliner Park Nistkästen mit der Aufschrift „Wohnraum für alle“ aufgehängt.

als kleiner Landesverband mit überschaubaren finanziellen und personellen Ressourcen müssen wir unsere Kräfte im Wahlkampf klug einsetzen.

Deshalb werden für den Wahlkampf 2021 Schwerpunkt-Wahlkreise definiert, auf die wir uns konzentrieren wollen. Basis für die Auswahl dieser Schwerpunkt-Wahlkreise sind sowohl die Ergebnisse einer im letzten Jahr durchgeführten Potenzialanalyse durch eine studentische Beratungsagentur als auch die Frage, in welchen Wahlkreisen die Kandidatinnen und Kandidaten für Wahlkampfaktivitäten zur Verfügung stehen können.

Berlin-spezifische Themen und Aktionen

Themen wie Artenvielfalt in der Großstadt werden von uns auf verschiedene Weise aufgegriffen. So wurden rechtzeitig zur diesjährigen Brutsaison in einem Berliner



Foto: Hagen Albers

Auch die Pflanzaktion an Baumscheiben, die einen Beitrag für die Verbesserung des Mikroklimas in der Innenstadt leisten können, wurde auf unserer Webseite und den Social-Media-Kanälen beworben.

Park Nistkästen mit der Aufschrift „Wohnraum für alle“ aufgehängt. Die gleichzeitig veröffentlichte Pressemitteilung wurde auch in der Lokalpresse wahrgenommen.

Durch regelmäßige Posts auf diesen Kanälen versuchen wir, auch online die Bekanntheit der ÖDP zu stärken, und haben hier ein engagiertes Redaktionsteam, das fast täglich interessante Beiträge online stellt.

Kontakt: ÖDP Berlin

Dr. Andrea Brieger, 1. stv. Landesvorsitzende

andrea.brieger@oedp.de,

www.oedp-berlin.de

Brandenburg

Der Kreisverband Potsdam – Potsdam-Mittelmark

Die ÖDP Brandenburg hat seit Oktober 2020 mit ungefähr 20 Mitgliedern einen noch recht jungen Kreisverband Potsdam und Potsdam-Mittelmark. Uns bewegen lokale Themen der Stadtentwicklung in einer rasant wachsenden Stadt, der Ausbau von ÖPNV und Rad- und Fußwegen bis zur Vision einer sozialen und gerechten Stadt für alle. Außerdem möchten wir im Rahmen von Vorträgen, Workshops und in direkter Zusammenarbeit mit dem mittelständischen Gewerbe regionale Ideen und Konzepte für eine Wirtschaftsweise entwickeln, die Mensch und Umwelt gleichermaßen dient.

Es funktioniert nicht, wenn wir uns vom Volk wählen und gleichzeitig von der Industrie finanzieren lassen.

Themen in den vergangenen Monaten waren ein Aufruf zur Mäßigung anlässlich des Wiederhochfahrens von Wirtschaft und Verkehr nach dem ersten Lockdown und das Eintreten für einen naturverträglicheren Standort für eine Autobahn-Raststätte. Zudem haben wir Einwände gegen die Ausweitung einer Mülldeponie in der Fresdorfer Heide südlich von Potsdam geschrieben. Kontrovers wurde im Kreisverband über die Tesla-Ansiedelung in Brandenburg diskutiert, im Spannungsfeld zwischen Zukunftstechnologie, Natur- und Ressourcenschutz und rechtlich fragwürdiger Genehmigungspraxis. Besonders im Fokus stand aber in den vergangenen Monaten in Potsdam wieder einmal die Entwicklung der Potsdamer Mitte. Hier geht es um die Erhaltung von erschwinglichem Wohnraum in zentraler Lage, die jedoch den Potsdamer Sanierungszielen im Wege steht. So soll der „Staudenhof“, ein Wohngebäude aus den 70er-Jahren mit kleinen und günstigen Wohnungen, dem Wiederaufbau der historischen Mitte weichen. Die Alternative der Sanierung wäre zu geringeren finanziellen und Umwelt-Kosten möglich, aber eine starre politische Front, angeführt von Bündnis 90/Die Grünen, verfolgt einen rücksichtslosen, historisierenden Neubau-Kurs. Als Ersatz wird ein neues Wohngebäude gebaut, allerdings mit erheblich teureren Wohnungen und unter Einsatz umfassender staatlicher Fördermittel.

„Die Art der ÖDP, Politik zu denken und zu leben, ist zeitgemäßer denn je“, sagt unser Direktkandidat für den

Wahlkreis 61, Daniel Margraf, vor dem Hintergrund der lokalen und globalen Herausforderungen. Dies zeigt sich überdeutlich im Spitzenkandidaten-Wahlkreis mit Annalena Baerbock und Olaf Scholz, da Abkehr von Wachstumszwang und Profitgier, ein am Gemeinwohl orientiertes Wirtschaften und konsequenter Klima- & Naturschutz immer mehr zum Alleinstellungsmerkmal der ÖDP zu werden scheinen. Dies erleichterte sogar schon merklich das Sammeln von Unterstützungsunterschriften: So bekamen wir sehr viele interessierte und sogar erleichterte Reaktionen. Viele von den Grünen Enttäuschte sind froh, wenn sie – oft zum ersten Mal – von der ÖDP und ihren Zielen hören.

Daniel Margraf setzt zudem vehement auf die zentrale Forderung nach mehr Transparenz und Mitbestimmung im politischen Handeln: „Es funktioniert nicht, wenn wir uns vom Volk wählen und gleichzeitig von der Industrie finanzieren lassen. Wir müssen dringend Politik und Wirtschaft wieder voneinander entkoppeln, ansonsten sind Klimaziele und andere grüne Versprechungen nur hohle Phrasen.“ Auch auf die veränderten Anforderungen an die Menschen, die mit den zunehmenden Umbrüchen leben müssten, finde die Politik bislang keine nachhaltigen, sozial und ökologisch verträglichen Antworten.

Daniel, gebürtiger Berliner, ist mit seinen 46 Jahren 4-facher Familienvater und hat nach einer Lehre zum Kfz-Elektriker und dem Zivildienst ein Studium zum Diplom-Designer absolviert. In den darauffolgenden Jahren als selbstständiger Designer bekleidete er mehrere Positionen in der internationalen Modebranche. Unter anderem war er mehrere Semester als Dozent in der Hochschullehre tätig. Heute arbeitet er als Coach und Trainer, betreibt erfolgreich eine Bar in Potsdams Stadtzentrum und vermarktet seine eigene Bio-Gin-Marke.

Der KV Potsdam – Potsdam-Mittelmark startete kämpferisch in den Wahlkampf mit den Potsdamer Spitzenkandidaten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wir werden die Farbe Orange auf die Straße und zu den Menschen bringen, um ihnen zu zeigen, dass es Zeit wird, die ÖDP ernst zu nehmen. Auch für Daniel gibt es keine halben Sachen. Er will alles daransetzen, die nötigen 50.000 Stimmen für das Direktmandat mit Argumenten für sich und die ÖDP zu gewinnen.

Positive Entwicklungen in ganz Brandenburg

In den nächsten Wochen werden wir wohl unser 100. Mitglied in Brandenburg begrüßen können, sieben von zehn Direktkandidaten zur Bundestagswahl aufgestellt und



Foto: Axel Dierich

ÖDP-Direktkandidat Daniel Margraf im Spitzenkandidaten-Wahlkreis von Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) und Olaf Scholz (SPD) bei einem Infostand

auf den Wahlzetteln stehen haben. Durch unsere weiterhin sehr präzise Pressearbeit erhielten wir dementsprechend gute Medienresonanzen, sind bei der Landeszentrale für politische Bildung sehr gut gelistet. Neben dem weiterhin omnipräsenten Thema Tesla und Folgeindustriensiedelungen hält uns auch noch eine Bürgermeisterwahl in Königs Wusterhausen auf Trab, wo wir zuvor das Brandenburger Verfassungsgericht anrufen mussten, um dann noch daran teilnehmen zu können.

Lösungen für gesellschaftliche Problemfelder aufzeigen

Neben den Kernthemen des ÖDP-Bundestagswahlkampfes möchten wir uns zweier zusätzlicher Aspekte annehmen: Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die Lebenswirklichkeit von Soloselbstständigen, kleineren Unternehmen und Kulturschaffenden in den Ministerien nicht ausreichend verstanden wird. Viele kleine Läden haben diese schwere Zeit während des Lockdowns leider nicht überlebt. Der Leerstand in den Straßen ist nun weit hin sichtbar. Zahlreiche Gewerbetreibende oder Künstler waren nicht einmal antragsberechtigt oder warten noch heute auf die Auszahlung der zugesagten Novemberhilfen. Für die Betroffenen wollen wir nun Sprachrohr und Stütze sein.

Corona brachte aber auch eine „neue Einsamkeit“ (nach Kinnert) vermehrt an den Tag. Mittendrin und doch allein: 41 % der Haushalte in Deutschland bestehen aus nur einer Person, 30 % davon sind von Armut betroffen, 25 % der Jugendlichen in Deutschland fühlen sich allein! Somit leiden 14 Millionen Menschen in Deutschland an den Auswirkungen von Einsamkeit. Die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidet sich jetzt auch in der Frage, wie wir Individualität und gesellschaftliches Miteinander besser vereinbaren können. Es braucht dringend notwendige Impulse, neu darüber nachzudenken, ob unsere streng nach kapitalistischen Gesichtspunkten ausgerichtete Gesellschaft dem sozialen Wesen Mensch noch gerecht wird, wie wir in Zukunft Individualität und gesellschaftliches Miteinander vereinbaren können. Gemeinwohlökonomie und andere europäische Erfolgsmodelle möchten wir deshalb vermehrt vorstellen und zum Zuge kommen lassen.

Kontakt: ÖDP Brandenburg
Thomas Löb, Landesvorsitzender
Tel.: (03309) 3189645
info@oedp-brandenburg.de

ÖDP Kreisverband Potsdam/Potsdam-Mittelmark
Hebbelstr. 54, 14467 Potsdam
info@oedp-potsdam.de

Bremen

Das Bundesland Bremen wird endlich (wieder) orange!

Am 08.05.2021 hat sich der Landesverband Bremen gegründet und es wurde ein Vorstand gewählt. Dieser besteht aktuell aus der Landesvorsitzenden Kara Tober, der stellvertretenden Landesvorsitzenden Sabine Wolter-John sowie den Beisitzern Antje Piegsa und Eckhard Piegsa. Damit ist die ÖDP nun bundesweit auf Länderebene vertreten.

Die Neugründung ist bereits Bremens dritter Anlauf, einen Landesverband langfristig zu etablieren: In der Vergangenheit gab es schon zweimal einen Landesverband, jedoch kam es durch den Wegfall von Vorstandsmitgliedern beispielsweise durch Umzug dazu, dass sich der Landesverband wieder auflöste. Aller guten Dinge sind aber bekanntlich drei: Der Landesvorstand, der sich aus zwei langjährigen Bremer ÖDP-Mitgliedern und zwei ganz neuen Mitgliedern zusammensetzt, ist zuversichtlich, dass Bremen dieses Mal langfristig orange bleibt. Dass die Gründung möglich war, hat der Bremer Landesverband vielen ÖDP-Mitgliedern zu verdanken, die sich in der einen oder anderen Weise engagiert und die Gründung unterstützt haben. Besonderer Dank gebührt dabei vor allem dem Regionalbeauftragten Bastian Michel,

Der Landesvorstand ist zuversichtlich, dass Bremen dieses Mal langfristig orange bleibt.

der seit langer Zeit in Bremen aktiv ist und die Weichen für die Neugründung gestellt hat. Die Landesvorsitzende Kara Tober dankt an dieser Stelle im Namen des Landesvorstands aber auch allen anderen, die bei der Gründung geholfen haben und auch weiterhin mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Die ÖDP Bremen hat für die Zukunft nämlich einiges geplant. Zum einen soll durch aktive Medien- und natürlich vor allem analoge Präsenz die Mitgliederzahl vervielfacht werden, welche sich aktuell noch auf 10 Mitglieder beläuft. Außerdem ist die Landesvorsitzende bereits in Kontakt mit benachbarten Landesvorständen, um die ÖDP Bremen mit dem Rest von Norddeutschland zu vernetzen. Hierbei ist auch ein Anliegen, eine Plattform für den gegenseitigen Austausch der jüngeren ÖDP-Mitglieder bzw. der Jungen Ökologen in der Region anzustoßen.

Zum anderen ist natürlich dieses Jahr das große Thema die Bundestagswahl. Die ÖDP Bremen möchte mit einer Landesliste und zwei Direktkandidaturen antreten und wird dafür am 22.06.2021 die Aufstellungsversammlung abhalten. Danach wird es eine kurze und schnelle Sammelaktion für die Unterstützungsunterschriften geben. Die Planungen für das Sammeln laufen schon auf Hochtouren, damit alle benötigten Unterstützungsunterschriften rechtzeitig abgegeben werden können und die ÖDP Bremen sich gemeinsam mit den Direktkandidatinnen und -kandidaten auf den Wahlkampf für die Bundestagswahl konzentrieren kann.

Kontakt: ÖDP Bremen
Kara Tober, Landesvorsitzende
info@oedp-bremen.de

Hamburg

Neue Veranstaltungsreihe und Vorbereitungen Bundestagswahl

Im Vorfeld der Bundestagswahl wollen wir auch in diesem Jahr an die guten Erfahrungen des Bürgerschaftswahlkampfes anknüpfen und eine Veranstaltungsreihe zu verschiedenen Themen durchführen, die in ganz Hamburg mit Plakaten beworben wird. Das ermöglicht uns, auch im Vorwahlkampf Flagge zu zeigen und Mitglieder und Interessierte zu werben. Es wird Vorträge geben zu den Themen Gemeinwohl, Digitalisierung, Landwirtschaft, Artenvielfalt, Tesla und Trennungskinder.

Unsere Mitgliederzahl hat sich nach dem Bürgerschaftswahlkampf 2019/2020 erwartungsgemäß auf etwas über 80 konsolidiert. Es gab weitere Eintritte, es haben aber auch einige Schnuppermitglieder ihre Mitgliedschaft nicht in eine Vollmitgliedschaft umgewandelt. Der Bundestagswahlkampf und die Veranstaltungsreihe lassen uns nun jedoch vom erstmaligen Überschreiten der 100er-Marke träumen. Unter anderem per Messenger diskutieren wir Themen, die uns im Landesvorstand bewegen. Monatliche Mitglieder- und Interessententreffen haben jeweils einen Themenschwerpunkt, zu dem wir teilweise auch Referenten weiterer Organisationen einladen. Dies ermöglicht uns eine gute Vernetzung und erhöht die dringend notwendige Reichweite und Sichtbarkeit.

Ausblick: In Hamburg werden wir – wenn es keine weiteren unvorhergesehenen Parlamentsauflösungen gibt – erst wieder für den Mai 2024 eine Wahl organisieren müssen (Bezirkswahl und Europawahl). Einerseits schade, denn Wahljahre sind bisher auch immer Mitglieder-



Karlotta Ahrens, Schriftführerin im Hamburger Landesvorstand, und Dr. Peter Schneider, 1. stv. Bundesvorsitzender, hielten am 11. Juni 2021 einen Vortrag zu gemeinwohlorientierter Wirtschaft.

magnete gewesen. Andererseits kann dann durch frei werdende Ressourcen Neues entstehen. Die Entwicklung einer genauen Strategie wird ein Thema des nach der Bundestagswahl anstehenden Landesparteitags sein, bei dem auch turnusgemäß die Wahl eines neuen Landesvorstands ansteht.

Kontakt: ÖDP Hamburg
Tobias Montag, Landesvorsitzender
Tel.: (01575) 44 90 55 0, info@oedp-hamburg.de

Mecklenburg-Vorpommern

Landtags- und Bundestagswahlen 2021 als Chance für Mecklenburg-Vorpommern

Der Nordosten ist Deutschlands Urlaubsregion, mit einzigartigen Flächen unberührter Natur und mit Tendenzen, die gleichen Fehler zu machen wie in anderen Bundesländern, Urlaubsorte einzubetonieren und die Natur dem Profit unterzuordnen. Als Folge gibt es in Tourismuszentren für einheimische Bürger kaum noch bezahlbaren Wohnraum.

Die ÖDP hat ein Programm für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Die Landtags- und Bundestagswahlen 2021 sind eine Chance, neue Mitglieder für den noch kleinen

Landesverband zu gewinnen, in der politischen Öffentlichkeit in MV ihren Einfluss zu erhöhen und Alternativen aufzuzeigen. Dabei können wir auf die Erfahrungen und Hilfe von Mitgliedern anderer Landesverbände zählen und bedanken uns an dieser Stelle für eure Unterstützung.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern muss ökologisch im Gleichgewicht bleiben, die noch vorhandene unberührte Natur für nachfolgende Generationen erhalten werden. Massentourismus-Projekte wie in Prora auf der Insel Rügen lehnen wir ab.

Wir fordern eine wirksame und nachhaltige Mietpreisregulierung. Immobilienspekulationen müssen unterbunden werden. Der Verkauf von Boden muss überwacht und Bodenpreise reguliert werden. Die beim Wohnungsbau verbreitete Praxis, kommunale Planungen und Bauprojekte zur Ausführung nur an private Bauträger zu

Mecklenburg-Vorpommern muss ökologisch im Gleichgewicht bleiben!

geben, heizt die Mietsteigerungen weiter an. Warum kommt in MV nicht ein Vorkaufsrecht für kleinteilige Genossenschaftsprojekte zur Anwendung? Besonders bei Mehrgenerationenhäusern hat sich diese zeitgemäße Form des Wohneigentums bewährt.

Die ÖDP fordert die Offenlegung der im groß dimensionierten Atommüll-Lager Lubmin in den vergangenen Jahren betriebenen illegalen Anlagerungen, die unter Missachtung der für atomare Anlagen und Lager festgelegten Sicherheitsstandards erfolgten. Atomares Gefahrgut als Wirtschaftszweig hat im Urlaubsland MV nichts zu suchen.

Mecklenburg-Vorpommern hat ein Problem mit Massentierhaltung. Die großen Landflächen lockten und locken Investoren an, die riesige Stallanlagen in die Landschaft setzen. Eine artgerechte Tierhaltung kann dort nicht gewährleistet werden. Brandschutzregeln werden umgangen, sodass es zu verheerenden Stallbränden kommt, bei denen die Tiere keine Chance haben, gerettet zu werden. So geschehen am 30. März 2021 in der Schweinemastanlage bei Alt Tellin. Wir wollen so etwas in Zukunft verhindern und unterstützen die Petition „Schluss mit der Schweinefabrik Alt Tellin!“ vom BUND und dem Tierschutzbund. Wir setzen uns für eine artgerechte Tierhaltung, die Abschaffung der Massentierhaltung und ein Verbot der Lebendtransporte ein.

Kontakt: ÖDP Mecklenburg-Vorpommern
Katrin Streeck, Landesvorsitzende
info@oedp-mv.de

Nordrhein-Westfalen

Bundes- und Landtagswahl können kommen

Sammeln macht Spaß – insbesondere während der Corona-Pandemie. Nein, in NRW sind wir keine Masochisten. Es ist eben wichtig, sich zu motivieren. Motiviert waren alle ÖDPler in NRW und letztlich hatten wir deutlich mehr Unterschriften, als nach der Senkung der gesetzlichen Anforderungen erforderlich sind. Man musste es vorher nicht, wie weit die Senkung geht. Lieber mehr Unterschriften als zu wenig. Danke an alle fleißigen Sammler.

Die ÖDP NRW hat eine attraktive Liste zum Bundestag aufgestellt. Spitzenkandidat ist Jens Geibel aus Leverkusen, gefolgt von Kurt Rieder (Aachen) und Jan Nicolas Weber aus Rönkhausen im Sauerland. Insgesamt stehen 24 Kandidierende auf der Landesliste zur Bundestagswahl der ÖDP NRW. Hinzu kommen bisher zwei Direktkandidaturen: Alina Möller in Münster und Ludger Gerhardt in Warendorf.

Ach ja, nach der Wahl ist vor der Wahl. Und nach der Bundestagswahl ist Landtagswahl in NRW, am 15. Mai 2022. Um Ruhe in die Unterschriftensammlung zu bekommen und rechtzeitig zu starten, hat die ÖDP NRW ihre Landesliste zur Landtagswahl am 5. Juni 2021 in Oberhausen aufgestellt. Streng nach Corona-Bedingungen, aber physisch. Die ÖDP in NRW konnte sich bei dieser Gelegenheit wieder mal von Angesicht zu Angesicht treffen.

Rita Nowak aus Recklinghausen führt die ÖDP NRW in den Landtagswahlkampf. Nowak ist Bundesbahnhauptsekretärin i. R. Neben dem Klimawandel sind für sie Menschen in ihrer Vielfalt ein wichtiges Thema, die dadurch ganz oben auf ihrer politischen Agenda stehen. Seit Jahren kämpft und streitet sie deshalb auf kommunaler und Bundesebene für ein soziales und klimafreundliches Deutschland.

Auf Platz 2 steht Jeyaratnam Caniceus, Ratsherr und Fraktionsvorsitzender in Kempen. Der Elektromeister Caniceus ist in Manipay Jaffna (Sri Lanka) geboren, seit 1985 in Deutschland und hat seit Mai 1999 die deutsche Staatsbürgerschaft. Er engagiert sich nicht nur für Migranten und Geflüchtete, sondern auch für alte und behinderte Menschen, für Kinder und Jugendliche. Für ihn ist Vielfalt keine Randerscheinung, sondern gehört in den Mittelpunkt.

Auf Platz 3 folgt die Studierende der Politik, Philosophie und Ökonomik aus Bochum, Laura Brase. Durch ihr Studium ist ihr die enge Verzahnung von Wirtschaft und Politik besonders bewusst geworden. Das ökonomisierte Gesundheitssystem ist ein aktuelles Beispiel dafür. „Viele



Rita Nowak aus Recklinghausen und Jeyaratnam Caniceus aus Kempen führen die ÖDP-Liste zur Landtagswahl NRW am 15. Mai 2022 an.

Problematiken lassen sich nicht mehr mit den bereits beschrittenen Wegen lösen, daher sehe ich innerhalb der ÖDP viel Potenzial für eine innovativere und bessere Zukunft.“

Platz 4 hat Alina Möller, Master-Studierende der Volkswirtschaftslehre aus Münster, inne. Als Ökonomin interessiert sie sich für eine stabile Wirtschaft. Dabei sind ihr „die Grenzen des Wachstums“ sehr wohl bewusst.

Auf Platz 5 tritt Lisa Döring, Landesvorstandsmitglied der Jungen Ökologen (JÖ) Nordrhein-Westfalen, an.

Die weiteren Listenplätze:

6. Flora Aldenhoven
7. Max Brinkmann-Brand
8. Veronika Berger
9. Elisabeth Aumeier
10. Markus Stamm
11. Prof. Dr. Herbert Einsiedler
12. Werner Roleff
13. Michael Krapp
14. Ludger Gerhardt
15. Thomas Witte
16. Dr. med. Susanne Ruff-Dietrich
17. Stefanos Miaris
18. Marcel Foré
19. Franjo Schiller
20. Jens Geibel

Am 6. November 2021, also nach der Bundestagswahl, wird die ÖDP NRW ihr landespolitisches Programm auf einem ordentlichen Landesparteitag beschließen.

Derzeit arbeiten mehrere Arbeitsgruppen an den unterschiedlichen Kapiteln. Folgende Kapitel werden derzeit überarbeitet:

- Digitalisierung, Breitbandausbau
- Bildung, Schule, Hochschule
- Klima, Umwelt, Verkehr
- Demokratie
- Wirtschaft, Arbeit, Finanzen
- Soziales, Familie
- Gesundheit
- Jugend
- Sicherheit
- Kultur
- Tierschutz

Es sind alle ÖDPler in NRW zur Mitarbeit an der Erarbeitung der Beschlussvorlagen für den Landesparteitag eingeladen. Wer sich noch bei einem oder anderen Thema einbringen will, bitte melden bei info@oedp-nrw.de.

Besonders erfreulich ist, dass im Bereich Gemeinwohlökonomie die ÖDP NRW tatkräftige und fachkundige Unterstützung aus Bayern erhält. Bei einer NRW-bayerischen Koproduktion eines Landeswirtschaftsprogramms kann eigentlich bei der Landtagswahl nichts mehr schiefgehen.

Kontakt: ÖDP Nordrhein-Westfalen
Landesgeschäftsstelle
Tel.: (02 51) 76 02 67 45, info@oedp-nrw.de

Sachsen

Erstes Bürgerbegehren der ÖDP in Sachsen

Der Kreisverband Leipzig hat das erste Bürgerbegehren in der Geschichte der ÖDP Sachsen mit dem Ziel angestoßen, dass der Stadtrat Leipzig für den Wilhelm-Leuschner-Platz einen wirklich klimagerechten Bebauungsplan aufstellen kann. Im Zentrum von Leipzig wird seit über zehn Jahren die Überbauung des Wilhelm-Leuschner-Platzes geplant. Ein Grundstück im Dreieck zwischen Brüderstraße, Windmühlenstraße und Grünwaldstraße wurde dem Land Sachsen zum Vorzugspreis von knapp 2 Mio. Euro angeboten. Dort soll das Leibniz-Institut für Länderkunde mit einem Global Hub gebaut werden. Im Kaufvertrag wurde unter anderem festgehalten, dass erst dann rechtskräftig wird, wenn die Stadt Leipzig den Baum- und Strauchbestand beseitigt hat.

Am 20. und 21. Januar wurde ohne die erforderliche naturschutzfachliche Fallbegleitung mit der Rodung der



Umweltorganisationen und ÖDP-Kandidatin Uta Strenger hielten am Wilhelm-Leuschner-Platz eine Mahnwache ab.

Fläche begonnen. Dank der aufmerksamen Anwohner und dem schnellen Einsatz des NABU Leipzig konnte noch ein Teil des Baum- und Strauchbestands gerettet werden. Doch einige Bäume mit besonderem Wert fielen der Rodung zum Opfer. Unter anderem ein Höhlenbaum, der unter besonderem Schutz stand, da hier ein Grünspecht sein Habitat hatte. Obwohl der NABU Klage einreichte, wurden im Mai zwei weitere Bäume gerodet.

Verschiedene Umweltorganisationen, unter anderem auch die ÖDP-Kandidatin Uta Strenger, Initiatorin der Petition „Rettet die Bienen in Sachsen“, hielten drei Monate lang jeweils donnerstags von 16 bis 17 Uhr vor dem S-Bahnhof Wilhelm-Leuschner-Platz eine Mahnwache ab, um darauf aufmerksam zu machen, dass bei Baumfällungen eine naturschutzfachliche Fällbegleitung notwendig sei, um zu verhindern, dass Tiere in Baumhöhlen und Hecken verletzt oder getötet werden und gesetzlich geschützte, wiederkehrend genutzte Lebensstätten ohne Ausgleich verloren gehen.

Im April keimte Hoffnung bei den Umweltorganisationen auf. Über zehn Änderungsanträge wurden für die Ratssitzung am 21.04.2021 vom Stadtbezirksrat Mitte, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD zum Schutz von Klima, Umwelt und Artenvielfalt eingereicht. Gemeinsam hätten Die Linke (17 Sitze), Bündnis 90/Die Grünen (16 Sitze) und die SPD (9 Sitze) die notwendige Mehrheit im Stadtrat gehabt, um einen klima- und artenschutzgerechten Bebauungsplan zu verabschieden. Doch leider kam es anders. Besonders die Grünen und

die SPD bestanden mit Nachdruck auf den Bau einer Markthalle mit Gewerbeflächen und hochwertigeren Wohnungen in den oberen Etagen.

Am 29. April 2021 hat das Bundesverfassungsgericht das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung als in Teilen verfassungswidrig erklärt und damit den Klimaschutz in Deutschland gestärkt. Daraufhin wurden viele Gespräche mit den Anwohnern des Leuschnerplatzes, mit Wochenmarktfahrern, Studenten- und Umweltorganisationen sowie zwischen dem KV Leipzig und dem Landesvorstand geführt und ein Antrag auf ein Bürgerbegehren gestellt. Nach der Genehmigung und Freistellung zusätzlicher Gelder für dieses Projekt durch den LV Sachsen konnte der Rechtsanwalt Johannes Mohr aus München mit der Ausarbeitung des folgenden Abstimmungssatzes beginnen:

„Bürgerbegehren zur klimagerechten Bebauung des Wilhelm-Leuschner-Platzes

Sind Sie dafür, dass die Baugrenzen der Baufelder so weit zurückgesetzt werden, dass die Baufelder umrahmenden Baum- und Strauchbestände auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz als Wanderkorridore für Vögel und Wildtiere erhalten bleiben sowie das südliche Areal innerhalb des Dreiecks Brüderstraße, Windmühlenstraße, Grünwaldstraße als Parkanlage mit gebietsheimischen Bäumen und Sträuchern erhalten und ergänzt wird?“

Seit über drei Wochen (Stand 14. Juni 2021) liegt das Bürgerbegehren nun beim Rechtsamt der Stadt Leipzig



Unverbindliche Idee für eine klimagerechte Bebauung mit einer Markthalle, Naturkundemuseum, juristischer Fakultät, Leibniz Institut für Völkerkunde, Global Hub und Wohnraum für Studenten im minimal versiegelten Wilhelm-Leuschner-Park

zur Prüfung auf Rechtssicherheit vor. Um die Prüfung zu beschleunigen, wird ein offener Brief an den Bürgermeister verfasst und nachgefragt, warum die Prüfung so lange dauert.

Der Kreisverband Leipzig hat jedoch die Wartezeit gut nutzen können. Aus Passau wurden alte Gandhi-Plakate geholt, die der LV Bayern dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hat. Diese wurden mit einem Infoaufkleber für das Volksbegehren ergänzt, was bei rund 800 Plakaten einiges an Arbeitsstunden in Anspruch nahm. Anwohner des Leuschnerplatzes, Wochenmarktfahrer und einfache Mitglieder anderer Parteien und Organisationen haben nach Auslegen für das Bürgerbegehren Ausschau gehalten und wollen beim Sammeln der benötigten Unterschriften mithelfen.

Sobald die Rechtssicherheit des Bürgerbegehrens vom Rechtsamt der Stadt Leipzig bestätigt wurde, können wir mit dem Sammeln der erforderlichen 25.000 Unterschriften beginnen. Da sowohl der KV Leipzig als auch der LV Sachsen sehr klein sind, können wir Unterstützung gebrauchen und bitten um Mithilfe vor allem beim:

- Erstellen eines neutralen Webauftritts, von dem die Unterschriftenliste heruntergeladen werden kann,
- Erstellen und Bearbeiten von kleinen Videoclips, mit denen der Webauftritt interessant gestaltet wird,
- Gestalten eines Fundraising-Flyers für das Bürgerbegehren in Leipzig,
- Spenden für die Umsetzung des Bürgerbegehrens.

Interessierte und hilfsbereite Personen können sich gerne bei Harald Vauk melden: harald.vauk@oedp.de.

So viele Direktkandidaten wie noch nie in Sachsen

Im vergangenen Jahr hat der Landesverband Sachsen seine längste Landesliste zur Bundestagswahl aufgestellt: 16 Personen waren bereit, für die ÖDP Sachsen zu kandidieren – so viele wie noch nie im Freistaat. Nun wurde der nächste Rekord aufgestellt: Dem Landesverband Sachsen gelang es, 13 der 16 Wahlkreise mit Direktkandidaten zu besetzen. So viele Direktkandidaten gab es in Sachsen noch nie! Dies bestätigt den guten Trend, den der recht kleine und junge Landesverband hat, und dass selbst die Corona-Pandemie die Motivation und den Tatendrang der Mitglieder nicht zum Erliegen gebracht hat.

So langsam beginnen die zarten Pflanzen zu wachsen, die vor sechs Jahren unter anderem durch den Landesvorsitzenden Dirk Zimmermann gesät wurden. „Vor vier Jahren hätte noch keiner damit gerechnet, dass sich der Verband so gut und auch in der Breite so stark entwickeln würde“, so Sebastian Högen, der seit der Reaktivierung des Landesverbands 2015 als Landesschatzmeister die Finanzen im Blick hat und verwaltet.

Kontakt: ÖDP Sachsen
Dirk Zimmermann, Landesvorsitzender
info@oedp-sachsen.de, www.oedp-sachsen.de

Thüringen

ÖDP Thüringen bittet um Unterstützung durch andere Landesverbände und deren Mitglieder

Die ÖDP Thüringen möchte bis spätestens Anfang August 2021 ihr erstes Volksbegehren starten. Unter dem Titel „Schlanker Landtag“ zielt es auf eine Verkleinerung des Thüringer Landtags um 32 % von 88 auf 60 reguläre Sitze. Im ersten Schritt müssen für den Antrag auf ein Volksbegehren innerhalb von sechs Wochen 5.000 Unterschriften gesammelt werden.

Der Thüringer Landesvorstand hat sich bereits einige Gedanken zur logistischen Umsetzung gemacht. Dennoch wird diese Sammelleistung nur mit der Unterstützung durch andere Landesverbände und Parteimitglieder zu erbringen sein. Die Thüringer ÖDP-Mitglieder erhoffen sich hierdurch aufgrund der Öffentlichkeitswirksamkeit ein gutes Zweitstimmenergebnis bei der Bundestagswahl. So konnte der Landesverband bereits 2013 mit 0,6 % und 2017 mit 0,5 % im parteiinternen Vergleich gute Ergebnisse erzielen.

Zusätzlich tritt der Landesverband Thüringen erstmals in seiner Geschichte in der Hälfte der acht Bundestagswahlkreise mit Direktkandidaten an. So hoffen die Thüringer ÖDPlerinnen und ÖDPler in Summe der Faktoren bei der Bundestagswahl auf ein Zweitstimmenergebnis in Thüringen von deutlich mehr als 1 %. Dies wird notwendig sein, um bundesweit mindestens 0,5 + X % Zweitstimmen zu erreichen.

Keine Landtagswahl, aber ein Volksbegehren

Da es am 26. September nun doch keine Landtagswahl in Thüringen geben wird, können wir uns ganz auf die Bundestagswahl und das Volksbegehren „Schlanker Landtag“ konzentrieren, um damit möglichst viele Menschen zu erreichen.

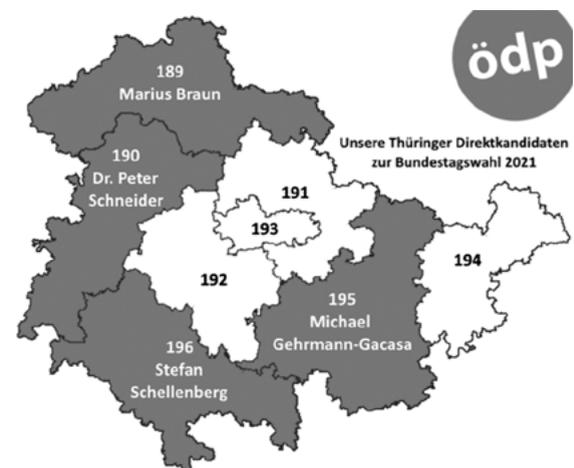
Damit das Volksbegehren gut beworben werden kann, sind wir auch auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Jede Spende hilft, die ÖDP in Thüringen bekannter zu machen.

ÖDP Landesverband Thüringen
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE6170020500009815231
BIC: BFSWDE33MUE

Weitere Informationen zum Volksbegehren „Schlanker Landtag“ finden Sie unter: www.schlanker-landtag.de

Neuer Kreisvorstand im Eichsfeld

Zu guter Letzt gibt es Neuigkeiten aus unserem einzigen Kreisverband (KV) Eichsfeld zu berichten. Am 14. April



Erstmals treten in der Hälfte der Thüringer Bundestagswahlkreise Direktkandidaten für die ÖDP an.

wurde in Gernrode ein neuer Vorstand für den KV gewählt. Marius Braun ist nun Kreisvorsitzender, Karl-Edmund Vogt sein Stellvertreter und Waltraud Döring weiterhin Schatzmeisterin. Wir bedanken uns beim scheidenden Vorstandsmitglied Franz-Josef Mai ausdrücklich und von ganzem Herzen für sein jahrzehntelanges Engagement als einer der Pioniere des Kreisverbands und -vorstands und wünschen dem neuen Kreisvorstand viel Erfolg!

Kontakt: ÖDP Thüringen
Martin Truckenbrodt, Landesvorsitzender
Tel.: (03 67 66) 8 47 90
info@oedp-thueringen.de

Volksbegehren Schlanker Landtag

Am 6. August geht es los.
Jetzt Formulare anfordern!

www.schlanker-landtag.de

ödp

Abschied und Neubeginn

In den vergangenen Monaten hatte der ÖDP-Bundesverband in den Reihen seiner hauptamtlichen Mitarbeiter einen Abgang und zwei Neuzugänge zu verzeichnen.

Andrea Reitzenstein

Verabschieden mussten wir uns Ende Juni von Andrea Reitzenstein, die sich seit 2011 in der Bundesgeschäftsstelle um die Mitgliederverwaltung gekümmert hat. Schwerpunktmäßig war sie für die Bearbeitung von Ein- und Austritten sowie von Protokollen aus allen möglichen ÖDP-Gliederungen zuständig. Wir danken Andrea, dass sie diese Aufgaben mit viel Geduld und Sorgfalt erledigt hat, und wünschen ihr eine glückliche Zukunft.



Andrea Reitzenstein

Carolin Rinke

Die gebürtige Würzburgerin Carolin Rinke bringt sich seit Mitte Januar 2021 engagiert in der Bundesgeschäftsstelle in Würzburg ein – zunächst als Aushilfe und seit Mai offiziell als Nachfolgerin von Andrea Reitzenstein. Mit ihren 33 Jahren bringt die Kaufrau für Bürokommunikation auch Ausbildererfahrungen (AdA/IHK) mit. Carolins Aufgabenbereich in der Bundesgeschäftsstelle ist die Mitgliederverwaltung. Ehrenamtlich ist sie im Tierschutz aktiv und unterstützt die Animal-Shelter in Marokko.



Carolin Rinke

Dr. Claudio Caballero

Seit Mitte Juni 2021 unterstützt zudem Dr. Claudio Caballero als neuer politischer Referent die ÖDP tatkräftig. Zu seinen Aufgaben zählen u. a. die Erstellung politischer Analysen und die Mitarbeit bei strategischen Fragen. Zudem unterstützt er den Generalsekretär Dr.

Claudius Moseler bei der politischen Arbeit sowie als Regionalbeauftragter die beiden Landesverbände im Saarland und in Rheinland-Pfalz.

Claudio hat in Mainz Politik- und Kommunikationswissenschaft sowie Volkswirtschaftslehre studiert, war dann mehrere Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter und leidenschaftlicher Dozent in Mainz und Marburg tätig. Seine Schwerpunkte waren vor allem die Parteien-, Wahlen- und Einstellungsforschung. Promoviert hat er schließlich bei Prof. Dr. Jürgen W. Falter zur gesellschaftlichen Integration von Migranten und deren politischen Einstellungen zur Demokratie.

Anschließend hat Claudio fünfzehn Jahre als Kommunikationsberater mit Schwerpunkt auf Daten-basierten strategischen Analysen die PR-Abteilungen verschiedener Unternehmen, vor allem aus der Automobil- und Logistikbranche, beraten. In den letzten fünf Jahren hat er eng mit den Kommunikationsabteilungen der EU-Kommission, des EU-Parlaments sowie des EU-Rats zusammengearbeitet und ist daher mit deren Themen ebenfalls sehr gut vertraut.

Claudio wohnt mit seiner Frau und seiner 9-jährigen Tochter im schönen Klein-Winternheim, einem kleinen Nachbarort von Mainz, und ist nach mittlerweile 25 Jahren in der Mainzer Region auch in Rheinland-Pfalz verwurzelt – betont aber gerne, dass er im hessischen Groß-Gerau aufgewachsen ist. Geboren ist Claudio in Antofagasta – im heißen Norden Chiles.



Dr. Claudio Caballero

ÖDP-Mitglieder in Zahlen:

Mitglieder im Juni 2021: **8.086**
Mitglieder im Juni 2020: **8.002**
Frauen im Juni 2021: **3.486** (43,1 %)
Mitglieder U-30 im Juni 2021: **579** (7,2 %)



Mobilfunk

„5G muss entweder überarbeitet werden oder verschwinden!“

Der renommierte Physiker, ehemalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments und aktuelle Beisitzer im ÖDP-Bundesvorstand Prof. Dr. Klaus Buchner und die Umweltmedizinerin Dr. med. Monika Krout, Autoren des Buchs „5G-Wahn(sinn)“, wollen über die Risiken der neuen Mobilfunkgeneration und die fragwürdige deutsche Grenzwertpolitik aufklären sowie den Weg zu verträglicheren Technologien aufzeigen.

Interview mit Dr. med. Monika Krout und Prof. Dr. habil. Klaus Buchner

ÖkologiePolitik: Seit vielen Jahren untersuchen Sie die mess- und sichtbaren Einflüsse des Mobilfunks auf Mensch und Natur. Welche Auswirkungen sind hier festzustellen?

Prof. Dr. Klaus Buchner: Das sind zunächst die Schäden für die Ge-

Mobilfunkgeneration 5G an. Was ist wirklich neu an 5G? Und wo sehen Sie die Probleme?

Bei 5G werden besonders die hohe Geschwindigkeit der Datenübertragung und die geringe Latenzzeit gepriesen. Man kann beispiels-

aber nicht unbedingt nötig. Probleme sehe ich vor allem bei der kurzzeitigen, aber extrem hohen Strahlung, die mit 5G verbunden ist.

Die meisten Menschen vertrauen darauf, dass die vom Gesetzgeber vorgegebenen Grenzwerte für Mobilfunkstrahlung ihre Gesundheit schützen. Wer gibt diese Grenzwerte vor, und wie beurteilen Sie ihre Verlässlichkeit?

Unsere Grenzwerte werden von einem industriennahen privaten Verein, dem ICNIRP e.V., vorgeschlagen, der seinen Sitz im Amtsgebäude des Bundesamts für Strahlenschutz hat. Sie beruhen auf der irrigen Annahme, dass die einzigen Strahlenschäden durch die Erwärmung des Gewebes hervorgerufen werden, die ähnlich wie in der Mikrowelle ent-

steht. Diese Annahme ist aber seit Jahrzehnten widerlegt.

Frau Dr. Krout, als Ärztin sind Sie direkt mit dem Thema „Strahlungs-krankheiten“ konfrontiert. Welche Beschwerden und Erkrankungen begegnen Ihnen in der Praxis?

Dr. med. Monika Krout: In meiner Praxis klagen immer mehr Kinder und Erwachsene über starke Kopfschmerzen, Rückenschmerzen sowie Schlaf- und Konzentrationsstörungen. Untersuchungen zeigen, dass die meisten dieser Betroffenen eine deutliche Linderung der Beschwerden haben, wenn sie das WLAN zu Hause ausschalten und die Funkstrahlung deutlich minimieren. Als Langzeitschäden der Strahlung sind zudem immer mehr Gehirn- und Augentumoren sowie schwere Durchblutungsstörungen an den Fingern und Zehen festzustellen.

Ein Schwerpunkt Ihrer Forschungen liegt auf der sogenannten Elektrohypersensibilität (EHS). Wie kam es zu diesem besonderen Interesse? Und welche Erwartungen oder Befürchtungen haben Sie für Betroffene in Bezug auf 5G?

Mein Ehemann bekam durch Handy-, WLAN- und Sendemaststrahlung zunächst Gleichgewichtsprobleme und Migräne, später unmittelbar durch die starke Funkstrahlung epileptische Anfälle. Im funkfremen Raum hingegen war er beschwerdefrei. Über drei Jahre lang konnte er unser Haus nicht mehr verlassen. In dieser Zeit lernte ich viele Betroffene mit ähnlichen Problemen kennen. In der Hoffnung, dass diese Menschen wieder aus dem „Lockdown“ kommen könnten, forsche ich nun nach den Ursachen. Nur wenn das Wesen einer Erkrankung bekannt ist, kann diese gezielt behandelt werden. Mein Ehemann ist leider verstorben. Die Sendemaststrahlung neben unserem Haus wurde erhöht, während er abends kochte; dem letz-



Foto: Dr. Med. Monika Krout

Dr. med. Monika Krout, (geb. 1963) studierte Medizin in Marburg. Nach ihrer Promotion war sie mehrere Jahre als Ärztin in der Abteilung für Kinderonkologie an der Kinderklinik der Universität Köln tätig; Forschungsstipendien am renommierten Münchner Max-Planck-Institut und am UTHHealth (University of Texas Health Science Center) in Houston erlaubten ihr den Ausbau ihrer Kenntnisse in den Bereichen Onkologie und Hämatologie. Seit 1993 betreibt sie als Fachärztin für Allgemeinmedizin eine naturheilkundlich orientierte Praxis in Aachen. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit sind Forschungen zu Elektrohypersensibilität; insbesondere untersucht sie den Zusammenhang von Mobilfunkstrahlung und Herzratenvariabilität.

Monikrout@gmail.com

ten epileptischen Anfall folgte eine tödliche Gehirnblutung. Ich wünschte mir, dass vielen Menschen das Leid erspart bliebe, welches meine drei Kinder und ich erfahren haben. Falls 5G weiter ausgerollt wird, befürchte ich, dass die Zahl der betroffenen Familien um ein Vielfaches steigen wird.

Herr Prof. Buchner, Sie beraten seit Langem auch Bürgerinitiativen, die sich für die Gesundheit der Bevölkerung und mehr Rücksicht auf die Umwelt starkmachen. Was kann eine



Foto: Simone Lettenmayer

Prof. Dr. Dr. habil. Klaus Buchner (geb. 1941) studierte Physik in München und erwarb in Edinburgh (Schottland) sein „Diplom in der Physik der Elementarteilchen“. Ab 1965 arbeitete er u. a. am Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik in München, wo er in Physik promovierte, sowie am europäischen Forschungszentrum CERN in Genf. Seine Forschungen führten ihn auch an die Universitäten in Kyoto (Japan) und Chandigarh (Indien). Von 1973 bis zu seiner Pensionierung 2006 war Klaus Buchner zuerst Dozent, dann Professor an der mathematischen Fakultät der Technischen Universität München. Seit 1979 ist er Mitglied der wissenschaftlichen Akademie Accademia Peloritana dei Pericolanti in Messina, 1992 erhielt er die Goldene Verdienstmedaille der Universität Breslau. Seit über 20 Jahren berät er Mobilfunk-Bürgerinitiativen und hält heute deutschlandweit Vorträge über den 5G-Mobilfunk. Klaus Buchner war von 2014 bis 2020 Abgeordneter des Europäischen Parlaments für die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) und lebt heute in München.

www.mobilfunk-aber-modern.de

Gemeinde tun, um die Strahlungsbelastung vor Ort zu reduzieren?

Prof. Dr. Klaus Buchner: Jede Gemeinde kann im Flächennutzungs-

Die meisten der Betroffenen haben eine deutliche Linderung ihrer Beschwerden, wenn sie das WLAN zu Hause ausschalten.

sundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen. Wir kennen die biophysikalischen Mechanismen, wie die Strahlung auf die Zellen wirkt. Weil praktisch alle Arten von Zellen betroffen sind, sind auch die durch die Strahlung erzeugten Krankheiten sehr vielfältig. Darunter finden wir Kreislaufprobleme, verminderte Fruchtbarkeit, Krebs und Erbschäden. Speziell bei 5G und dem „Internet der Dinge“ kommt als weiteres Problem hinzu, dass damit eine perfekte Überwachung möglich wird. Außerdem darf man hier den enormen Energieverbrauch und die Zehntausenden von Satelliten nicht vergessen, die für 5G nötig sind.

Die großen Mobilfunkkonzerne preisen derzeit die Vorzüge der fünften

weise in einer Minute mehr Filme aus dem Netz heruntergeladen, als man sein ganzes Leben ansehen kann. Für manche industrielle Anwendung kann 5G Vorteile bringen. Für autonom fahrende Autos ist 5G praktisch,



Foto: Laktionov Filimonov/Shutterstock.com



plan beispielsweise für Wohngebiete niedrige Grenzwerte festlegen. Genau genommen ist sie sogar dazu verpflichtet, weil außer der Bundesregierung nur sie das Vorsorge-

biologisch verträgliche Werte sehe ich keinen Weg. Deshalb muss 5G entweder überarbeitet werden oder verschwinden. Es geht nicht an, die Gesundheit der Menschen zu opfern,

Es geht nicht an, die Gesundheit der Menschen zu opfern, damit sich die Investitionen der Industrie lohnen.

prinzip verwirklichen kann, das im Grundgesetz und in den EU-Verträgen verankert ist.

In mehreren deutschen Großstädten ist 5G bereits gestartet. Gibt es denn überhaupt noch ein Zurück? Und welche Maßnahmen kann der Einzelne jetzt ergreifen, um sich und seine Mitmenschen zu schützen?

5G benötigt für jede Übertragung kurzzeitig eine sehr hohe Strahlung. Für ein Umrüsten dieser Technik auf

damit sich die Investitionen der Industrie lohnen. Schützen kann man sich gegen die Strahlung in vielen Fällen durch Abschirmungen. Material dazu wird von mehreren seriösen Firmen angeboten. Das Problem dabei ist nur, dass das sehr viel Geld kostet und deshalb nicht jedem und jeder zur Verfügung steht.

Sie lehnen mobile Kommunikation nicht generell ab, sondern halten die eingesetzte Technik für rückständig.

Welche Alternativen würden Sie empfehlen?

Selbst mit konventioneller Technik kann man die Strahlenbelastung ganz wesentlich senken, wenn es sich um 2G, 3G und 4G handelt. Die Stadt St. Gallen in der Schweiz hat gezeigt, dass ein 50.000stel des deutschen Grenzwerts (bezogen auf die Leistung) genügt, um überall ein schnelles Internet anzubieten. Nachdem aber künftig der Trend zu noch schnelleren Übertragungen geht, wird man zwangsläufig auf Infrarot- oder Lichttechnik übergehen müssen. Solche Systeme stehen heute schon zur Verfügung. Sie sollten statt der 5G-Verbindungen für kurze Strecken eingesetzt werden. Wenn sie richtig angewendet werden, sind damit keine Gesundheitsschäden zu erwarten.

Prof. Dr. Klaus Buchner und Dr. Monika Krout, vielen Dank für das Interview.

Wie gefährlich ist Mobilfunk im Allgemeinen und 5G im Speziellen? Und was können wir tun, um uns zu schützen?

Die starke Mobilfunkstrahlung in unserem Land macht zunehmend mehr Menschen krank; schon mindestens zwei Prozent der deutschen Bevölkerung gelten heute als elektrohypersensibel. Aber auch an Tieren und Pflanzen zeigen sich immer öfter Erkrankungen und nachhaltige Schädigungen. Dabei handelt es sich nicht um lose Vermutungen, sondern um harte, studienbasierte Fakten.

Der angesehene Physiker Prof. Dr. Klaus Buchner informiert in seinem spannenden, leicht verständlichen und fundierten Buch über Hintergründe und Gefahren

des Mobilfunks, insbesondere auch des neuen 5G-Standards. Dazu zieht der ehemalige Europaabgeordnete zusammen mit der Umweltmedizinerin Dr. med. Monika Krout seriöse Studien und Fallbeispiele heran, über die bisher kaum berichtet wurde. Buchner ist kein Feind von Technik und Mobiltelefonie, macht aber keinen Hehl daraus, dass Funkstrahlung nachweislich schädigt und die neue Mobilfunkgeneration 5G katastrophale Auswirkungen für uns alle haben kann.

Das Buch möchte die Leserinnen und Leser ermutigen, sich eine eigene Meinung zu bilden, und zeigt Wege auf, wie durch alternative tech-

nische Lösungen die Strahlung auf einen Bruchteil reduziert werden könnte. Außerdem gibt der Mobilfunkexperte konkrete Empfehlungen, wie jeder Mensch – teils mittels einfacher und kostengünstiger Maßnahmen – Strahlung reduzieren kann.

BUCHTIPP

Prof. Dr. Klaus Buchner,
Dr. med. Monika Krout
5G-Wahn(sinn)

- Die Risiken des Mobilfunks
- Das gefährliche Spiel mit den Grenzwerten
- Die strahlungsarmen Alternativen

Mankau-Verlag
Mai 2021, 255 S.

16,95 Euro (D) / 17,50 Euro (A)
978-3-86374-608-7



Was kann ich noch tun? Was können wir alle noch tun?

Den WWF-Klimarechner gezückt, schnell alle CO₂-Umweltthemen durchgerechnet und da sehe ich meinen persönlichen Footprint: „Würde die gesamte Weltbevölkerung so vorbildlich leben, bräuchten wir nur 2,01 Planeten Erde.“ Uff, da muss ich schlucken!

Das erinnert mich an den „Earth Overshoot Day“ der u. a. in Maja Göpels Buch „Unsere Welt neu denken: Eine Einladung“ zitiert wird. Die Einladung nahm ich gerne an und so hinterfragte auch ich unser gegenwärtiges Handeln z. B. im Kontext der Wirtschaft (unter anderem: Warum immer nur weiteres Wachstum propagieren?), aber auch in der individuellen Lebensgestaltung (bei jedem zu Hause), ob das so lang-

getarisch umzustellen, Stoffwindeln zu benutzen statt Wegwerfwindeln, auf energieeffiziente Geräte zu setzen, Verpackungsmüll zu reduzieren usw., sind ebenso bekannt, führen aber bei vielen dennoch zu keiner oder nur zu geringen Veränderungen. Was wäre, wenn wir alle noch eine oder zwei Schippen drauflegen?

Würde sich dann Aristoteles nicht selbst an seinen Spruch „Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile“



Rainer Pal, Großhabersdorf/Bayern

Wäre es hierzu nicht sinnvoll, einen eigenen ÖDP-CO₂-Rechner aufzusetzen, der die verschiedenen Beispiele (u. a. die oben genannten) mit CO₂-Werten versieht? Das Problem vieler Menschen ist doch, dass sie ihren CO₂-Fußabdruck und dessen Bedeutung schlichtweg nicht kennen, dass sie noch zu wenig sensibilisiert oder informiert sind für solche Umweltthemen. Ich sehe die Chance, diesen Rechner deutschlandweit bekannt zu machen. Damit würden wir unsere potenziellen Wähler auf einen einheitlichen Informationsstand bringen und gleichzeitig unseren Bekanntheitsgrad erhöhen sowie unsere Bedeutung im Kampf gegen den Klimawandel unterstreichen. Dies kann uns weitere Wählerstimmen bringen.

Nicht nur das Buch von Maja Göpel, sondern auch jenes von Dirk Rossmann las ich kürzlich. Der in der Zukunft spielende Thriller handelt von den starken G3, also Russland, China und USA, die den Klimaschutz länderübergreifend durchsetzen wollen (andere Alternativen scheiterten), und das mit aller erdenklichen politischen Macht. Ein darin geschilterter Gedanke hängt mir nach: Im Jahr 2100 gilt es als befremdlich und



Das Ergebnis von Rainer Pal im WWF-Klimarechner

fristig noch funktionieren kann. Und viele sind sich schon längst darin einig, dass es nicht funktionieren kann, aber warum fangen wir nicht an, nach Jahrzehnten dieser Erkenntnis endlich Verhaltensänderungen vorzunehmen?

Zahlreiche Beispiele, wie mit dem Rad in die Arbeit zu fahren, bewusst seine Ernährung auf vegan oder ve-

erinnert fühlen? Das heißt, wenn viele Einzelpersonen gemeinschaftlich anfangen oder vermehrt anfangen zu handeln, dann ist das Endergebnis mehr als die Summe aller Einzelmaßnahmen. Gerade im Hinblick auf die jüngste Generation haben wir eine große Verantwortung und müssen konsequent in ein positives Vorleben kommen.



verwunderlich, dass die Menschen um das Jahr 2020 noch echtes Fleisch aßen, obwohl der Umweltfaktor längst bekannt war. In der dargestellten Zukunft gibt es nur CO₂-neutrales Kunstfleisch. Eine weitere zentrale Botschaft in dem Buch war, dass Corona nicht die gravierendste Krise der Menschheit sein wird, sondern der Kampf gegen den Klimawandel.

Zugegeben, auch ich bin noch mitten im Prozess einer Verhaltensänderung. So esse ich zwar überwiegend vegetarisch (ca. 95 %), aber die letzten Prozente fehlen noch, wobei es mittlerweile wirklich gute Ersatzprodukte gibt. Dabei spricht doch nicht nur beim Thema Ernährung viel für einen Wandel.

Mit diesen Gedanken möchte ich uns alle einladen, in eine Art Reflexion zu gehen: Wo steht jeder Einzelne von uns? Wollen wir das messen und nach ein paar Monaten den Rechner noch mal starten und prüfen, ob wir uns verbessert haben?

Wenn wir unsere Erfahrungen mit Veränderungen im Lebensstil z. B. auf unserer Mitgliederplattform orangeaktiv mit anderen ÖDP-Mitgliedern teilen, können wir uns gegenseitig inspirieren, ermutigen und voneinander lernen.

Gutes tun und andere motivieren

In jeder Ausgabe der ÖkologiePolitik können maximal zwei ÖDP-Mitglieder von ihrem Einsatz für Mensch und Umwelt berichten. Wenn Sie gerne von sich und Ihrem Engagement erzählen möchten, freuen wir uns auf Ihren Text in der Länge von ca. einer halben DIN-A4-Seite. Fügen Sie bitte ein Foto bei, von dem Sie die Bildrechte haben.

Schicken Sie Ihren Beitrag per E-Mail an: kommunikation@oedp.de

oder per Post an:
ÖDP-Bundesverband
Stichwort: „Mitgliedergeschichten“
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg

In 35 Jahren von der Alleinkämpferin zur dankbaren Ortsvorsitzenden

Nachdenklich geworden durch den ersten Bericht an den Club of Rome 1972 und „Das Prinzip Verantwortung“ von Hans Jonas Anfang der Achtziger, war Tschernobyl 1986 für mich der Anlass, politisch aktiv zu werden – zunächst bei den Müttern gegen Atomkraft e. V., Mehr Demokratie e. V. und der ÖDP. Bäckermeister Paul Fiegert, konsequenter Umwelt- und

Bahnhof neben den Schranken steht ein Schaukasten, der der ÖDP vor etwa 40 Jahren kostenlos durch die Gemeindeverwaltung genehmigt wurde. Für Fußgänger ist er sehr gut einsehbar. Da er aber aus Holz gebaut ist, verführt er manch bierseligen S-Bahn-Heimkehrer dazu, die eigenen Kräfte daran zu erproben. Zum Glück fand ich für das Reparieren und



Ursula Esau und Werner Wolf vor dem ÖDP-Schaukasten am Ottobrunner Bahnhof

Tierschützer, gründete den ÖDP-Ortsverband in Ottobrunn und führte mich in die Parteiarbeit ein. Obgleich ich nie ein politisches Mandat erreichte, wurde ich durch viele ÖDP-Aktivitäten vor Ort und die Volksbegehren, bei denen ich mächtig mitwuselte, in unserer etwa 20.000 Einwohner zählenden Gemeinde bei politisch Interessierten im Laufe der Jahrzehnte zum ÖDP-Gesicht.

Ein besonderes Eigenlob möchte ich nicht vergessen: Am Ottobrunner

Wiederaufrichten immer geschickte ÖDP-Sympathisantinnen und -Sympathisanten. Diesen Schaukasten versorge ich – wenn auch nicht professionell – seit Jahrzehnten. Siehe auch das Foto mit Herrn Wolf.

Zwischendurch übernahm ich auch mal den ÖDP-Kreisvorstand, wenn sich dafür niemand sonst bereitfand. Mein fast an Dummheit grenzender Optimismus hat mir immer geholfen. Gern fuhr ich als Delegierte zu Landes- und Bundespartei-



Ursula Esau, Ottobrunn

tagen. Auf den langen Bahnfahrten tauschten wir Erfahrungen aus und am Parteitagort stärkten mich die vielen aktiven ÖDP-Mitglieder aus ganz Deutschland.

In meiner Heimat konnte ich zwar einige überzeugte Mitglieder werben, fühlte mich vor Ort aber lange Zeit als Alleinkämpferin. Erst mit der Kandidatensuche für die Kommunalwahl 2020 trat eine Wende ein: Marcel Prasser wurde ÖDP-Gemeinderat, Werner Wolf intelligenter und praktischer Auftrieb im Orts- und Kreisverband und Yannick Rouault bewirbt sich heuer als Bundestagsdirektkandidat. Nun kann ich mich als uralte und dankbare Ortsvorsitzende zurücklehnen.

Wenn mein Mann bei kontroversen Diskussionen nicht mehr weiterweiß, meint er oft: „Ach, du hast wieder deine ÖDP-Brille auf.“ Ja, die 35 Jahre ÖDP haben mich geprägt. Vielleicht erlebe ich noch, dass die ÖDP als erfolgreichste Oppositionspartei Deutschlands in den Bayerischen Landtag einzieht.

Kontakt: Ursula Esau
ursula.esau@mucl.de

Sie möchten uns etwas mitteilen?

- Ich möchte eine E-Mail-Adresse von der ÖDP erhalten.
- Ich möchte alle Rundschreiben der ÖDP per E-Mail erhalten.
- Ich möchte alle Pressemitteilungen der ÖDP per E-Mail erhalten.
- Bitte senden Sie E-Mails zukünftig an diese Adresse:

- Ich möchte einen Zugang zur **ÖDP-Mitgliederplattform „orangeaktiv“** erhalten.
- Ich möchte die **ÖkologiePolitik** in digitaler Form bestellen.
- Ich brauche Unterstützung, und zwar:

- Meine **Kontaktdaten** haben sich geändert:

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

- Meine **Bankverbindung** hat sich geändert:

IBAN

BIC

Name der Bank

Kontoinhaber

Ort, Datum

Unterschrift

Hinweis: Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an datenschutz@oedp.de widersprechen.



Bitte ausschneiden und senden an die
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommerngasse 1, 97070 Würzburg

Bundesarbeitskreis Frauen

Mehr Mitglieder und neue Formate der Kommunikation und Zusammenarbeit

Der Schwung unter der neuen Leitung, Redebedarf zu wahlkampfrelevanten Themen und die notwendige Festlegung des zukünftigen gemeinsamen Handelns waren Gründe genug, um zu einer weiteren digitalen Mitgliederversammlung im Jahr 2021 einzuladen.

Die Vorstandschaft rund um die Vorsitzende Julia Prantl konnte am 24. Mai 2021 insgesamt 16 Mitglieder und einen Gast per Videokonferenz begrüßen. Erstmals in der Geschichte des BAK waren auch zwei männliche Mitglieder anwesend. In ihrem Rückblick konnte Julia Prantl eine weitere Erhöhung der Mitgliedszahlen auf nunmehr 48 feiern. Besonders erfreulich ist, dass jetzt Mitglieder aus 12 Bundeslän-

dern an Bord sind. Hier erwies sich das Online-Format eindeutig als hilfreich.

BAK-Mitglied Manuela Ripa, MEP, berichtete in ihrem Grußwort über ihre Motivation zur Kandidatur für das Europäische Parlament und ihre dortigen Erfahrungen als Frau mit Kindern.

Julia Prantl blickte auf die Aktivitäten seit ihrer Wahl zur 1. Vorsitzenden im Februar 2021 zurück. Vor-

allem hatte es für Mitglieder und Interessierte einen digitalen Workshop mit sehr aktiver und zahlreicher Beteiligung zu zwei kontrovers diskutierten Themen gegeben: Quoten und Erziehungsgehalt.

Nachdem Julia Prantl ihre Eindrücke von der Bundesversammlung der JÖ geschildert hatte, berichtete die stellvertretende Vorsitzende Roswitha Bendl über die Wahlen und Beschlüsse vom 59. (Online-)Bundesparteitag.

Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt waren die Diskussion und der Beschluss zum angestrebten Beitritt des BAK Frauen zum Bündnis Nordisches Modell. Corinna Grimm (vgl. ihren Beitrag in der letzten ÖP) berichtete zum Thema und warb bei den anwesenden Mitgliedern dafür, sich für einen Beitritt auszusprechen. Dieser Empfehlung folgten die BAK-Mitglieder mit großer Mehrheit. In Absprache mit dem Bundesvorstand könnte Julia Prantl als Ansprechpartnerin entsandt werden.

Vorgestellt wurde auch der gemeinsam erarbeitete Textentwurf für den Flyer „Geschlechtergerechtigkeit“. Dieser wurde während der Versammlung noch im Hinblick auf den Themenpunkt Nordisches Modell ratifiziert. Die beschlossene Endversion wurde an den Bundesvorstand weitergeleitet und kann hoffentlich bald in Printform begutachtet werden.



Julia Prantl (links) und Manuela Ripa beim Bundesparteitag in Suhl

Foto: Julia Prantl



Bündnispartnerinnen Arbeitsgruppen Das Nordische Modell Über uns Bündnistagung 2020 in Bonn Informationen



Bündnis Nordisches Modell ist offiziell am 21.03.2021 gegründet worden!



Die BAK-Mitglieder sprachen sich mit großer Mehrheit für einen Beitritt des BAK Frauen zum Bündnis Nordisches Modell aus.

Für die Arbeit in der laufenden Periode bis 2022 wurden die Top-5-Themen ausgewählt und priorisiert: Geschlechtergerechte/Gewaltfreie

Aus Zeitgründen konnte der Tagesordnungspunkt zur Festlegung der Aufgaben und Arbeitsweisen nicht mehr abschließend diskutiert

verwies außerdem auf die satzungsgemäßen Aufgaben der BAKs.

Zu guter Letzt lud Julia Prantl zur Teilnahme an zwei Aktionen im Rahmen des Bundestagswahlkampfes ein: das Bienenspektakel, initiiert von Charlotte Schmid, und die 1. Tour d'ÖDP, eine Radtour von München nach Berlin, organisiert von Petra Hennecke. Die Vorsitzende freut sich im Namen des BAK Frauen auf rege Teilnahmen an diesen öffentlichkeitswirksamen Formaten zum Ausdruck von Geselligkeit und parteiinternem Zusammenhalt.

Für Mitglieder und Interessierte gab es einen digitalen Workshop zu Quoten und Erziehungsgehalt.

Sprache für die ÖDP, Care-Ökonomie/Pflege- und Erziehungsgehalt, Klimawandel und Frauen sowie Frauen in der Arbeitswelt und Parität in den Parlamenten.

und finalisiert werden. Julia Prantl hatte im Vorhinein in ihrer Präsentation einige Vorschläge gemacht, über die mit einem Live-Umfragetool abgestimmt wurde. Roswitha Bendl

Foto: Julia Prantl

Bundesarbeitskreis Mobilfunk

Quarks – 5G, ICNIRP, EHS und anderes

Der Bundesarbeitskreis Mobilfunk begann nach der Überarbeitung des Mobilfunkkapitels im Bundespolitischen Programm mit der Vorbereitung von Texten für die ÖDP-Homepage. Diese sollen Interessierte über unsere Haltung zu Mobilfunk informieren sowie zu einzelnen Themen auf den neuesten wissenschaftlichen Stand bringen und breitere Argumentationslinien für Mitglieder verfügbar machen.

Hinzu kamen termingebundene Textarbeiten wie die Mitarbeit am Bundestagswahlprogramm und die Unterstützung für das Landesprogramm Berlin zur Digitalisierung. Außerdem wurden Werbemittel, wie z. B. Flyer, besprochen und erstellt und eine eigene Plakataktion in die Wege geleitet.

Als im April eine die 5G-Strahlung verharmlosende Sendung des WDR-Magazins „Quarks“ gezeigt wurde, hat der BAK eine große Welle an Beschwerden mit ausgelöst. Viele Elektrosensible, ÖDP-Mitglieder, Wissenschaftle-

Am 16. Juni wurde auf das
Schicksal der Elektrohypersensiblen
aufmerksam gemacht.

rinnen und Wissenschaftler haben dies mitgetragen und an einzelne Akteure der Sendung sowie WDR und Intendanten geschrieben. Die Sendung hatte in einer nicht gekannten frechen sowie allen wissenschaftlichen und ethischen Grundsätzen widersprechenden Weise die breite Bevölkerung getäuscht statt sachlich zu informieren. Das „Quarks“-Team hatte mit manipulativen und gefährlichen Versuchsaufbauten darauf gezielt, gesundheitliche Bedenken zu zerstreuen. Im Juni wurde ein ausführlicher offener Brief der Organisationen „Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch, Umwelt und Demokratie e. V.“ und „Diagnose-Funk – Umwelt- und Verbraucherorganisation zum Schutz vor elektromagnetischer Strahlung e. V.“ an den WDR verbreitet.

Der BAK bemüht sich derzeit um Kontaktaufbau zu Medienvertretern, um die Verstrickungen der ICNIRP (International Commission on Non-Ionizing Radiation Protection e. V.) mit dem Bundesamt für Strahlenschutz und der Industrie besser bekannt zu machen – auch über die Bücher von Prof. Dr. Klaus Buchner. Die ICNIRP beeinflusst die Festlegung der Grenzwerte nicht anhand



Leere Stühle stehen sinnbildlich für Menschen, die nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

des Vorsorgeprinzips menschen- und umweltfreundlich, sondern durch die nachgewiesenen Verbindungen zur Industrie lobbyfreundlich.

Weiterhin entstand zum 16. Juni, dem Internationalen Tag der Elektrohypersensiblen (EHS), eine Presseerklärung, um auch in Deutschland mehr Aufmerksamkeit auf das Schicksal dieser Menschen zu lenken. In Aktionen machen Angehörige und Freunde von Elektrohypersensiblen durch leere Sitze oder nicht verwendete Schuhe auf die Menschen aufmerksam, die wegen der allgegenwärtigen starken Strahlungsbelastung am gesellschaftlichen Leben nicht mehr teilnehmen können.

Für die nächsten Monate sind zu diversen Themen Webinare geplant, um etwa Alternativen zu intensiven Strahlungsformen aufzuzeigen.

Bundesarbeitskreis Wirtschaft und Finanzen

Gemeinwohlökonomie
für die Landespolitik

Während der Corona-Pause fand ein virtuelles Meeting des BAK Wirtschaft und Finanzen statt. Derzeit arbeitet eine Arbeitsgruppe an der Überarbeitung des Kapitels „Wirtschaft/Arbeit/Finanzen“ des Landespolitischen Programms der ÖDP NRW zur Landtagswahl 2022. Hierbei wird insbesondere die „Gemeinwohlökonomie“ auf die Landespolitik heruntergebrochen. Bisher fanden hierzu fünf Sitzungen der Arbeitsgruppe statt. Die ÖDP NRW bedankt sich bei den Freunden aus Bayern für die wertvolle Mitwirkung.

Wachstum ohne Grenzen?

Das wollen wir für unsere Wirtschaft nicht!

Dennoch müssen WIR als Partei weiter wachsen. Nur so können wir unsere Anliegen in die Politik tragen. Dafür brauchen wir noch mehr engagierte Mitglieder. Helfen Sie durch Ihren ÖDP-Beitritt mit, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu verstärken, damit der Verbrauch an Energie und Rohstoffen, an Wasser und sauberer Luft, an Natur und Steuermitteln deutlich gesenkt wird.

Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

reguläre Mitgliedschaft Schnuppermitglied

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X
Name

X
Vorname

X
Straße/Hausnr.

.....
Kreis

X
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax

.....
Mobil

.....
E-Mail

.....
Beruf

X
Geburtsdatum

Der Beitritt wurde mir empfohlen von

Frühere Parteimitgliedschaften:

..... von bis

..... von bis

Aktuelle Parteimitgliedschaft(en):

.....
Name der Partei(en)

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat
- Familienbeitrag von 7,00 Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert auflisten)
- Seniorenbeitrag von 3,50 Euro pro Monat
- ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)
- Ich zahle freiwillig 18 Euro/Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
- Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.
- Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:
- jährliche halbjährliche Abbuchung

.....
Kontoinhaber(in)

.....
Name der Bank

.....
Konto-Nr. BLZ

.....
BIC

.....
IBAN

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung JÖ – jung.ökologisch“ sein (nur Personen unter 33 Jahren).

X
Datum

X
Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle | Pommerngasse 1 | 97070 Würzburg
Tel.: (0931) 40486-0 | Fax: -29 | info@oedp.de | www.oedp.de

ödp

JÖ – jung.ökologisch, 15.06.2021

Klimaneutralität bis 2030 – frischer Wind in der Jugendorganisation der ÖDP

Erstmals in ihrer Geschichte wählen JÖ – jung.ökologisch Frau und Mann in Doppelspitze

Voller Begeisterung und mit einer neuen Vision startet der frisch gewählte Bundesvorstand der JÖ (Jugendorganisation der ÖDP) in die nächsten zwei Jahre. „Wir sind die Generation des Wandels! Gemeinsam erschaffen wir eine klimagerechte und lebenswerte Zukunft für alle“, so die neue JÖ-Co-Vorsitzende Emilia Kirner. „Miteinander statt Gegeneinander ist dabei unser oberster Grundsatz“, ergänzt Co-Vorsitzender Tim-Oliver Kray. Außerdem wurden gewählt: 1. Stellvertreterin Cornelia Wiedorn, 2. Stellvertreterin Jessica Burkhardt und als Beisitzerinnen und Beisitzer Felix Ley, Lisa Lösel, Jan-Philipp van Olfen, Anastasia Kühn, Michael Baderschneider und Rosa Marghescu.

Am 11. Juni wurde der neue JÖ-Bundesvorstand per Briefwahl bestätigt und fand sich am folgenden Wochenende zur ersten konstituierenden Sitzung in Würzburg zusammen. Mit Emilia Kirner und Tim-Oliver Kray hat die



JÖ das erste Mal in ihrer Geschichte eine Doppelspitze gewählt. „Bisher haben Tim und ich schon sehr gut im Vorstand zusammengearbeitet. Als Doppelspitze sind wir nun doppelt so schlagkräftig“, sagt Emilia Kirner. In einer hitzigen Debatte wurde außerdem für eine Namensänderung der Jungen Ökologen zu „JÖ – jung.ökologisch“ gestimmt. „Eine gendergerechte Sprache ist ausschlaggebend für ein wertschätzendes Miteinander“, betont Rosa Marghescu.

Was ist die JÖ?

Die JÖ bildet die Jugendorganisation der ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei) und tritt für die Interessen der jungen ökologisch denkenden Menschen ein. Zu ihren Hauptzielen gehört Klimaneutralität bis 2030 zum

Erreichen des 1,5-Grad-Ziels und eine Wirtschaft, von der Mensch und Natur profitieren.

Bayern, 04.05.2021

„Mehr Moor wagen reicht nicht!“

Die stellvertretende bayerische ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker, die das Artenvielfalt-Volksbegehren initiiert hat, begrüßt die Pläne der Staatsregierung zur großflächigen Wiedervernässung im Donaumoos. „Im Kampf gegen die Klimaüberhitzung und das Artensterben ist



dieses Projekt von großer Bedeutung. Es kann aber nur der Auftakt sein für eine wirksamere Klimaschutzpolitik, die das Bundesverfassungsgericht eingefordert hat. Mehr Moor wagen reicht nicht. Wir brauchen ein wirklich ambitioniertes und konkret wirksames Klimaschutzgesetz“, fordert Becker.

Bayern, 02.06.2021

Keine halben Sachen: Transformationsprogramm statt LEP-Teilfortschreibung!

Die Bayerische Staatsregierung bereitet derzeit eine intransparente Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) vor. Wie bisher üblich, sollen auch dieses Mal die Kommunen erst im vorletzten Akt des Verfahrens förmlich eingebunden werden – wie die Erfahrung zeigt, ist dann allerdings kaum noch etwas zu verbessern oder zu korrigieren.

Der bayerische ÖDP-Landesvorstand fordert in einem Brief an Ministerpräsident Markus Söder angesichts der besonderen historischen Lage einen völligen Neustart der Landesplanung und der Landesentwicklung: „Wir brauchen keine halben Sachen wie eine Teilfortschreibung des LEP, sondern einen mutigen, umfassenden Diskussionsprozess mit dem Ziel, für den Freistaat Bayern ein öko-

soziales Transformationsprogramm aufzustellen“, heißt es in dem Schreiben. Das bedeutet: „Klimaneutralität in allen Bereichen, Beendigung des Flächenverbrauchs, proaktiver Schutz der Arten- und Lebensraumvielfalt sowie Erhalt und Stärkung mittelständischer und regionaler Versorgungsstrukturen“.

Konkret fordert die ÖDP die Durchführung von Diskussionsforen in den 18 Planungsregionen des Freistaates, um die gesamte Öffentlichkeit und den Fachverband der kommunalen Verantwortungsträger für den Transformationsprozess zu gewinnen. Die ÖDP hat hierzu in zahlreichen Kreisverbänden lokale Aktionen gestartet. Info: (08 51) 93 11 31.

Bayern, 17.03.2021

„Ich sprüh's auf jede Wand“

Die bayerische ÖDP sieht die Gefahr, dass der Masken-Skandal, ausgelöst von mehreren Abgeordneten der CDU/CSU, das Vertrauen in die politische Führung des Landes insgesamt dauerhaft erschüttert.

Nur ein runderneuerter Verhaltenskodex und ein Ver-



bot von Konzernspenden an Parteien könne das Ansehen der Politik retten und das Erstarken demokratiefeindlicher Parteien eindämmen. „Neue Vorbilder braucht das Land“ müsse als Prinzip schon bei den Kandidatenaufstellungen der Parteien gelten, verlangt die stellvertretende Landesvorsitzende Agnes Becker.

Bayern, 19.05.2021

Grundsteuer C hilft gegen Flächenfraß

Passau. Anlässlich des Ministerratsbeschlusses für ein bayerisches Grundsteuergesetz kritisiert ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek die Blockadehaltung der Freien Wähler zur Einführung der Grundsteuer C: „Herr Aiwanger spielt sich gerne als Fürsprecher der Landwirt-

schaft auf. Mit der Grundsteuer C steht ein wirksames Mittel gegen den Flächenfraß zur Verfügung. Wer landwirtschaftliche Flächen erhalten will, darf die Grundsteuer C nicht blockieren! Herr Aiwanger und die FW stehen in dieser Frage eindeutig aufseiten der Bodenspekulation – zum Schaden von Landwirten, Wohnungssuchenden und nicht zuletzt von Natur und Umwelt!“

Brüssel, 05.07.2021

ÖDP-Abgeordnete Ripa holt JÖ-Co-Vorsitzenden in Brüsseler Team

Der frisch gewählte Co-Vorsitzende der JÖ – jung. ökologisch (Jugendorganisation der ÖDP) Tim-Oliver Kray startet als parlamentarischer Assistent für die ÖDP-EU-Abgeordnete Manuela Ripa in Brüssel.



Manuela Ripa mit Tim-Oliver Kray

„Der Co-Vorsitzende unserer Jugendorganisation ist für mich eine ideale Verstärkung“, erklärt die EU-Abgeordnete. Kray sammelte schon 2018 als parlamentarischer Assistent für Ripas Vorgänger Prof. Dr. Klaus Buchner erste Erfahrungen im Europäischen Parlament. Er kennt die Politik der ÖDP als langjähriges Mitglied mit mehreren Parteiämtern sehr gut. Seit März hat er zudem einen Master in Nachhaltigkeitswissenschaften inne. „Tim-Oliver bietet die perfekte Kombination, um mich bei meiner Arbeit im EP zu unterstützen. Es ist nicht immer einfach, die komplexe EU-Politik in ökologisch-demokratische Strukturen zu transportieren. Dabei kann er mich nun nachhaltig unterstützen“, freut sich Ripa auf die Zusammenarbeit.

Mit viel Motivation und Begeisterung startet Kray in seinen Job. „Auch für mich ist die neue Position eine besondere Herausforderung. Ich freue mich, meine Fähigkeiten für das Engagement von Manuela Ripa im Europäischen Parlament einzusetzen und gleichzeitig Teil ökologisch-demokratischer Politik zu sein.“, ergänzt Kray.

Zur Ökolumne von Ulrich Brehme „5 Jahre Pariser Klimaabkommen“ in der ÖP Nr. 185

Wasserstoff ist weder „grün“ noch ökologisch

In der letzten Ausgabe „ÖkologiePolitik“ Nr. 185 auf Seite 4 schreibt Ulrich Brehme: „Die Wasserstoffwirtschaft wird die zentrale Energieinfrastruktur der kommenden Jahrzehnte werden.“ Ich hoffe nicht! Er schreibt weiter: „Innovationen in diesem Bereich müssen entschieden unterstützt werden.“ Das ist die neoliberale Sprache: Innovationen, Erneuerungen sollen alleine selbst schon Grund sein, sie zu verfolgen, zu machen. Da winkt der Profit. Nach Sinn wird nicht gefragt.

Gibt es „grünen“ Wasserstoff, „grünen“ Strom überhaupt? Vordergründig schon, wenn er aus erneuerbaren Energien stammt. Strom aus erneuerbaren Energien lässt sich durch Elektrolyse von Wasser mit einem Wirkungsgrad von 75 % in Wasserstoff verwandeln. Aber wie geht es weiter? Die Stahlherstellung soll auf Wasserstoff umgestellt werden (angeblich, weil sonst die CO₂-Abgaben nicht mehr zu bezahlen sind); die Grünen wollen den Lkw-Verkehr auf Wasserstoff umstellen; Greenpeace Energy bietet Haushalten Erdgas mit Wasserstoff gemischt zum Heizen an. Die Verbrennungsprozesse haben aber alle die bekannt schlechten Wirkungsgrade.

Für eine Weiterführung der Energiewende ist es unverzichtbar, *jeden* erneuerbaren Strom *optimal* z. B. für den Einsatz im Verkehr oder für Wärmepumpen zu nutzen. Zweigt man ihn dagegen für die Wasserstoffherstellung

ab, kann man damit zwar ein wenig Emissionen einsparen, verliert aber insgesamt durch den Verzicht, erneuerbaren Strom als Ersatz für Kohlestrom zu nutzen, erheblich an Emissionseinsparungen. Wenn man erneuerbaren Strom in das Stromnetz einspeist, verdrängt man mehr als dreimal so viel Kohle in Kohlekraftwerken als man Brennstoff (Wasserstoff) gewinnt. Die Kohlekraftwerke haben nur einen geringen Wirkungsgrad von 35–60 %.

Der Ingenieur und Ministerialdirigent a. D. Dr.-Ing. Hartmut Euler schreibt: „Wasserstoff aus Strom ist Energieverschwendung, führt deshalb zur Atomkraft zurück und behindert alle Bemühungen zum Klimaschutz.“ Wenn nicht alle Möglichkeiten für die Energiewende genutzt werden, wird diese scheitern und die Atomkraft wird als die „Rettung“ präsentiert werden. Auf seiner Website www.Wasserstoff-aus-Strom-gleich-Atom.de versucht Hartmut Euler die Thematik allgemeinverständlich und humorvoll darzustellen.

Ulrich Brehme schreibt weiter: „Deutschland kann seinen künftigen Wasserstoffbedarf vollständig durch grünen Wasserstoff selber decken“ und „Die Elektrolyseure sollten endlich von der EEG-Abgabe befreit werden, da sie Energie nur zum Zweck der Speicherung umwandeln“. Beides sind Ziele, die den Atomstaat wieder zurückbringen werden, denn Wasserstoff als Speicher ist eine verlustreiche Energieverschwendung. Nur eine europaweite Zusammenarbeit mit Pumpspeicherwerken in Skandinavien und Gleichstromhochspannungsleitungen nach Mitteleuropa versprechen zusammen mit Energieeinsparungen eine ökologische Lösung.

Reinhard Rengel, 29481 Karwitz



Foto: Peter H./pixabay.com

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint dreimal im Jahr: im April, im August und im Dezember. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 18,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. Oktober 2021**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommersgasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 404 86-0, Fax: (09 31) 404 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München
guenther.hartmann@oedp.de
Jan Altnickel (ja)
Obermühle 18, 99976 Anrode OT Dörna
kommunikation@oedp.de

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe

Ulrich Brehme, Günther Brendle-Behnisch,
Dr. Andrea Brieger, Dr. Claudia Caballero,
Timo Diers, Matthias Dietrich, Axel Dierich,
Prof. Dr. Herbert Einsiedler, Ursula Esau,
Sebastian Högen, Thomas Löb, Urban Mangold,
Tobias Montag, Rainer Pal, Julia Prantl,
Carolin Rinke, Christian Reehholz, Reinhard Rengel,
Manuela Ripa, Beatrix Springer, Katrin Streeck,
Kara Tober, Martin Truckenbrodt, Harald Vauk

Interviewpartner/-innen

Gisela Bergmann-Mausfeld, Prof. Dr. Klaus Buchner,
Manfred Folkers, Dr. Eva-Maria Heinze,
Dr. med. Monika Krout, Dr. Uwe Krüger, Dr. Michael Paetz,
Prof. Dr. Kersten Reich, Peter Strauß

Satz

Heike Brückner – Grafikstudio Art und Weise
Dr.-Gessler-Str. 12A, 93051 Regensburg
heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik – Ökologisch-Demokratische Partei
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz
Tel.: (061 31) 67 98 20, redaktion@oekologiepolitik.de
www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.



VORSCHAU

ÖkologiePolitik im Dezember 2021



Rente erst mit 70?

Derzeit wird wieder mal über die Erhöhung des Renteneintrittsalters diskutiert. Sonst würden die Rentenhöhen spürbar sinken oder die Rentenbeiträge spürbar steigen, wird argumentiert. Doch das stimmt nur dann, wenn unser Rentensystem nicht infrage gestellt wird und so bleibt, wie es ist. Dafür gibt es aber keinen zwingenden Grund. Die Rente könnte vom Faktor Arbeit entkoppelt und über Steuereinnahmen finanziert werden. Denn Steuern müssen alle zahlen – auch auf leistungslose Einkommen und auf CO₂-Emissionen. Die ÖDP hat für die Reform unseres Rentensystems ein schlüssiges Konzept entwickelt. Und selbstverständlich wird dabei auch die Erziehungsleistung von Eltern angemessen gewürdigt.

TERMINE

- | | |
|-----------------------|--|
| Sa. 07.08.2021 | Landesparteitag der ÖDP Thüringen (online) |
| So. 12.09.2021 | Kommunalwahlen in Niedersachsen |
| Sa. 18.09.2021 | Bezirksparteitag der ÖDP Niederbayern (n.n.) |
| So. 26.09.2021 | Abgeordnetenhauswahl in Berlin |
| So. 26.09.2021 | Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern |
| So. 26.09.2021 | Bundestagswahl |
| Sa. 06.11.2021 | Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Landshut) |
| Sa. 06.11.2021 | Landesparteitag der ÖDP Nordrhein-Westfalen (n.n.) |
| Sa. 20.11.2021 | Bezirksparteitag der ÖDP Oberbayern (in Karlsfeld) |
| So. 27.03.2022 | Landtagswahl im Saarland |

Bewirb dich doch
als Maskottchen,
bei Wohnovia, oder
bei der CDU ...

